

50. Sitzung

am Freitag, dem 10. November 2000, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	3458	Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3488
Geburtstagswünsche für Abg. Josef Ranner	3458	Sackmann (CSU)	3493
Aktuelle Stunde gemäß § 75 GeschO auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN		Thätter (CSU)	3494
„Die Umsetzung der Alpenkonvention in Bayern“.		Siegfried Schneider (CSU)	3496
Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3458	Abstimmung	3499
Zeller (CSU)	3459	Schlussabstimmung	3500
Starzmann (SPD)	3461	Mitteilung betr. Erledigung von Änderungsanträgen zum Einzelplan 05 (s. a. Anlage)	3499, 3505
Steinmaßl (CSU)	3463	Mitteilung betr. Erledigung von Änderungsanträgen unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung 14/4674 des Haushaltsausschusses	3500
Frau Lück (SPD)	3464	Dringlichkeitsantrag der Abg. Kellner, Dr. Dürr u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Kreidl (CSU)	3465	Verbleib der Abteilung Gegenwartskunde des Südost-Instituts in München (Drs. 14/3856)	
Schläger (SPD)	3466	Beschlussempfehlung des Hochschulausschusses (Drs. 14/4608)	
Pschierer (CSU)	3466	Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3500
Frau Schmidt-Sibeth (SPD)	3467	Dr. Spaenle (CSU)	3501
Grabner (CSU)	3468	Frau Dr. Baumann (SPD)	3502
Frau Staatssekretärin Stewens	3469	Staatsminister Zehetmair	3502
Haushaltsplan 2001/2002;		Beschluss	3503
Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus		Schluss der Sitzung	3503
Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs.14/4674)			
Frau Staatsministerin Hohlmeier	3470, 3497		
Irlinger (SPD)	3478		
Knauer (CSU)	3485, 3487		
Mehrlich (SPD)	3485		
Maget (SPD)	3486, 3487		

(Beginn: 09.02 Uhr)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne die 50. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese wurde wie üblich erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch einen Glückwunsch aussprechen. Heute feiert Herr Kollege Josef Ranner seinen Geburtstag. Ich gratuliere ihm im Namen des Hohen Hauses und persönlich sehr herzlich und wünsche ihm für das neue Lebensjahr alles Gute, vor allem Gesundheit und viel Erfolg bei der Erfüllung seiner parlamentarischen Aufgaben. In der Diplomatologie darf ich zwei Gäste begrüßen: Herrn Konsul Schwarz aus der Republik Österreich und unseren früheren Kollegen, Hans Kolo, langjähriger Stellvertreter der Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen. Herr Kollege Kolo musste natürlich zum Thema „Alpenschutzkonvention“ kommen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 7

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für die Aktuelle Stunde vorschlagsberechtigt. Ihr Thema ist die „Umsetzung der Alpenkonvention in Bayern“.

Die einzelnen Redner dürfen grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion kann einer ihrer Redner zehn Minuten sprechen; dies wird auf die Gesamtrededezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Wenn ein Mitglied der Staatsregierung kraft seines Amtes das Wort ergreift, wird diese Redezeit nicht mitgerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung für mehr als zehn Minuten das Wort, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder die Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Dauer der Aussprache zu sprechen. Der erste Redner, Herr Kollege Sprinkart, spricht zehn Minuten und nimmt auf die Franken und Oberbayern etwas Rücksicht.

Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, auf die Franken Rücksicht zu nehmen, allerdings setze ich voraus, dass die Oberbayern meinen Dialekt verstehen, wie ich auch ihren Dialekt verstehe. Mit der Unterzeichnung des Verkehrsprotokolls am 31.10. dieses Jahres in Luzern ist der Weg für die Ratifizierung der neun Protokolle, die die Alpenkonvention mit Leben erfüllen sollen, endlich frei. Die Unterzeichnung dieses sehr lange umstrittenen Verkehrsprotokolls kann in der fast 50-jährigen Geschichte der Alpenkonvention durchaus als Meilenstein gesehen werden, angefangen mit der Gründung der Alpenkonvention CIPRA 1952 bis zur Beauftragung der EU-Kommission mit der Erarbeitung eines Entwurfs

zum Schutz des Alpenraumes durch das Europäische Parlament im Jahr 1988.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bezeichnenderweise waren wohl die Erdbeerkatastrophen in den Alpen 1987 der Auslöser dafür, weil es häufig Katastrophen bedarf, damit die Notwendigkeiten im Umweltbereich erkannt werden; daran hat sich bis heute wenig geändert. Es folgte 1989 die erste Alpenkonferenz der Umweltminister in Berchtesgaden und schließlich 1991 die Unterzeichnung der Alpenkonvention. Als neuntes Ausführungsprotokoll wurde nach zähem Ringen jetzt das Verkehrsprotokoll beschlossen. Die Tatsache, dass bisher die meisten Initiativen zur Umsetzung der Alpenkonvention von Nicht-Regierungs-Organisationen ausgegangen sind, zeigt die Notwendigkeit politischen Handelns.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die neun Ausführungsprotokolle müssen in den acht Alpenstaaten nicht nur ratifiziert, sondern die darin aufgestellten Forderungen müssen auch umgesetzt werden.

Bayern hat als einziges Bundesland einen flächenhaften Anteil an dieser Landschaftsregion und damit eine besondere Schutzverpflichtung, die Vielfalt der Naturlandschaft zu erhalten und zu sichern. Angesichts der großen Bedeutung der Alpen für die Natur und die Landschaft muss bei allen Planungen die Begrenztheit, Unvermehrbarkeit und Verletzbarkeit des Raumes und der natürlichen Lebensgrundlagen im Vordergrund stehen.

Dieses Zitat stammt aus der Begründung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Naturschutzgesetzes vom März 1998.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Theoretisch klappt es schon ganz gut, aber in der Praxis hapert es noch. Grundsätzlich müssen die Forderungen des Protokolls Eingang in die Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms finden. Wie sehr es an der konkreten Umsetzung noch mangelt, zeigt das aktuelle Beispiel Bergwald; der in dieser Woche vorgestellte Waldzustandsbericht macht Defizite deutlich. Im Durchführungprotokoll zum Bergwald wird unter anderem gefordert, neben der Schutzfunktion des Bergwaldes auch seine Nutzfunktion und seine ökologischen und sozialen Funktionen zu erhalten. Dies ist in Bayern fehlgeschlagen. Insbesondere in den Alpen ist es in den letzten 15 Jahren nicht gelungen, die durch Schadstoffeintrag bedingten Waldschäden in den Griff zu bekommen. Ich darf Landwirtschaftsminister Miller zitieren, der bei der Vorstellung des Waldzustandsberichts am Mittwoch dieser Woche ausführte: „Leider können derzeit 12 800 Hektar und damit 9% unserer Schutzwälder ihre Schutzaufgaben nur bedingt erfüllen. 4 800 Hektar Bergwald sind in ihrer Schutzfunktion sogar erheblich beeinträchtigt.“ Dass der Bergwald seine Schutzfunktion nur noch bedingt erfüllt, haben wir bei den Hochwasserkatastrophen in diesem Sommer, vor allem im letzten Jahr und aus etwas mehr Distanz in diesem Herbst in Norditalien leidvoll erfahren müssen. Wenn wir bei der Luftrein-

haltung nicht schnell zu einer Umkehr kommen, war das, was wir im Aosta-Tal gesehen haben, noch lange nicht der „worst case“.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der gestrigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ zufolge sagt uns Landwirtschaftsminister Miller auch, was wir besser machen müssen. Eine Verringerung des Stickstoffeintrags aus dem Verkehr sei zwingend notwendig, so Staatsminister Miller.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit hat er einen Teil der Schadwirkung des Verkehrs genannt. Zum direkten Schadstoff kommen die durch Kohlendioxid bedingten Klimaveränderungen, damit werden diese in doppelter Weise schädlich: erstens durch die Schädigung des Bergwaldes, zweitens durch die Zunahme von extremen Niederschlägen. Leider hat uns Landwirtschaftsminister Miller verschwiegen, wie er das machen will.

Mit noch mehr Straßen und noch mehr Individualverkehr werden wir es ganz sicher nicht schaffen. Einen kleinen Wink gibt uns wieder der Waldzustandsbericht. Hier ist ganz am Schluss zu lesen – ich zitiere –: „Auch die allmähliche Verknappung und Verteuerung der fossilen Energieträger erhöhen die Wertschätzung für Wald- und Forstwirtschaft.“ Zitat Ende. Man könnte fortfahren: und sind geeignet, die Schadstoffbelastungen durch den Autoverkehr zu reduzieren. Das ist das Besondere an der Alpenkonvention und ihren Durchführungsprotokollen. Hier greift alles ineinander. Hier findet vernetztes Denken statt. Dem muss vernetztes Handeln folgen.

So wird im Verkehrsprotokoll eine Verkehrsbeeinflussung zugunsten umweltverträglicher Verkehrsmittel gefordert. Wo bitte findet das in Bayern statt? Öffentlicher Verkehr wird doch bestenfalls als Ergänzung praktiziert, im Zweifel bleibt es beim Grundsatz „Freie Fahrt für freie Bürger“ – und dies gerade auch in den Alpen. Ansonsten ist viel Show abgelaufen, wenn ich nur an die Hybrid-Busse im südlichen Oberallgäu denke, die Millionen gekostet haben, aber mehr schlecht als recht genau so lange gefahren sind, wie staatliche Mittel geflossen sind.

Im Verkehrsprotokoll stehen aber auch noch so unerhörte Forderungen, wie zum Beispiel die, dass externe Kosten und Infrastrukturkosten dem Verursacher anzu-lasten sind. Zu den externen Kosten gehören zum Beispiel die Kosten für die Beseitigung der Waldschäden, die durch den Autoverkehr verursacht wurden. Um solche Forderungen zu erfüllen, muss sich die Staatsregierung gedanklich noch mächtig entwickeln.

Sie sehen auch hier das Ineinandergreifen der verschiedenen Forderungen. Das gilt auch für das Tourismusprotokoll, welches verlangt, dass die Anliegen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in die Tourismusförderung einzubeziehen sind. Die Realität ist anders. Natur- und Landschaftsschutz werden in Bayern in der Regel den touristischen Projekten untergeordnet. Bei der Ausweisung neuer Schipisten und Beschneigungsanlagen zieht die Natur regelmäßig den Kürzeren. Bei-

spiele dafür gibt es genug. Ich nenne nur die großflächige Beschneuerung am Fellhorn oder die jetzt geplante Beschneuerung am Oberjoch. Bei der Kandahar-Abfahrt schreckte man nicht einmal davor zurück, für den Wasserteich den Bergwald zu roden. Vor ziemlich genau einem Jahr haben wir hier an dieser Stelle darüber diskutiert. Gerade in den letzten Jahren hat sich in den Alpen ein hemmungsloser Wettbewerb um Marktanteile im Tourismus entwickelt. Die Belange der Natur blieben dabei vielfach auf der Strecke. Thomas Loster von der Münchner Rückversicherung – ich meine, ein unverdächtigster Zeuge – warnte im letzten Monat auf einem Workshop der Universität Innsbruck davor, dass es gerade in den Regionen, in denen Massentourismus zugelassen wurde, nur noch eine Frage der Zeit ist, wann Lawinen oder Muren abgehen.

Sehen Sie, auch hier schließt sich wieder der Kreis. Das Protokoll zum Naturschutz und zur Landschaftspflege sieht letztendlich umfassende Bestandsaufnahmen vor. Was ist in Bayern passiert? Die Alpenbiotop-Kartierung wurde 1991 begonnen. Als Kostenrahmen wurden 7,5 Millionen DM ermittelt. Nach fast zehn Jahren ist nicht einmal die Hälfte der Fläche kartiert. Das bayerische Umweltministerium hat diese Kartierung nach allen Regeln der Kunst ausgebremst, weil es sich weder gegenüber dem Staatsforst noch gegenüber den großen Privatwaldbesitzern durchsetzen konnte.

Bei der Ausweisung der FFH-Gebiete und der EU-Vogelschutzgebiete fehlen in der bayerischen Meldung die vom Bundesamt für Naturschutz aus nationaler Sicht erforderlich erachteten Gebiete wie zum Beispiel die Rotwand oder die Hang- und Schluchtwälder im Raum Bad Reichenhall.

Meine Damen und Herren, an wenigen Punkten habe ich zu zeigen versucht, was Sie in Bayern tun müssen, um die Forderungen der Durchführungsprotokolle der Alpenkonvention umzusetzen und die Alpen als dauerhaften Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum zu erhalten. Wir GRÜNE werden darauf achten, dass die Alpenkonvention nicht nur geduldiges Papier bleibt, welches bestenfalls bei Sonntagsreden aus der Schublade geholt wird. Wir werden darauf achten, dass die darin enthaltenen Forderungen auch umgesetzt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Zeller.

Zeller (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Sprinkart, heute könnten wir im Allgäuer Dialekt weiterreden. Nur würden die anderen nichts verstehen. Wenn ich einen typischen Allgäuer energiepolitischen Beitrag leisten würde, könnte er wie folgt lauten: Am after Maetag dr,no gong i uf Bollederre und hohl á Zuinde voal Waase! – Er weiß, was ich damit meine, aber die meisten wissen es nicht.

(Allgemeine Heiterkeit – Kaul (CSU): Der Stenograph streikt!)

– Für den Stenographen – das heißt: Am Dienstagnachmittag gehe ich auf den Dachboden und hole einen Korb voll Torf.

Aber nun Spaß beiseite. Meine verehrten Damen, meine Herren, ich möchte eingangs mit aller Deutlichkeit Folgendes feststellen: Zu allen Forderungen zur Alpenkonvention und zu allen Diskussionen, die über Jahre hinweg darüber geführt wurden, könnte man aus bayerischer Sicht sagen: Wir waren in der praktischen Umsetzung und im Schutz unserer alpinen Bereiche Vorreiter. 2,9% der gesamten Fläche Deutschlands ist alpiner Bereich, und dieser Bereich befindet sich weitestgehend in Bayern. Der Anteil der Bevölkerung, die im alpinen Bereich lebt, beträgt 3,4%.

Wir haben mit dem Alpenerschließungsplan als erste in Europa Grenzen dafür gesetzt, was noch erschlossen werden kann. Es ist einfach, Gesetze und Verordnungen in München, in Berlin, in Bonn oder sonst wo zu formulieren, wenn die Menschen in den Tälern allein gelassen werden. Ich darf hierzu meinen Vater zitieren, der immer wieder gesagt hat: Bevor der Tourismus ins Allgäu kam, waren wir das Armenhaus der Nation. Das gilt genauso für Tirol, für Südtirol, für die Schweiz und für die französischen Alpen.

(Starzmann (SPD): Und auch für Teile Oberbayerns!)

– Selbstverständlich für ganz Bayern, also auch für Oberbayern.

Mit aller Deutlichkeit muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass eines der Grundziele der Alpenkonvention lautet: Es müssen gleich hohe Umwelt- und Naturschutzstandards im europäischen Alpenraum geschaffen werden. Dabei sind wir ganz gewaltig im Hintertreffen. Lieber Kollege Sprinkart, schauen wir uns doch einmal die Beschneiungsanlagen an. In Bayern haben wir jahrelang gesagt, dass Beschneiungsanlagen nicht in Frage kommen. Bis zum heutigen Tage haben wir die Förderung ausgeschlossen. Andere Gebiete, wie zum Beispiel Südtirol, die heute 40% der gesamten Pistenflächen künstlich beschneien können, sind mit europäischen Mitteln gefördert worden.

Unlängst war ich auf der Tagung der Naturschutzreferenten im Deutschen Alpenverein. Als dort groß und schwulstig darüber geredet wurde, was im Alpenraum noch alles gemacht werden muss, habe ich darauf hingewiesen, dass diese Forderungen für Österreich und für Südtirol zutreffen – dabei möchte ich diesen Regionen gar keine Vorwürfe machen –, dass wir in Bayern diese Aufgaben und Forderungen aber erfüllt haben.

Im Alpenerschließungsplan haben wir viele Einschränkungen vorgenommen. Frau Lück, ich denke zum Beispiel nur an Balderschwang. Dort gibt es eine Schipiste, die mit 50 Metern in die Ruhezone C hineinragt. Obwohl diese Schipiste für den gesamten Schibetrieb einen unwahrscheinlich positiven Aspekt darstellen würde und sie angelegt werden könnte, ohne dass die Natur mehr beeinträchtigt würde, sind diese 50 Meter nicht angelegt worden. Wenn wir einen solchen Plan ausgewiesen haben, können wir ihn auch nicht jeden Tag verändern.

Dazu stehe ich. Daran sieht man, dass wir in Bayern unsere Hausaufgaben gemacht haben.

Zur Berglandwirtschaft. Ich bin darauf gespannt, was die SPD zu diesem Thema sagen wird. Ich könnte es auch anders formulieren, aber ich formuliere es sehr vorsichtig: Wenn zum Beispiel ein Maisbauer im Jahr 2000 eine Ausgleichsleistung von 927 DM bekommt,

(Hofmann (CSU): Das ist auch richtig!)

ein Bergbauer mit Flächen auf einer Höhe zwischen 800 und 1000 Metern im Extremfall aber nur 350 DM bekommt, dann halte ich das für einen kleinen Skandal.

(Starzmann (SPD): Dann müssen Sie nächste Woche dem Antrag von Frau Lück zustimmen!)

– Lieber Kollege Starzmann, fragen Sie aber den bayerischen Landwirtschaftsminister. Er wird Ihnen bestätigen, dass er sich bei den Plan-AG-Sitzungen in Berlin nicht durchsetzen konnte.

(Widerspruch des Abgeordneten Starzmann (SPD))

– Ich habe das Schreiben auf dem Tisch, ich kann es nicht anders formulieren. Auf der einen Seite fordern wir, dass die Berglandwirtschaft unterstützt wird, auf der anderen Seite wird sie alleine gelassen. Deshalb sage ich mit aller Deutlichkeit, dass Landwirtschaft und Tourismus heute zusammengehören. Ich bin dankbar dafür, dass hochkarätige Touristiker in keinem Referat mehr den Hinweis darauf auslassen, dass wir auf die Berglandwirtschaft, aber auch auf die Landwirte in den Tälern dringend angewiesen sind.

Ohne sie gibt es keine Pflege der Naturlandschaft.

Ich könnte mengenweise solche Touristikexperten zitieren. Erst letzte Woche hat einer von ihnen zu mir gesagt, wir sollen mehr für die Landwirte tun, ansonsten leidet der Tourismus. Man will den Tourismus nicht unbedingt ausbauen, aber man will das erhalten, was man hat, um den Menschen, die in diesen Tälern wohnen, ein Einkommen zu sichern. Ich habe vorher schon gesagt, bevor der Tourismus kam, war das Armenhaus der Nation. Wir wollen, dass auch das Einkommen der jungen Generation gesichert ist und dass sie nicht ihre Heimat verlassen und in die Städte abwandern muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage in aller Deutlichkeit, mich stört – auch in den Anträgen der SPD gibt es entsprechende Ansätze –, dass immer die Fremden bestimmen sollen. Lassen wir doch die Menschen vor Ort handeln, die die Natur besser kennen. Ich habe vorletzte Woche erfahren – es stimmt, ich habe es nachgelesen –, dass zum Beispiel Gerstruben, eine der ältesten Ansiedlungen im Allgäu auf fast 1250 Meter Höhe seinen Ortsnamen deshalb bekommen hat, weil dort Mitte des letzten Jahrtausends Gerste angebaut worden ist. In den letzten 300 bis 400 Jahren ist die Gerste nicht mehr ausgereift, weil die Temperaturen abgenommen haben. Auch Obstanzbau war dort üblich, aber das Obst ist nicht mehr ausgereift. Infolgedessen hat man den Anbau aufgeben müssen. Das heißt, eine so genannte Wärmeperiode hat

es in Mitteleuropa schon einmal im letzten Jahrtausend gegeben. Ich glaube, das muss man in dieser Diskussion auch einmal ansprechen.

Ich komme zur Erschließung und zum Tourismus. Ich hoffe, wir sind uns alle einig, wir können den Tourismus nicht ohne bestimmte Entwicklungen fortsetzen. Es gibt Beispiele, bei denen sich Tourismusgemeinden konkret auf Natur und Kultur konzentriert haben.

(Frau Lück (SPD): Hindelang hat deshalb einen Zuwachs!)

– Nein, das stimmt nicht. Sagen wir es offen, Hindelang hat nur deshalb einen Zuwachs, weil es den Bau eines Hotels mit 400 Betten zugelassen hat, die zu 65% ausgelastet sind. Sie müssen sich die Zahlen schon näher ansehen, bevor Sie Behauptungen aufstellen, die nicht stimmen.

Ich bin selbstverständlich dafür, dass man Kultur und Landschaft in den Tourismus einbindet. Das ist einer der wichtigsten Punkte. Aber man kann nicht sagen, dass man nur damit Gäste anzieht. Wenn es darum geht, jüngere Gäste anzuziehen, haben andere Länder offensichtlich das bessere Angebot.

Ziel der Alpenkonvention ist es, einigermaßen gleichwertige Wettbewerbsverhältnisse im alpinen Raum zu schaffen. Diese gibt es heute nicht. Ich sage offen, ich bin den Tirolern, den Vorarlbergern, den Schweizern und den Südtirolern nicht gram, denn sie haben noch schwierigere Verhältnisse als wir. Das ist keine Frage. Zu manchem Bergdorf in Südtirol würden wir Bayern heute sagen, dort kann man keine Siedlung bauen, aber die Orte stehen schon ein paar Hundert Jahre. Deswegen muss man akzeptieren, dass auch das Heimat ist. Ich lege auch Wert darauf, dass diese Menschen in ihrer Heimat bleiben können. Die Bedingungen dafür müssen wir auch mit dem Schutz des Berggebietes in Europa schaffen.

Ich will nicht näher auf den Erosions- und Lawinenschutz eingehen. Er ist in Bayern sicher vorbildlich. Eines ist klar: Die Lawine gehört ebenso zur Natur wie zum Beispiel ein Baum. Herr Kollege Sprinkart hat vorhin den Bergwald angesprochen. Warum haben wir denn die Probleme? – Die Probleme haben wir vor allem deswegen, weil der Bergwald überaltert ist.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum ist er überaltert?)

– Warum ist er überaltert? – Weil wir jahrelang nicht die Möglichkeit geschaffen haben, gewisse Mindesterschließungen zuzulassen, um eine vernünftige Forstwirtschaft betreiben zu können.

(Lachen bei der SPD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage ganz offen, der zweite Grund dafür ist, dass es jahrelang überzogen große Mengen von Wild gegeben hat. Das sind zwei Gründe. Nur zu sagen, das eine wäre schuld, ist nicht richtig. Sie sehen heute im Allgäu kaum

mehr Rotwild, es sei denn, Sie gehen zu einer Wildfütterung. Auch das ist ein Verlust, den wir unseren Gästen nicht zumuten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Starzmann.

Starzmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Aktualität der Diskussion sehe ich einzig und allein darin, dass mit dem Verkehrsprotokoll das letzte Protokoll der Alpenkonvention unterzeichnet wurde. Ansonsten tue ich mir schwer, von Aktualität zu sprechen, wenn ein Thema seit 1989 diskutiert wird und leider nicht vorankommt. Für die Aktualität spricht allenfalls, dass die heutige Diskussion dazu dienen kann, dass wir ein Stück weiter vorankommen. Deswegen danke ich für den Vorschlag des Themas.

Herr Zeller, Sie sagen, Sie seien den Österreichern und Südtirolern nicht gram. Ich bin ihnen schon gram, nicht deswegen, weil sie sich vor Hunderten von Jahren in Bergdörfern angesiedelt haben, sondern wegen dem, was sie aus diesen Bergdörfern gemacht haben. Sehen Sie sich manche Entwicklungen in österreichischen oder Südtiroler Dörfern an und sehen Sie sich auch unsere eigene Ortsentwicklung an, dann werden Sie merken, dass man durch die Alpenkonvention viel lernen kann. Die Alpenkonvention soll auch nicht dazu dienen, Wettbewerbsverzerrungen auszugleichen, indem wir es machen wie die Österreicher oder Südtiroler, sondern indem die Österreicher und Südtiroler dazulernen, dass sie nicht weiter so erschließen dürfen, wie sie es bisher bedenkenlos getan haben.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben aber auch keinen Grund, uns auf die Schulter zu klopfen, wie Sie es getan haben, indem Sie gesagt haben, wir hätten unsere Hausaufgaben gemacht. Sollten wir sie da und dort gemacht haben – hier stimme ich Ihnen zu –, besteht kein Grund für einen guten Schüler, nicht noch besser zu werden.

Die Rahmenkonvention dient einer Angleichung auf höherem Umweltstandard in allen Ländern. Man sollte nicht auf diejenigen schielen, die noch mehr Fehler machen. Dort, wo wir schlecht sind, sollten wir besser werden, und dort, wo die anderen schlecht sind, sollten sie sich verpflichten, besser zu werden.

Ich möchte einige Anmerkungen zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen machen. Das Wort „Nachhaltigkeit“ ist inzwischen zum Lieblingswort der CSU geworden. Nachhaltige Entwicklung heißt, nichts zu zerstören, sondern die vorhandenen Ressourcen der Natur zu nutzen. Das bedeutet zum Beispiel im Hinblick auf das Papier zur Bevölkerung und zur Kultur die Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit. Aus Zeitgründen kann ich für Bayern nur ein Thema herausgreifen.

Mir liegt die Baukultur in Bayern am Herzen, denn ich glaube, unsere Alpendörfer werden nicht schöner. Hierfür gibt es zwei Gründe, auf die die CSU Einfluss hat. Sie hat die Grundlage dafür geschaffen, dass es keine Kreisbaumeister mehr geben muss. Wir müssen zusehen, wie Stellen für Kreisbaumeister abgebaut werden. Das ist nicht im Sinne einer Steigerung unserer Baukultur. Außerdem ist die CSU gerade dabei, den Denkmalschutz im Baurecht einzuschränken. Das heißt, man muss sich beim Bauen unter denkmalschützerischen Gesichtspunkten nicht mehr an die Umgebung halten. Ich kann Sie im Sinne der Alpenkonvention nur bitten: Tun Sie das nicht.

Zur Raumplanung schlage ich vor, dass wir uns in Bayern eine eigene alpine Umweltverträglichkeitsprüfung vornehmen. Wir sollten sagen, unter dem Gesichtspunkt der Forderungen der Alpenkonvention wollen wir eine eigene Umweltverträglichkeitsprüfung. Ich möchte Vorschläge dafür bekommen, wie wir in Bayern Wohnbebauung und Gewerbebebauung flächenschützend betreiben können.

Von dem Papier über die Luftreinhaltung ist in erster Linie der Verkehr betroffen. Ich möchte nur kurz ein Beispiel aus meiner Heimat bringen. Seit ich im Bayerischen Landtag bin, sind alle Parteien – unter welcher Bundesregierung auch immer – für den Ausbau der Bahnstrecke München – Mühldorf – Salzburg, um den Güterverkehr auf die Schiene zu bringen. Die Strecke ist bis heute nicht gebaut. Ich mache meiner wie Ihrer Regierung den Vorwurf, nicht die Grundlagen dafür geschaffen zu haben. Aber wegen Ihrer Verfehlungen auf diesem Gebiet in 16 Jahren Regierungszeit spricht man heute über einen weiteren Fahrstreifen der Autobahn München – Salzburg. Das, was Sie hier tun, verstoßt gegen die Alpenkonvention.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Papier ist das Papier zum Bodenschutz. Ich möchte Vorschläge aus Bayern, wie wir eine nachhaltige Entwicklung der alpinen Dörfer ohne Versiegelung des Bodens erreichen können. Bayern könnte hier seine Hausaufgaben machen und anderen zeigen, wie das geht. Damit ich auch etwas Positives sage, stelle ich fest, es gibt sehr gute Vorschläge zur Dorfentwicklung aus Bayern. Ich kann Ihnen zustimmen, auf diesem Gebiet hat Bayern gut gearbeitet und Vorschläge gemacht, die andere möglicherweise übernehmen können. Es gibt genügend Tagungen bis hinein nach Südtirol, auf denen Bayern seine Vorschläge einbringen kann.

Im Wasserbau haben wir unsere Hausaufgaben gemacht, allerdings mit großem Aufwand. Ich sage Ihnen, hier wäre ich ein Musterschüler und würde nachmittags Fußball spielen, denn meine Hausaufgaben hätte ich längst erledigt. Die Hausaufgabe war die Frage, wie baut man die Salzach aus. Ganz einfach: Man tut es nicht. Es gab vier Gutachten, einen Rahmenvertrag mit Österreich, lange Diskussionen und große Seminare. Am Schluss kam heraus, wir sollen sie nicht ausbauen.

Dieses Ergebnis hätte ich Ihnen vor zwanzig Jahren für 1.50 Mark liefern können.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zum nächsten Punkt: Der Wasserhaushalt. Wir sollten ein bayerisches Programm für den landwirtschaftlichen Einzugsbereich an Seen und stehenden Gewässern auflegen. Dort haben wir nach wie vor Probleme. Es gibt ein Programm, aber das reicht noch nicht aus. Wir sollten hier Hausaufgaben machen und zu Musterschülern werden, um den anderen zu zeigen, wie man es macht.

Aus Zeitgründen möchte ich nur noch zu dem Thema Bergwald etwas sagen. Herr Zeller, in diesem Punkt war das Niveau Ihrer Rede besonders tief. Wenn Sie sagen, der Bergwald ist veraltet, weil man nicht erschlossen hat, dann ist das falsch. Wenn Sie gesagt hätten: „Weil man nicht genutzt hat“, dann hätte ich noch mit Ihnen diskutiert. So aber bin ich sehr froh, dass andere Leute für den Bergwald zuständig sind und nicht Sie. Ich muss vor diesem Hintergrund auch sagen, ich bin froh, dass Sie nicht mehr im Finanzministerium sind.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Ende hätten Sie sonst nämlich Ihren Chef im Finanzministerium bei seiner Idee unterstützt, aus dem Wald mehr herauszuholen, um zu mehr Geld zu kommen, anstatt den Wald nach den in der Alpenkonvention festgeschriebenen Prinzipien zu nutzen.

Jetzt ein Schulterklopfen: Die Bayerische Staatsregierung hat es inzwischen gelernt: Ja, zur Schutzwaldsanierung. Herr Ach ist leider nicht da. Er hat gesagt, das Geld sei herausgeschmissen. Dabei hat er aber falsch gedacht. Das Geld wäre dann hinausgeschmissen, wenn Bayern zur Sanierung des Bergwaldes den Wildabschuss nicht forcieren würde.

(Zeller (CSU): Zwischenfrage!)

– Herr Präsident, wenn die Frage nicht auf meine Redezeit angerechnet wird, habe ich nichts dagegen. Das geht nicht? Nun gut.

Wenn Sie mit mir der Auffassung sind, die billigste Art der Bergwaldsanierung ist eine vernünftige Jagd, dann wären wir ein gutes Stück weitergekommen.

Tourismus und Freizeit: Ich gebe Ihnen auch Recht, wir sind keine Tourismusgegner, schließlich fahren wir alle selbst gerne einmal fort. Sie, Herr Zeller und ich, wir fliegen aber nicht nach Südostasien, sondern wir bleiben in unserer Heimat und machen einen tollen Urlaub in Bayern. Deshalb wollen wir auch, dass es bei uns schön aussieht. Auch Inzell, meine Heimat, war ein armer Ort, bevor es den Tourismus gab. Was mir aber fehlt, ist eine gemeinsame Alpenwerbung. Man sollte Oberbayern nicht gegen das Allgäu ausspielen. Besser wäre es, wenn wir für die Alpen eine gemeinsame Werbung machen würden. Dabei denke ich an ein Entwicklungs-

konzept für sanften Tourismus in Bayern. Was ist sanfter Tourismus? Wo ist ein bayerisches Fortschrittsprogramm für den sanften Tourismus? Das wären Fragen, die wir uns stellen müssten. Oder ich denke an eine Ortsentwicklung, eine Raumentwicklung, die einen Wettlauf der Hallenbadbauer verhindert.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Besser wäre es, solche Angebote zu konzentrieren, anstatt die Landschaft kaputtzumachen.

Noch ein Wort zum Thema Verkehr. Wir sind gerade dabei, den örtlichen öffentlichen Personennahverkehr zu stärken. Doch Sie, die Bayerische Staatsregierung, die hier zuständig ist, bringt es nicht fertig, ein drittes Gleis zwischen Salzburg und Freilassing zu bauen, damit sich dort endlich ein öffentlicher Schienenpersonennahverkehr entwickeln kann. Das Gebiet zwischen Salzburg und Freilassing ist eine typische Alpenregion und die Orte Salzburg und Berchtesgaden sind beides Orte der Konventionsverabschiedung. Dennoch bringen sie das dritte Gleis nicht fertig, um den Individualverkehr auf der Straße zu ersetzen. Dabei wäre das doch nun wirklich eine gute Sache.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend möchte ich sagen: Ganz so schlecht ist es in Bayern um den Vollzug der Alpenkonvention nicht bestellt. Das gebe ich zu.

(Beifall des Abgeordneten Zeller (CSU))

Zum Schulterklopfen besteht aber auch in Bayern kein Anlass, Herr Zeller. Wir sollten die Unterzeichnung sämtlicher Protokolle zum Anlass nehmen, in diesem Haus auch mit der Staatsregierung darüber zu diskutieren, was diese Staatsregierung, sozusagen als für die Alpen in Deutschland zuständige Regierung mehr tun kann, um die Alpenkonvention in die Praxis umzusetzen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Nächster Redner ist Herr Kollege Steinmaßl.

Steinmaßl (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seit dem 31. Oktober dieses Jahres sind die Protokolle zur Alpenkonvention endlich unterschrieben. Endlich haben alle Staaten, vor allem auch Österreich unterzeichnet. Jetzt gilt es, die Konvention schnell umzusetzen. Das ist nicht nur der Wunsch der GRÜNEN, sondern all derer, denen etwas an den Alpen liegt. Auch wenn Bayern nur einen Flächenanteil von 6% an den Alpen hat, so ist es für uns doch eine große Herausforderung, hier mitzutun. Entscheidend aber sind nicht die Protokolle, sondern wie gehandelt wird.

Es kommt mir immer so vor, als würden die Kollegen Sprinkart und Starzmann in ihrer Kritik Bayern mit dem Paradies vergleichen. Das gilt vor allem für Sie, Herr Sprinkart und in abgeschwächter Form auch für Sie, Herr Starzmann. Wir erreichen dieses Ziel knapp, aber alles können wir nicht machen. Wenn man Bayern aber mit den anderen Alpenländern vergleicht, dann sind wir in allen Fragen weit vorn.

(Beifall des Abgeordneten Kaul (CSU))

Das beste Beispiel hierfür ist der Alpenplan. Der Alpenplan wurde 1972 entwickelt und in dieser Form nur in Bayern umgesetzt. Ich nenne die Jahreszahl noch einmal: 1972. Das ist lange, bevor es grüne Politiker hier im Bayerischen Landtag oder überhaupt gegeben hat. Mit diesem Alpenplan wurden über zwei Drittel der Flächen abgesichert, so dass dort kaum mehr Siedlung und Entwicklung stattfinden kann. Damit hat Bayern das Instrumentarium geschaffen, das bei allen Zielen der Alpenkonvention weit vorn steht: die Anwendung der Raumplanung als präventive Maßnahme. Das hat die letzte ad hoc-Expertengruppe „Lawineneignisse 1999“ wieder eindrucksvoll bestätigt. Es ist eine Kommission aus Vertretern aller Alpenländer. Sie haben festgestellt, dass gerade Bayern mit seiner Prävention erreicht hat, dass durch Raumplanung gefährliche Gebiete und damit auch Naturgebiete freigehalten werden. Es zeigt sich deutlich, dass Bayern das einzige Land ist, das von der Ebene des Landes aus restriktiv handelt. Die Schweiz und Österreich haben dies hingegen ihren Gemeinden überlassen. Das Ergebnis können Sie sehen: der Wettlauf um Touristen und die Verbauung der Landschaft. Ich möchte den anderen Ländern keinen Spiegel vorhalten, aber wir sollten deutlich machen, wie wir uns in Bayern gemäß den Zielen der Alpenplanung vorbildlich verhalten haben. Das ist entscheidend.

(Beifall des Abgeordneten Kaul (CSU))

Nun gibt es noch aktuelle Dinge zu erledigen. Es werden viele kleine Projekte durchgeführt. Sie haben das auch angedeutet: Die Novelle „Naturschutzgebiet 1998“ hat die alpinen Bereiche in Artikel 13 besonders hervorgehoben. Wir haben einen Umweltpakt mit den Nutzern der Alpen geschlossen, mit den Kletterern, den Moutainbikern. Es gibt Forschungsprojekte zum Skisport in Verbindung zum Wald. Inzwischen gibt es Vereinbarungen mit dem Jagdverband, um die Schonzeiten zu verändern, damit die Verbisschäden noch weiter zurückgehen. Mit dem Förderprogramm „Buckelwiese“ unterstützen wir die Almwirtschaft. Hier darf ich mich an das anschließen, was Herr Kollege Zeller bereits sagte. Wir müssen selbstverständlich dafür sorgen, dass die Almwirtschaft funktionieren kann, denn sie ist es, die unsere Alpen als die Heimat gestaltet und erhält, wie sie das seit Jahrhunderten getan haben. Man muss die Almwirtschaft deshalb stützen und den Almbauern helfen.

Eines möchte ich noch zum Bergwald sagen: Sie wissen sehr genau, für die Gefährdung und Schädigung des Bergwaldes, sind vor allem auch Immissionen aus außeralpinen Bereichen verantwortlich. Deshalb muss man auch bei der Energiepolitik konsequent sein. Wenn es Einsparungen beim Energieverbrauch gibt, dann sollte

man nicht Atomkraftwerke, sondern Kohlekraftwerke bzw. fossile Kraftwerke abschalten. Dann tut man nämlich auch etwas für den Klimaschutz.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie waren auch schon besser! – Zurufe von Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die Alpenbiotopkartierung und Lifeprojekte und viele andere Dinge vor Ort. Inzwischen gibt es auch viele EU-Programme, die vor Ort umgesetzt werden. Das sind alles Dinge, die helfen, um die Dinge voranzutreiben. Wir werden einen Antrag im Hinblick auf die Euregionis und die Agendaprozesse in den Gemeinden einbringen, damit auch vor Ort einiges getan wird, um die Ziele der Alpenkonvention umzusetzen. Das ist uns ein wichtiges Anliegen. Sie, Herr Starzmann, haben das Beispiel Inzell genannt. Ich möchte deshalb an den ehemaligen Bürgermeister Schwabl erinnern, der auch als Abgeordneter der SPD-Fraktion diesem Hause angehörte. Er ist stolz darauf, dass Inzell sich so entwickelt hat, wie es heute ist. In Inzell wurde der Tourismus weit vorangebracht. Das wollte ich nur nebenbei anmerken.

Im Hinblick darauf, dass Bayern nur für 6% der Alpenfläche verantwortlich ist, hat die Staatsregierung Vorbildliches geleistet, das alpenweit nachahmenswert ist. Das Bessere ist der Feind des Guten. Wir können noch vieles tun; vielleicht machen wir auch das, was die CIPRA vorschlägt: Sie empfiehlt, eine schwarze und eine weiße Liste zu führen.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre nicht schlecht!)

In der weißen Liste werden die positiven Projekte der Länder dargestellt, in der schwarzen Liste die negativen. Ich bin überzeugt, Bayern würde sich überwiegend auf der weißen Liste befinden.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Lück.

Frau Lück (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Heute geht es um ein Thema, das schon längst auf die Tagesordnung gehört hätte. Deshalb bedanke ich mich ausdrücklich für die heutige Debatte. Leider konnten wir das Thema vor einem Monat im Ausschuss nicht behandeln, da die CSU um Vertagung gebeten hatte, um sich eindringlicher mit dem Thema beschäftigen zu können.

Die Alpen sind mehr als Skipisten und Bergwanderwege. Sie sind Lebensraum für 12 Millionen Menschen und bestimmen als das Haus Europas die Zukunft Europas entscheidend mit.

Bauen, pflanzen und pflegen heißt auf lateinisch colere, das Stammwort für Kultur. So wurde durch den menschlichen Einfluss die Naturlandschaft der Alpen überwiegend zu unserer heutigen Kulturlandschaft

gemacht, und diese einzigartige Landschaft – da sind wir uns einig – muss zum einen als kulturelles Erbe den kommenden Generationen erhalten werden und zum anderen den heute dort Lebenden – Herr Zeller, das ist auch unsere Meinung – zur Existenzsicherung dienen.

Der Alpenraum ist in vielen Bereichen bereits eine Erfolgsstory für wirtschaftliches Wachstum. Allerdings kommen dabei die sozialen und ökologischen Gesichtspunkte oft genug unter die Räder. Deswegen brauchen wir Strategien und Verhaltensweisen, die diese scheinbaren Gegensätze verbinden. Die Alpenschutzkonvention als leider teilweise unbekanntes Gebilde soll dies leisten. Mit den Beschlüssen von Luzern kommen wir wieder in neues, vielleicht auch lebendigeres Fahrwasser.

Zusammenhängende Lebensräume mit ähnlichen Problemen sollen über die Grenzen hinweg gemeinsam geschützt werden. Dass dies notwendig ist und sowohl partei- und als auch länderübergreifend befürwortet wird, ist auch ein Erfolg der Arbeitsgemeinschaft demokratischer Sozialisten im Alpenraum, der ASA, die dieses Problem bereits in den siebziger Jahren aufgegriffen hat und die unermüdlich auf internationalen Fachtagungen und Konferenzen den Weg für die Alpenschutzkonvention bereitet hat.

Wo stehen wir nun heute, zehn Jahre nach der Verabschiedung der Leitlinien zur Alpenschutzkonvention und den erarbeiteten Protokollen? Papiere sind genug erstellt worden, Herr Steinmaßl, es sind wirklich viele da. Doch hapert es ganz gewaltig an der Umsetzung. Die Umsetzung in den Ländern jetzt zügig voranzubringen ist überfällig, das Dank unseres Einsatzes jetzt eingerichtete Ständige Sekretariat soll dabei helfen.

Und ich muss noch eines sagen, Herr Zeller. Wir sind in vielem Vorreiter und wir haben vieles erreicht. Wir sind weit gekommen. Aber ich glaube, ohne die Bremserfunktion einiger CSUler, die solche Dinge etwas negativ abtun, wären wir schon weiter. Die Menschen wollen ihre Lebensgrundlagen verbessern und sie wollen teilweise Bioreservate, um eine zukunftsfähige Basis für ihr Leben zu erhalten.

Dem Bergwald – auch das wurde bereits gesagt – geht es trotz der vielen Papiere, trotz unserer fortschrittlichen Politik leider wieder schlechter. Die Katastrophen nehmen zu. „Wiebke“, „Lothar“, Lawinen, Muren und Hochwasser lösen sich in immer kürzerer Folge ab. Wir reden von Nachhaltigkeit. Der Herr Umweltminister fängt jede seiner Reden mit Nachhaltigkeit an und endet damit. Diese Nachhaltigkeit ist nirgends so notwendig wie gerade im Bergwald,

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber bei der Umsetzung der Bergwald-Beschlüsse wird sie oft genug „nachhaltig“ vergessen. Das Bayerische Umweltverträglichkeitsrichtlinienumsetzungsgesetz wurde so gestaltet, dass Berg- und Sesselbahnen ihre Beförderungskapazitäten drastisch von 2 auf 3,9 Tausend Personen ohne UVP erhöhen können.

(Zuruf von Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Der Schwellenwert mit 10 Hektar für Baumaßnahmen, Erdbewegungen und dergleichen ist so hoch gesetzt, dass zirka 98% aller Skipisten ohne UVP auskommen. Und Beschneigungsanlagen sind – Herr Zeller, Sie haben es gesagt –, in den letzten Jahren massenhaft genehmigt worden.

(Zuruf von der CSU: 29 sind eine Masse?)

– Sie müssen das in Hektar sehen in Bezug auf unsere wenigen Skihänge. Ich muss sagen: Gott sei Dank fehlt es mancherorts am nötigen Kleingeld zum Bau und Gott sei Dank können wir die Forderungen nach Subventionen nach wie vor verhindern. Im Grunde klaffen auch hier Reden und Handeln meilenweit auseinander.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Entwicklung zeigt, dass bloße Beschwörungen die einzigartige Landschaft nicht erhalten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme bald zum Schluss.

(Heiterkeit)

Die Agenda 21 muss umgesetzt werden, sie bietet genau die richtigen Ansätze; und die Menschen sollen natürlich einbezogen werden, Herr Zeller. Die jetzt beschlossenen Alpenraumprogramme hören sich toll an – sie werden ja auch von der EU finanziert –, aber wir müssen auch die Protokolle umsetzen. Ich hoffe, da Sie uns jetzt vehement das Wort geredet haben, dass Sie künftig unseren Anträgen zustimmen, die hier etwas voranbringen.

(Abg. Maget (SPD): Er hat es tatsächlich so gesagt!)

Ich glaube, wenn Sie zustimmen und das auch umsetzen, sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Kreidl.

Kreidl (CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Hauptdiskussionspunkt bei der sechsten Alpenschutzkonferenz in Luzern war das Verkehrsprotokoll, wie bereits erwähnt worden ist. Dieses Verkehrsprotokoll zählt zweifelsohne zu den wichtigsten Vereinbarungen im Rahmen der Alpenschutzkonvention. Ich darf in meinen Ausführungen zunächst auf die wesentlichen Ziele hinweisen, die im Zusammenhang mit dem Verkehrsprotokoll zu sehen sind. Es geht in erster Linie darum, die Belastungen und Risiken des inneralpinen aber auch des alpenquerenden Verkehrs

auf ein Maß zu senken, das für die Menschen, die Tiere und auch für die Pflanzen erträglich ist. Das soll erreicht werden durch eine verstärkte Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene. Dies wiederum bedeutet letzten Endes, dass der Individualverkehr auf der Straße weitgehend eingeschränkt werden soll; denn vom Zurückdrängen kann man bedauerlicherweise kaum mehr reden.

Das Verkehrsprotokoll wurde nach langen Verhandlungen – insgesamt hat es zehn Jahre gedauert – am 31.10.2000 in Luzern unterzeichnet. Die ursächliche Schwierigkeit, die zu überwinden war und einer Unterzeichnung lange im Wege stand, waren die starre Haltung Österreichs, das ein Vetorecht auch für Straßenprojekte in den Nachbarstaaten verankert wissen wollte. Das hat Österreich sehr viel Kritik eingebracht. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass man für diese Haltung der Alpenrepublik durchaus Verständnis aufbringen muss, wenn man bedenkt, dass 28% der Fläche des Alpenraums in Österreich liegt. Damit entfällt der höchste Anteil aller acht Anrainerstaaten auf den Nachbarstaat, und ein Viertel der Gesamtbevölkerung, die natürlich durch den Verkehr besonders betroffen ist, lebt in Österreich.

Augenfällig für die starken Verkehrsbelastungen und die massiven Auswirkungen, die sich daraus ergeben, sind die Vorkommnisse an der Brennerautobahn, auf der der Verkehr enorm zugenommen hat.

Österreichs Sorge galt vor allen Dingen dem Bau der sogenannten Alemannia, dem in erster Linie von Italien verfolgten Projekt der Autobahnverbindung von Triest nach München. Die Alpenrepublik wandte sich auch gegen verschiedene Ortsumfahrungen. Nach langen kontroversen Verhandlungen wurde dieses Verkehrsprotokoll mit der Auflage beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die Maßnahmen zur Umsetzung entwickeln soll; denn es geht ja darum, das Ganze mit Leben zu erfüllen und das, was auf dem Papier steht, auch tatsächlich umzusetzen.

Anstelle eines Vetorechts wurde ein Streitbeilegungsverfahren beschlossen, mit dem die Entscheidung über Auslegungsfragen des Protokolls einem Schiedsgericht übertragen wird.

Die Vertragsparteien haben sich auf folgende wichtige Punkte geeinigt: Neubauten und wesentliche Änderungen von Verkehrsinfrastrukturen sollen zwischen den Ländern abgestimmt, umweltverträgliche Verkehrsmittel begünstigt, Kosten von Neubauten für Verkehrsinfrastrukturen müssen von den Verursachern getragen und auf den Bau neuer alpenquerender Straßen soll verzichtet werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass keine Straßen mehr gebaut werden können. Ausgenommen von den Beschränkungen wurden Straßenprojekte ausgenommen, die Bestandteil des geltenden Bundesfernstraßenbedarfsplans sind. Denn der Bundesfernstraßenbedarfsplan war zum Zeitpunkt der Annahme des Protokolls bereits festgelegt. Er gilt für die A 7 Nesselwang – Füssen, für die B 19 Immenstadt – Kempten, die B 2 Eschenlohe – Garmisch-Partenkirchen und für die B 15 Regensburg – Landshut – Rosenheim. Diese Strecken, die nach allgemeiner Überzeugung zwingend notwendig

sind, sind von der Annahme des Verkehrsprotokolls nicht tangiert.

Der Bau neuer inneralpiner Straßen ist auch in Zukunft möglich, sofern Umweltverträglichkeitsprüfungen positiv ausfallen und die Bedürfnisse nach Transportkapazitäten nicht durch eine bessere Auslastung bestehender Straßen- und Bahnkapazitäten erfüllt werden können. Besonders wichtig wird sein, dass alle Vertragsparteien den Resultaten der Überprüfungen von Umweltverträglichkeit und Zweckmäßigkeit Rechnung tragen, damit die Schutzkonvention mit Leben erfüllt wird und die Belastungen von Menschen, Tieren und Straßen durch den Verkehr in den Alpen erträglich gestaltet werden können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächster Redner ist Herr Kollege Schläger.

Schläger (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der alpenquerende Verkehr ist ein entscheidender Faktor der Alpenkonvention. Das erste Protokoll stammt aus dem Jahr 1991. Es hat sehr lange gedauert, bis man in der Sache weiter gekommen ist. Es war ein Erfolg aller Anrainerstaaten, dass vor wenigen Tagen das entscheidende Protokoll zum Alpenverkehr verabschiedet werden konnte. Vielleicht ist das auch ein Zeichen der Zukunftsfähigkeit der Bundesregierung in Berlin im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der zentrale Satz im Protokoll ist – ich zitiere: „Die Vertragsparteien verzichten auf den Bau neuer hochrangiger Straßen für den alpenquerenden Verkehr.“ – Das ist die Kernaussage des Protokolls, die entscheidend für die Zukunft der Alpen ist. Länder wie Österreich und die Schweiz haben sich in den letzten Jahren zu Recht gegen die anschwellende Verkehrsflut gewehrt. Mensch und Natur wurden übermäßig mit Lärm belastet und mit Schadstoffen geschädigt. Für das Waldsterben in den Alpen ist in erster Linie die Luftbelastung verantwortlich, Herr Kollege Zeller, die vom Straßenverkehr verursacht wird. Der Grund für das Waldsterben ist nicht, dass man keine Erschließungsstraßen gebaut hat, wie Sie meinen, Herr Kollege Zeller. Denn wenn dem so wäre, hätte der Wald nicht Jahrtausende ohne Erschließungsstraßen überleben können. Bekanntlich hat sich der Wald aber in Jahrtausenden ohne den Menschen wunderbar verjüngt und erhalten. Nur jetzt geht das plötzlich nicht mehr. Und da sagen Sie auch noch, das Waldsterben ließe sich durch den Bau von Erschließungsstraßen aufhalten. Herr Kollege Zeller, das ist wirklich das Letzte!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Geschädigt wird der Wald auch durch den hohen Wildbestand. Dieselben, die den hohen Wildbestand reduzieren, treiben aber herdenweise Ziegen und Schafe in den Wald hinein, obwohl es dem Wald egal ist, von wem er abgefressen wird. Insofern passt auch hier einiges nicht im Staat.

In Abwandlung des Buchtitels „Der Berg ruft“ könnte man heute sagen „Der Berg kommt“ – und er wird immer öfter kommen; denn die Katastrophen häufen sich. Deshalb müssen wir gegensteuern.

Im Protokoll haben sich die Anrainerstaaten zur Verbesserung der Bahninfrastruktur durch Bau und Entwicklung großer alpenquerender Achsen einschließlich der Anschlüsse und angepasster Terminals verpflichtet. Beim grenzüberschreitenden Verkehr ist die Modernisierung und Optimierung der Eisenbahn unbedingt notwendig. Besonders wichtig sind Maßnahmen, die den Gütertransport über längere Distanzen auf die Eisenbahn verlagern, sowie entsprechende Tarife. In der Vergangenheit hieß es immer: „Das geht nicht, die Bahn ist zu lahm.“ In der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ wird aber unter der Überschrift „Der Zug hängt den Laster ab“ berichtet, dass es doch geht. Man muss die Sache nur entschieden anpacken. Wenn die DB AG zu schwerfällig ist, kann man auf andere Möglichkeiten im privaten Bereich zurückgreifen.

Interessant ist ein Beschluss des Salzburger Landtags vom Juli dieses Jahres. Dort wurde mit den Stimmen der ÖVP und der SPÖ gegen die Stimmen der FPÖ beschlossen, sich entschieden gegen jede Aufweichung des im Transitvertrag mit der EU enthaltenen Grundsatzes der konsequenten Reduzierung der Schadstoffbelastung zur Wehr zu setzen. Deshalb – so weiter – ist die Einführung einer vollelektronischen Lkw-Bemautung auf den Autobahnen unbedingt zu bewerkstelligen. Im Beschluss steht auch, dass Bayern seine Hausaufgaben noch machen muss, zum Beispiel die Beseitigung der Engstellen auf der Strecke München – Rosenheim, der Ausbau der Strecke München – Mühldorf – Freilassing sowie die Beseitigung von Engpässen auf den Zulaufstrecken München – Augsburg und München – Ingolstadt. Nachdem der Brennerbasistunnel so schnell nicht kommt, müssen auch andere Visionen noch zugelassen sein, zum Beispiel eine alpenquerende Transrapidstrecke.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Pschierer.

Pschierer (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Herr Kollege Sprinkart, auch nach Ihrer Rede ist mir nicht klar geworden, welchen tieferen Hintergrund die Aktuelle Stunde haben könnte. Sollte sie der Versuch gewesen sein, der CSU-Fraktion Nachholbedarf vorzuhalten, wäre sie kläglich gescheitert.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Starzmann, für Ihre Feststellung, so schlecht sei es in Bayern nicht, möchte ich mich bedanken.

(Schläger (SPD): Trotz CSU!)

Was Alpenkonvention und Tourismusprotokoll angeht, ist die Lage in Bayern sogar sehr gut. Die Redner, die

behauptet haben, wir hätten im Bereich Umwelt- und Naturschutz Nachholbedarf, sollten nachweisen, an welchen Stellen der Alpenkonvention und der Protokolle Standards definiert sind, die über den Standard im Freistaat Bayern hinaus gehen. Auch das Tourismuskonzept der Bayerischen Staatsregierung zeigt, dass es in Bayern mit Blick auf die Alpenkonvention und das Tourismusprotokoll keinerlei Nachholbedarf gibt, im Gegenteil: Bayern ist vorbildlich.

Wir setzen seit vielen Jahren nicht auf Quantität, sondern auf Qualität. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie das etwas deutlicher herausgestellt hätten.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen, ein paar kritische Anmerkungen zu den Themen Tourismuskonvention, Konvention und Umsetzung der Konvention zu machen. Ziel dieser Konvention war und ist die Angleichung der Standards und der Ausgleich von Nachteilen zwischen den Mitgliedstaaten. Die Standards hinsichtlich der Umwelt und des Naturschutzes sind heute so unterschiedlich wie eh und je. Dies gilt auch für die Wettbewerbsnachteile der Fremdenverkehrswirtschaft. Weder das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch die SPD haben auf Bundesebene in den letzten zwei Jahren dazu beigetragen, Wettbewerbsnachteile für die bayerische Fremdenverkehrswirtschaft auszugleichen.

Eines ist mir ganz besonders wichtig: Frau Kollegin Lück, Sie haben so getan, als müssten wir bei einigen Punkten Nachbesserungen vornehmen. Wenn man sich Ihre Rede angehört hat, könnte man meinen, im bayerischen Bergwald herrschten dramatische Zustände.

(Frau Lück (SPD): Die herrschen auch!)

Wenn man sich jedoch die Leistungen der Bayerischen Staatsregierung ansieht, die alles unternommen hat, um in den Protokollen nachzubessern, stellt man fest, dass diese Leistungen vorbildlich sind. Sagen Sie mir einmal, auf wessen Anregung und Initiative in dieses Protokoll aufgenommen wurde, dass die Umweltauswirkungen eines touristischen Projekts untersucht werden müssen. Die Staatsregierung hat auch angeregt, dass Bestimmungen zur Ausweisung von Ruhezeiten in den auf touristische Erschließung beschränkten Gebieten erarbeitet werden müssen und dass Bestimmungen zum landschaftsschonenden Bau und Betrieb von Skipisten aufgenommen werden.

Sie haben behauptet, wir würden uns an der Umwelt durch die Genehmigung von Beschneiungsanlagen versündigen. Sehen Sie sich einmal die Verhandlungsprotokolle an. Das bayerische Umweltministerium hat dafür gesorgt, dass die hydrologischen, klimatischen und geographischen Bestimmungen zum Thema Beschneiungsanlagen in das Konzept Tourismuskonvention hineinkommen. Das Thema Beschneiungsanlagen wird nirgendwo restriktiver als im Freistaat Bayern gehandhabt. Sehen Sie sich einmal benachbarte Staaten und die Mitgliedstaaten der Alpenkonvention an. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verhalten uns bei diesem Thema vorbildlich.

Herr Kollege Sprinkart, Frau Kollegin Lück und Herr Kollege Starzmann, ich hätte es begrüßt, wenn Sie sich stärker dafür eingesetzt hätten, unsere Wettbewerbsnachteile auszugleichen. Ich hätte es begrüßt, wenn Sie das Ziel dieser Konvention, nämlich die Erreichbarkeit touristischer Ziele mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fördern, in die Praxis umgesetzt hätten. Was haben Sie in der Verkehrspolitik in den letzten beiden Jahren getan?

(Frau Lück (SPD): Was haben Sie 16 Jahre lang getan?)

Sie werden mir nicht beweisen können, dass Sie in der Verkehrspolitik dazu beigetragen haben, dass Tourismusorte leichter erreichbar werden.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre gut, wenn Sie in diese Konvention reinschauen und sich an den Worten orientieren würden. Ich bitte Herrn Kollegen Sprinkart und die Redner der Opposition, ein paar dieser Punkte aufzugreifen. Da heißt es zum Beispiel wunderschön: „Die Vertragsparteien verpflichten sich, Hindernisse für die internationale Zusammenarbeit zwischen den Ländern des Alpenraums zu beseitigen.“ Ich frage Sie: Was haben Sie in den letzten beiden Jahren bezüglich der freundschaftlich-nachbarschaftlichen Beziehungen zur Republik Österreich getan?

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Sprinkart, ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie sich von Teilen der Konvention distanzieren. In Artikel 2 der Konvention heißt es unter dem Stichwort „Bevölkerung und Kultur“: „Es ist Ziel der Achtung, Erhaltung und Förderung der kulturellen und gesellschaftlichen Eigenständigkeit der ansässigen Bevölkerung.“ Das ist wahr.

Herr Kollege Sprinkart und liebe Damen und Herren von der Opposition, orientieren Sie sich an diesen Worten. Damit würden Sie den Alpen, den Bürgerinnen und Bürgern, dem Freistaat Bayern, der Wirtschaft und der Fremdenverkehrswirtschaft einen Gefallen tun.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schmidt-Sibeth.

Frau Schmidt-Sibeth (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist eine beachtliche Leistung der Anrainerstaaten, bei unterschiedlichen Interessenlagen ein gemeinsames Programm, die Alpenkonvention, mit seinen Durchführungsprotokollen zum Schutz, zur Vorsorge und zur nachhaltigen Entwicklung des Alpenraums erarbeitet zu haben. Sieben der zwölf vorgesehenen Protokolle sind heute unterzeichnet. Allerdings hapert es bei der Umsetzung gewaltig. Das hat auch die Staatssekretärin des Umweltministeriums in ihrer Rede zur Vorstellung des neuen Alpenraumprogrammes eindeutig bestätigt.

Sicherlich wird niemand behaupten wollen, dass in den vergangenen Jahren nichts umgesetzt worden wäre. Vor allem dank der persönlichen Initiative einzelner Bürgermeister und Kommunalgremien ist es in Zusammenarbeit mit den örtlichen NGOs gelungen, Vorzeigeprojekte umzusetzen, die sich der Zielsetzung nähern, divergierende Interessenlagen wie die Bedürfnisse nach Ruhe und Reinhaltung der Luft, Schonung natürlicher Ressourcen, Schutz der Natur, Schutz vor Naturkatastrophen, Erhalt des kulturellen Erbes, naturschonende Lenkung des Verkehrs, Erhalt von Arbeitsplätzen und das Betreiben von Sport und sanftem Tourismus in Einklang zu bringen.

Punktuelle Lösungen genügen aber nicht. Die flächendeckende und länderübergreifende Umsetzung des Protokolls ist das Gebot der Stunde. Die Staatsregierung ist gefordert, über Aufklärungs-, Motivations-, Bildungs- und Agenda-21-Projekte die ansässige Bevölkerung in den Umsetzungsprozess einzubeziehen und die örtlichen Verbände und Organisationen besser in die Lage zu versetzen, sich umfassend zu engagieren. Ein Teil unserer Anträge geht in diese Richtung.

Lobenswert ist, dass das Umweltministerium vor wenigen Tagen die von der EU projektbezogen geförderten Ziele des neuen Alpenraumprogramms vorgestellt hat. Sie sollen in transnationaler Zusammenarbeit umgesetzt werden. Doch auch hier hat die eigentliche Arbeit, das länderübergreifende Engagement zum Schutz und zur Weiterentwicklung des Alpenraums, noch nicht begonnen. Langfristig brauchen wir dazu die beschleunigte Einrichtung eines Generalsekretariats der Alpenländer, das bisher leider nicht zustande kam. Dieses Sekretariat könnte entscheidend zur Beschleunigung der Umsetzungsprozesse beitragen. Solange wir dies jedoch nicht erreicht haben, solange es also keine zentrale Koordination aller Projekte gibt, sollten die Beauftragten der einzelnen Länder enger zusammenarbeiten.

Wir dürfen nicht so lange über Schutz und nachhaltige Entwicklungen reden, bis kaum noch etwas zu retten ist. Schon die schweren Naturkatastrophen in den Alpen, zum Beispiel die dramatischen Lawineneingänge der letzten Winter oder die Flut- und Schlammkatastrophen und unsere Hochwasserkatastrophen, zeigen, dass es fünf vor zwölf ist. Wir brauchen nicht weitere Papiere, so gehaltvoll sie auch sein mögen, oder Goodwill-Erklärungen. Wir müssen vielmehr das Erarbeitete schnell umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Der nächste Redner ist Herr Kollege Grabner.

Grabner (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einige Anmerkungen zum Thema Siedlungswesen hinzufügen. In den Artikeln 3 und 9 des Protokolls zur Durchführung der Alpenkonvention vom Dezember 1994 sind eine ganze Reihe von Punkten zu den Themen Raumplanung und nachhaltige Entwicklung enthalten. Wenn man sich diese

Punkte ansieht und prüft, was davon in Bayern umgesetzt ist, kann man eigentlich Punkt für Punkt abhaken.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, natürlich müssen auch die Menschen im Alpenraum und im Voralpenraum angemessen wohnen und arbeiten können. Selbstverständlich sind in einer solch empfindlichen Landschaft oft Zielkonflikte vorprogrammiert. Im Grunde geht es dabei immer um das richtige Maß der Nutzung. In der heutigen Debatte wurden wiederholt die schrecklichen Lawinenabgänge, Murenabgänge und Hochwässer genannt. Ich stelle fest, dabei werden oft allzu leicht und allzu schnell Schuldzuweisungen formuliert. Es wird sehr schnell behauptet, dass dieser oder jener an solchen Katastrophen schuld sei. So einfach, wie es oft dargestellt wird, ist es nicht. Hier gibt es verschiedene Ursachen.

Wer mit offenen Augen durch unser Land fährt – Herr Starzmann hat es in seinem Beitrag auch angesprochen –, wird feststellen können, dass die Siedlungspolitik bei uns eine andere ist, dass die Besiedelung der Landschaft im Alpenraum bei uns anders aussieht als in einer Reihe von Nachbarländern. Dies hat auch unterschiedliche Gründe. Zum einen hat dies geographische Gründe. Wenn man Bayern mit Südtirol, mit der Schweiz, mit Österreich vergleicht, stellt man beispielsweise fest, dass wir nicht so viele enge Täler haben. Zum anderen hängt dies sicherlich auch mit unserer geordneten Raumplanung und der Baugesetzgebung zusammen. Ich freue mich, Herr Starzmann, dass Sie das so positiv dargestellt haben und Bayern als leuchtendes Beispiel für die anderen Alpenländer angeführt haben.

(Starzmann (SPD): Ich lobe Sie nie wieder, wenn Sie mir das Wort im Mund umdrehen!)

Oft wird ja über unsere strengen Baugesetze und die unflexible Umsetzung geschimpft. Das mag ja in dem einem oder anderen Fall stimmen; man muss aber eines schlicht und einfach feststellen: Unsere Gesetze, unsere Raumplanung haben ihr Ziel nicht verfehlt. Diese Instrumente, diese Vorgaben waren und sind richtig. Landesentwicklungsplan, Regionalplanung, Ortsplanungsstellen, Flächennutzungspläne und geordnete Bauleitplanung haben ihren Sinn.

Gestatten Sie mir, noch auf einen Punkt hinzuweisen, der jeden von uns schon irgendwann einmal berührt hat: § 35 des Baugesetzbuches regelt das Bauen im Außenbereich. Klar ist, dass im Voralpenraum und im Alpenraum, wo Grundstücke knapp und teuer sind, der Druck auf den Außenbereich immer besonders groß ist. Ich meine aber, dieser § 35 hat nicht nur seine Berechtigung, sondern bei ordnungsgemäßer Anwendung ist er zugleich auch der beste Umweltschutzparagraph, weil er die Zersiedelung verhindert. Er verhindert das unplanmäßige Bebauen und die damit zusammenhängenden Probleme, zum Beispiel bei der Abwasserentsorgung. Er verhindert, dass die Landschaft an allen Ecken und Enden angeknabbert wird.

Meine Damen und Herren, Herr Starzmann hat angesprochen, dass es künftig nicht mehr zwingend vorge-

schrieben sein soll, Kreisbaumeister an den Landratsämtern zu haben. Herr Starzmann, dies veranlasst mich schon etwas zum Schmunzeln; das muss ich Ihnen schon sagen. Ich weiß nicht, ob Sie andere Erfahrungen gemacht haben. Ich kann jedenfalls nicht behaupten, nur die Kreisbaumeister hätten den guten Geschmack für sich gepachtet

(Starzmann (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

oder nur sie hätten ein Gespür für die Landschaft. Das trifft nicht den Kern. Ich glaube, in vielen Bereichen, in denen es Kreisbaumeister gab und gibt, gibt es auch Beispiele von Bauwerken, über die man sagt: So etwas von potthässlich; wie konnte man das nur genehmigen.

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Sie sagen jetzt, es ist eine schlimme Geschichte für unsere Baukultur, wenn es keine Kreisbaumeister mehr gibt. Ich habe eine andere Auffassung. Es gibt viele Gegenbeispiele.

Sie haben noch die eigene bayerische Umweltverträglichkeitsprüfung für den Alpenraum angesprochen. Ich meine, dass es genügend rechtliche Instrumente, auch Folterinstrumente im Baurecht gibt. Wir brauchen nicht zusätzlich etwas. Wir müssen das, was wir haben, anwenden.

Ich möchte zum Abschluss noch unsere Bemühungen im Bereich der Dorfentwicklung und der Städtebausanierung erwähnen. Wir haben hervorragende Gestaltungsmöglichkeiten, die in diese Alpenkonvention genau passen. Unsere neuen Siedlungsmodelle, die durch Privatisierungserlöse anfinanziert wurden, betonen gerade den ökologischen Gesichtspunkt besonders. Wir sind der Auffassung – da halte ich es mit einem alten Sprichwort –: Wer aufhört zu rudern, treibt zurück. Deshalb, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, werden wir weiter fleißig rudern, damit auch die kommenden Generationen in Bayern noch gerne und gut leben und arbeiten können.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Nächste Rednerin ist Frau Staatssekretärin Stewens. Bitte schön.

Frau Staatssekretärin Stewens (Umweltministerium): Meine Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrter Herr Präsident! Ich möchte nur einige grundsätzliche Anmerkungen zur Diskussion machen. Ich möchte die besondere bayerische Verantwortung für die Alpen herausstellen und Ihnen den Alpenplan einmal in Erinnerung rufen, den Alpenplan des ersten bayerischen Umweltministers. Dies ist etwas, was in dieser Form andere Alpenstaaten bis heute noch nicht haben. Was steht denn in diesem Alpenplan? In diesem Alpenplan genießen 42% der bayerischen Alpen den höchsten Schutz, in 23% der Alpen sind Verkehrserschließungsmaßnahmen nur eingeschränkt möglich. In den restlichen 35% sind Erschließungsanlagen grundsätzlich möglich.

Lassen Sie mich eine Anmerkung zur Fortschreibung des LEP hinsichtlich der Nachhaltigkeit machen. Gerade bei der Fortschreibung des LEP werden wir den Alpenplan vor dem Hintergrund der alpinen Gefahren überarbeiten. Das wurde ja von Ihnen immer wieder angemerkt. Ich möchte noch ein Wort zum Begriff Nachhaltigkeit sagen, da dieser in diesem Hause immer wieder kritisiert wird. Mich wundert, dass diese Kritik gerade von den GRÜNEN kommt. Meine Damen und Herren, Nachhaltigkeit ist eine neue Qualität in der Politik, nicht nur in der Umweltpolitik, sondern auch in der Wirtschaftspolitik, in der Haushaltspolitik, in allen Politikbereichen. Ich meine schon, dass wir gemeinsam hinter diesem Begriff stehen sollten und dass Sie ihn nicht ständig kritisieren sollten. Kaum einer erfüllt ihn so sehr mit Leben wie die bayerische Umweltpolitik und der bayerische Umweltminister.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Lassen Sie mich das Ihnen einmal ganz klar und deutlich sagen.

Der Alpenplan zeigt, wie hoch die Wertschätzung der Bayerischen Staatsregierung für das höchst sensible ökologische Gebiet Alpen ist.

Noch eine Bemerkung zum Bergwald. Meine Damen und Herren, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, die Inhalte des Bergwaldprogramms brauche ich jetzt im Einzelnen nicht aufzuzählen. Ich möchte aber etwas zu den Summen sagen. Insgesamt werden per anno 11 Millionen DM – bezogen auf den Bereich des Bergwaldprotokolls – für Schutz, Pflege und Sanierung des Bergwaldes ausgegeben, und das ohne Staatswald. Auch das Vegetationsgutachten zeigt eine Verbesserung der Situation des Bergwaldes. Von den Fortschritten der Schutzwaldsanierung haben sich übrigens der Umweltausschuss, der Haushaltsausschuss und der Landwirtschaftsausschuss jeweils unter Begleitung der jeweiligen Ministerien in diesem Jahr überzeugt.

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Wenn man sieht, was Positives geleistet worden ist, erwarte ich, dieses auch anzuerkennen.

Herr Kollege Starzmann, noch ein Wort zum Schutz der Gewässer und Seen. Es gibt Regionalprogramme zum Schutz der Gewässer und Seen

(Starzmann (SPD): Das weiß ich!)

im Kulturlandschaftsprogramm jeweils in Abstimmung mit den einzelnen Wasserwirtschaftsämtern.

Lassen Sie mich noch etwas zum transalpinen Verkehr und zum kürzlich unterzeichneten Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention sagen. Der inneralpine Verkehr ist ausgenommen; da darf gemäß Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention – mit den Einschränkungen des Protokolls – weiter gebaut werden – das ist gar keine Frage. Sie haben die Strecke München – Mühldorf – Freilassing und den Brenner-Basistunnel angesprochen. Lassen Sie

uns doch gemeinsam dafür kämpfen, dass diese Bundesregierung wirklich den Güterverkehr auf die Schiene bringt.

(Starzmann (SPD): Das haben Sie 16 Jahre lang nicht gemacht!)

Lassen Sie mich Ihnen als Gemeinderätin in Poing, direkt an der Linie München – Mühldorf – Freilassing gelegen, eines sagen: Vor Ort sollten dann die SPD und die GRÜNEN darauf verzichten, gegen die Verwirklichung dieses Schienenausbaus zu kämpfen.

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Schauen Sie sich einmal an, wer in den Bürgerinitiativen sitzt, die unbezahlbaren Tunnel fordert.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, das ist leider Gottes kein Quatsch. Erst nach einem langen Abstimmungsprozess ist es möglich, zu einem gemeinsamen Statement und einem gemeinsamen Vorgehen zu kommen.

Lassen Sie mich noch auf die Kürzungen im Interregio-Verkehr eingehen. 18 Millionen Streckenkilometer sollen im Jahre 2001 von der Bahn AG stillgelegt werden, 2003 23 Millionen Streckenkilometer.

(Zuruf des Abgeordneten Starzmann (SPD))

Was macht die neue Bundesregierung? Die Bahn AG sagt, sie hat kein Geld. Die Bundesregierung sagt: Es gibt keine Querfinanzierung der Bahn. Die Bundesregierung entzieht sich der Verantwortung für den Fernverkehr.

Sie sollten einmal schauen, was vor Ort passiert. In den Länderparlamenten werden von Rot-Grün Lippenbekenntnisse abgegeben, die im Gegensatz dazu stehen, was die Bundesregierung in die Realität umsetzt.

(Frau Lück (SPD): 16 Jahre Misswirtschaft!)

Was die Beschneiungsanlagen betrifft, so möchte ich meinen Kollegen von der CSU-Fraktion danken. Wenn man Ski fährt, sieht man ganz genau, wie es in der Schweiz, in Österreich oder in Bayern aussieht. Fragen Sie einmal die Skifahrer, wo sie Ski fahren. Diese fahren nicht mehr nach Spitzing und Sudelfeld, weil dort alte Sessellifte sind.

(Starzmann (SPD): Wohin fahren Sie denn?)

Fahren Sie einmal in die Schweiz oder nach Österreich in die Scheffau. Schauen Sie sich dort den Ausbau der Liftanlagen an. Dann sehen Sie die Praxis Bayerns und die Praxis der anderen Alpenstaaten. Der Ausbau bestehender Liftanlagen ist auch von der Praxis bezüglich der Genehmigung von Beschneiungsanlagen abhängig.

(Frau Lück (SPD): Es geht nicht nur um die Liftanlagen!)

Man muss sehen, dass wir uns in einer Wettbewerbssituation befinden.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Schmidt-Sibeth hat gesagt, es seien genug Papiere erstellt worden, jetzt gehe es an die Umsetzung. In der Tat muss die Umsetzung mit Leben erfüllt werden. Dazu ist das Alpenraumprogramm erstellt worden. Das Schöne an diesem Alpenraumprogramm ist, dass es gemeinsam mit all jenen erstellt worden ist, die im Alpenraum leben und arbeiten. Man muss sich vor Augen halten, dass 100 Millionen Menschen die Alpen pro Jahr besuchen. Wenn man sich den damit verbundenen Verkehr vergegenwärtigt, kann man sich vorstellen, unter welchem Nutzungsdruck die Alpen stehen. Gerade das europäische Alpenraumprogramm, welches über sechs Jahre mit 32 Millionen DM finanziert wird, ist gut geeignet, die Umsetzung der Alpenkonvention mit Leben zu erfüllen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 8

Haushaltsplan 2001/2002;

Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus

Frau Staatsministerin Hohlmeier hat das Wort.

Frau Staatsministerin Hohlmeier (Kultusministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es mag vielleicht ungewöhnlich für den Beginn einer Haushaltsrede sein, aber ich glaube, eine Haushaltsrede für den Bildungsbereich muss mit der Frage beginnen, wie sich eigentlich die Schüler ihre Schule wünschen. Wir haben mittlerweile eine Fülle von Umfragen gemacht, in denen Schüler ihre Antwort auf die Frage gegeben haben, wie sie sich ihre Schule der Zukunft vorstellen.

(Hofmann (CSU): Wenn du mich früher gefragt hättest!)

– Wir haben die Schüler gefragt, wie sie sich ihre Schulen wünschen, wir haben nicht nach den Problemen gefragt.

Die Antworten der Schüler lauteten: „Ich möchte gerne in der Schule sein, auch nach dem Unterricht.“ „Die Lehrer machen einen interessanten, abwechslungsreichen und modernen Unterricht.“ „Es wird etwas von mir verlangt, aber ich fühle mich nicht unter Druck.“ „Im Unterricht bestimmt nicht nur der Lehrer, auch meine eigenen Ideen sind gefragt.“ „Die Schüler sind nicht so träge, sie engagieren sich für ihre Schule und stellen gemeinsam etwas auf die Beine.“ „Auch Eltern setzen sich für die

Schule ein.“ „Partner- und Gruppenarbeit, Projekte, Arbeit am Computer – all das kommt bei uns im Unterricht selbstverständlich vor.“ „In der Schule lerne ich das, was mich im Leben weiterbringt.“ „Wir alle, Schüler, Lehrer und Eltern, legen fest, welche Spielregeln an unserer Schule gelten sollen.“

So soll die Schule von morgen aussehen, wenn es nach den Schülerinnen und Schülern geht. Sie haben Recht. Dazu müssen wir die bayerischen Schulen weiterentwickeln, und dazu haben wir auch die Bildungsoffensive Bayern gestartet. Wir haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr viel erreicht. Es gibt allerdings noch viele Aufgaben, die es zu bewältigen gilt, viele Probleme, die noch zu lösen sind, viele positive Ansätze, die weiterentwickelt werden müssen, und es gilt, so viele neue Ideen umzusetzen, bis die Schule der Zukunft Realität ist.

Ich möchte allerdings gleich hinzufügen: Schule ist kein statischer Zustand. Schule wird sich im Angesicht der gesellschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen und sonstigen Umbrüche in der Welt immer weiter entwickeln müssen. Es gibt nicht die perfekte Schule der Zukunft, sondern nur eine Schule, die sich den Herausforderungen ihrer Zeit stellt. Wir sind bereit, uns dieser Herausforderung zu stellen. Zugleich wissen wir: Wir brauchen dazu Energie und einen langen Atem, und nicht zuletzt brauchen wir Geld. Zum Nulltarif ist eine Weiterentwicklung der bayerischen Schulen ganz sicher nicht zu haben.

(Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Richtig!)

Ich bin daher sehr dankbar, dass für die Bildung in den Jahren 2001 und 2002 zusammen über eine Milliarde DM mehr vorgesehen ist als im letzten Doppelhaushalt. Eine solche Steigerung kenne ich aus keinem Land, das rot oder grün regiert wird.

(Beifall bei der CSU)

Damit kommen rund 40 % der Mehrausgaben direkt der Bildung und der Ausbildung zugute.

Innerhalb des Einzelplans 05 liegt der Schwerpunkt auf den Schulen, auf die auch der überwiegende Teil der Steigerungen entfällt. Nachdem die Ausgaben im Haushaltsjahr 2000 erstmals über 10 Milliarden DM lagen, steigen sie 2001 auf 10,5 Milliarden DM und 2002 auf rund 10,8 Milliarden DM. Ich danke allen anderen Ressorts dafür, dass sie dies mittragen.

Die hohe Steigerungsrate hat gute Gründe. Die Schülerzahlen in Bayern nehmen seit Jahren zu und haben ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. In diesem Schuljahr drücken so viele Kinder und Jugendliche die Schulbank wie seit 1982 nicht mehr. Zudem fordern Globalisierung und Digitalisierung auch bildungspolitische Antworten. Mit einer umfassenden Reform des bayerischen Bildungswesens reagieren wir auf die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technischen Umbrüche und bereiten unsere Kinder und Jugendlichen bestmöglich auf die Welt von morgen vor.

Wir wollen jeden Schüler in seinen Anlagen und Fähigkeiten individuell fördern. Wir wollen nicht alle gemeinsam in eine Schule schicken und nur nach Niveau trennen, sondern die verschiedenen Begabungen berücksichtigen, die junge Menschen haben. Jeder Schüler soll lernen, seine Fähigkeiten einzusetzen, um in eigener Verantwortung sein Leben zu bewältigen, aber auch sein berufliches und persönliches Umfeld zu gestalten. Damit schaffen wir zugleich Chancengerechtigkeit und machen unserem Land die ganze Palette der Begabungen nutzbar. Das ist Anliegen und Ziel der tief greifenden Reformen, die wir seit dem vergangenen Jahr auf den Weg gebracht haben. Die Absage der Bürgerinnen und Bürger an das von SPD und GRÜNEN unterstützte Volksbegehren und die Zustimmung dieses Hauses zur Änderung des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes waren wichtige Meilensteine auf unsere Weg zu Sicherung und Steigerung der Qualität an Bayerns Schulen.

Im Zentrum der Bildungsoffensive Bayern steht die innere Schulentwicklung. Innere Schulentwicklung geht von den Schulen selbst aus. Sie kann nicht von oben verordnet werden. Das Kultusministerium muss natürlich Impulse geben und Wege ebnen. Aber an erster Stelle steht die selbständige Gestaltungskraft der Schulen. Erst das gemeinsame Engagement von Lehrern, Schülern und Eltern bewegt etwas und lässt individuelle Schulprofile entstehen.

Der Augsburger Kongress „Schulinnovation 2000“ im April, auf dem engagierte Schulen ihre Projekte vorstellten, bot zugleich ein Forum für einen Erfahrungsaustausch unter den Schulen. Um die Schulentwicklung zu fördern und zu unterstützen, starten wir demnächst sieben Regionalkongresse. Die Auftaktveranstaltung wird in wenigen Tagen in Würzburg eröffnet.

Bayerns Schulen gehen neue Wege. Denn Schule soll heute allzu viele Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, allzu viele Aufgaben erfüllen: Selbstverständlich müssen den Schülern dort grundlegende Kenntnisse und Werte unserer abendländischen Kultur nachhaltig vermittelt werden; zugleich sollen sie aber auch Fertigkeiten wie Rechnen oder Computernutzung möglichst aus dem Effeff beherrschen. Im fast undurchdringbar gewordenen Medienschwung dürfen sie nicht die Orientierung verlieren. Und unterhalten können sollten sich unsere Schüler mindestens in zwei, besser noch in drei Sprachen fließend und gewandt; nicht zu vergessen die sozialen Kompetenzen: Ungezogene, gar egoistische Einzelkämpfer ohne Herz dürfen keinesfalls die Schule verlassen.

Ganz im Ernst: Es ist enorm, was Schule heute alles leisten soll. Und – auch das soll an dieser Stelle ausdrücklich betont werden – es ist enorm, was die Lehrerinnen und Lehrer jeden Tag leisten. Eine Untersuchung der LMU München hat unlängst ergeben, dass drei von vier Befragten keinesfalls Lehrer sein wollten. Das hat sicher den Grund, dass ihnen bewusst ist, wie anspruchsvoll der Beruf der Lehrkraft heutzutage ist. Daher dürfen sich Lehrerinnen und Lehrer nicht allein gelassen fühlen mit den großen Herausforderungen, die sie täglich bewältigen müssen. Sie brauchen den Rückhalt und die Anerkennung der Gesellschaft!

Sie verdienen diesen Rückhalt auch. Denn viele unserer Schulen haben sich auf den Weg gemacht, um Bildung und Ausbildung morgen noch attraktiver und zukunftsfähiger zu gestalten als heute. Doch allein können sie diesen Weg nicht gehen. Sie brauchen starke Partner, die sie dabei begleiten und ihnen mit Rat und Tat zur Seite stehen: Sie brauchen die Eltern mit ihrer Erfahrung in Erziehungsfragen und auch mit ihrem beruflichen Wissen und der Bereitschaft, sich in die Schule einzubringen, sie brauchen die Kommunen als Partner, sie brauchen Verbände und Organisationen, die einen anderen Blickwinkel haben als die Schulen selbst und so das Blickfeld von Lehrern und Schülern erweitern, und nicht zuletzt brauchen sie auch die Wirtschaft, die Betriebe, die ihr Know-how in die Schulentwicklung einbringen und den Schulen für besondere Anliegen auch finanziell unter die Arme greifen können.

Im vergangenen Monat haben wir einen entscheidenden Schritt in diese Richtung unternommen: Mit rund 50 bayerischen Unternehmen haben wir den „Bildungspakt Bayern“ geschlossen. Sind wir bei der Gründung der Stiftung noch von einem Stiftungskapital von 10 Millionen DM ausgegangen, das von Wirtschaft und Staat zu gleichen Teilen getragen werden soll, wurden vonseiten der Wirtschaft mittlerweile 4,5 Millionen DM zusätzlich zugesagt. Darüber hinaus haben seither viele Firmen ihre Bereitschaft zu einer Beteiligung an der Stiftung signalisiert. Das bundesweit einmalige Kooperationsprojekt schafft damit auf lange Sicht eine gute Basis, um gemeinsam nachhaltige Entwicklungsprozesse an unseren Schulen zu fördern. Ich darf hinzufügen: Die Kritik an der Wirtschaft ist zumindest in Bayern in diesem Zusammenhang nicht gerechtfertigt, wenn immer wieder behauptet wird, die Wirtschaft fordere nur und bringe nichts ein. Es gibt sehr, sehr viele Unternehmen, die bereit sind, unseren Schulen unterstützend zur Seite zu stehen, ihnen im finanziellen, im ideellen oder im materiellen Sinn zur Seite zu stehen. Für diese Unterstützung und die Kooperationsbereitschaft der Wirtschaft, die bei uns so groß ist wie nirgendwo anders, sind wir außerordentlich dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Im Gegensatz zu anderen Ländern kritisieren wir sie auch nicht dafür, dass sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Denn demjenigen, von dem man verlangt, dass er Verantwortung übernimmt, muss man auch den Spielraum einräumen, mitwirken zu können.

Ich freue mich und bin dankbar dafür, dass so viele Unternehmen bereit sind, unsere Schulen zu unterstützen, wenn sie moderne Unterrichtsmethoden und neue Formen des Lernens einführen wollen. Ich freue mich, dass so viele Unternehmen in Gedankenaustausch mit den Schulen, der Schulverwaltung und der Bildungspolitik treten wollen, um mit ihren Beiträgen an der Weiterentwicklung unserer Schulen mitzuwirken.

Neben unserer Beteiligung an der Stiftung setzen wir auch im Haushaltsentwurf selbst ein Zeichen. Um die Bedeutung der inneren Schulentwicklung zu unterstreichen, werden dafür erstmals eigene Mittel ausgewiesen. In den Jahren 2001 und 2002 stehen für kreative und

innovative Projekte von Schulen insgesamt 400 000 DM zur Verfügung.

Damit und mit dem Bildungspakt Bayern setzen wir aktiv und konsequent den Weg fort, den wir mit der Bildungs-offensive Bayern eingeschlagen haben. Es herrscht Aufbruchstimmung an einer ganzen Reihe von Schulen. Neue Lehr- und Lernmethoden halten Einzug, Methoden, die mehr Eigeninitiative, Aktivität und Mitgestaltung erlauben. Praxisbezogene Projekte zeigen die Anwendung des theoretisch Gelernten. Lehrerteams setzen sich zusammen, um die Qualität des Unterrichts zu verbessern. Immer mehr Schulen haben ein eigenes Schulprogramm, Lehrerkollegien begreifen sich auch in diesen innovativen Schulen zunehmend als Team, Schulen gewinnen wesentlich mehr an Profil.

Es gibt jedoch noch eine ganze Menge zu tun. Wir wollen Modelle zur Qualitätssicherung erarbeiten. Wir wollen neue Wege bei der Personalentwicklung gehen. Wir entwerfen derzeit Konzepte für den sinnvollen Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken, wie zum Beispiel jetzt bei der Systems vorgestellt – ein Programm, das in Bayern gemeinsam mit der Firma Intel entwickelt worden ist. Es wurde von allen 16 Bundesländern adaptiert, wird jetzt von Österreich und von Südtirol übernommen und hält wahrscheinlich auch in der Schweiz Einzug. Es wurde von der Lehrera Akademie in Dillingen gemeinsam mit Intel vorbereitet, steht jetzt den Lehrkräften im gesamten deutschsprachigen Raum zur Verfügung und wird von ihnen auch angenommen.

(Beifall bei der CSU)

Zukunftsweisende Informations- und Kommunikationstechnologien spielen bereits heute eine wichtige Rolle an unseren Schulen. Mittlerweile verfügen fast alle weiterführenden Schulen im Freistaat über einen Netzanschluss. Rund 170 Seminarschulen erhielten eine besondere Förderung in diesem Bereich, die Lehrerfortbildung wurde intensiviert, und Arbeitskreise wurden ins Leben gerufen, die für den Unterricht geeignete Multimediale Produkte entwickeln helfen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Satz zum Bundeskanzler sagen. Es freut mich immer ungemein, wenn er dafür eintritt, dass alle Schulen vernetzt sein sollten. Ich habe allerdings vom Bund in diesem Zusammenhang bis jetzt überhaupt noch keine sinnvolle Initiative erlebt. Wenn, dann kam sie von der Telekom selbst,

(Beifall bei der CSU)

die mit uns gemeinsam, aber auch aus Haushaltsmitteln des Freistaats Bayern und aus Privatisierungserlösen für die Vernetzung gesorgt hat. Allerdings wurde aus den jeweiligen Erlösen, die dem Bund zur Verfügung stehen, keine Mark bereitgestellt, die effektiv im Freistaat Bayern weiterhelfen würde, die Ansprüche zu erfüllen, die man selbst in die Welt und in die Zeitung setzt.

(Beifall bei der CSU)

Mit der rasanten Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien kommen dennoch immen-

se Herausforderungen auf uns zu. Weiterhin sind unzählige Maßnahmen und hohe finanzielle Aufwendungen erforderlich, damit das bayerische Schulsystem in Ausstattung, Lehrerbildung und Unterrichtsgestaltung am Puls der Zeit bleibt. Für die Förderung des LuK-Einsatzes an Schulen sind aus den Mitteln der Offensive Zukunft Bayern neben den bereits aus Privatisierungsmitteln zur Verfügung gestellten Summen 60 Millionen DM vorgesehen. Ein Teil ist bereits verausgabt, der andere Teil wird in den nächsten zwei, drei Jahren verausgabt. Allein für die Anrechnungsstunden der Systembetreuer wenden wir in den nächsten beiden Jahren aus dem regulären Haushalt zusätzlich 6,3 Millionen DM auf.

Neben technischen und organisatorischen Fragestellungen kommen auf unsere Schulen auch zunehmend gesellschaftspolitische Herausforderungen zu. Immer mehr Kinder und Jugendliche sind nach Unterrichtsschluss sich selbst überlassen, da ihre Mütter und Väter sie am Nachmittag nicht betreuen können. Oft genug sind Kinder und Jugendliche damit überfordert, sich selbst zu versorgen, selbstständig ihre Hausaufgaben zu erledigen und ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten. Daher sehen wir eine vorrangige Aufgabe auch darin, die Schüler nach Unterrichtsschluss in ein soziales Netz einzubinden.

Seit dem Schuljahr 1999/2000 wird Kindern, deren Eltern dies wünschen, in der Grundschule eine zuverlässige Betreuung in der Zeit von 7.30 Uhr bis 13.00 Uhr angeboten. Ich möchte dazu in Richtung Opposition ein Wort sagen. Dieses Modell der Mittagsbetreuung ist entgegen den Unkenrufen der Opposition besonders von Niedersachsen begrüßt worden, das dieses Modell nahtlos übernommen und seine alten Modelle dagegen eingetauscht hat. Die Aussage der bayerischen Kultusministerin war, dass nur im Zusammenwirken, in gemeinsamer Verantwortung von Eltern, Schule, Kommune und Staat und mit der gemeinsamen Bereitschaft, das Ganze zu finanzieren, solche Angebote in der heutigen Zeit zu verwirklichen sind.

(Beifall bei der CSU)

Die Zeit, in der man seine Ansprüche stellte und erwartete, dass sie schon irgendjemand organisieren und bezahlen wird, ist schlichtweg vorbei. Es geht nur mit gemeinsamer Arbeit und der Bereitschaft, etwas einzubringen.

(Frau Dr. Baumann (SPD): Auch die Eltern!)

Auch die Eltern dürfen dies sein, jawohl. Auch Eltern sollen und müssen sich für die Erziehung ihrer Kinder in die Schule einbringen.

(Beifall bei der CSU)

Diese Verantwortung tragen sie. Viele Eltern stellen unter Beweis, dass sie dies können und dass sie bereit sind, dies auch zu tun. Wenn Sie sehen, wie viele Eltern sich in die Mittagsbetreuung einbringen, erkennen Sie, dass es vollkommen falsch gewesen wäre, ein rein staatliches Betreuungssystem aufzubauen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben eine aktive Bürgergesellschaft, wie wir sie wollen, und nicht eine Gesellschaft, die Ansprüche stellt, die dann anonym von irgendjemandem zu erfüllen sind.

Auch Schüler der weiterführenden Schulen sollen bei Bedarf nachmittags betreut werden können. Die Erhöhung des Gesamtansatzes der Jugendarbeit um 1,5 Millionen DM im nächsten Haushalt wird vor allem dem weiteren Ausbau der Nachmittagsbetreuung für Schüler der Jahrgangsstufen 5 bis 10 zugute kommen. Nachdem die Förderung zunächst auf Projekte in Einrichtungen der Jugendarbeit beschränkt war, werden seit diesem Jahr auch Projekte an Schulen, vorwiegend Hauptschulen, aufgenommen.

Mit Beginn des laufenden Schuljahres hat sich die Zahl der geförderten Projekte auf 90 erhöht; damit stehen insgesamt rund 1800 Betreuungsplätze zur Verfügung. Im Laufe des Jahres 2001 können wir mit Hilfe der zusätzlichen Finanzmittel weitere 40 bis 45 Projekte in die Förderung aufnehmen. Dem Aufbau weiterer Ganztags- und Halbtagsangebote wird in den nächsten Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit gelten.

Schule innovativ gestalten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das A und O einer guten Schule aber – das wissen wir – sind fachlich qualifizierte, pädagogisch engagierte und motivierte Lehrer. In die Lehrerversorgung investieren wir daher den größten Teil der Mittel des nächsten Doppelhaushalts, und hauptsächlich auf die Lehrerversorgung entfallen die Mehrausgaben in den nächsten zwei Jahren. Insgesamt ist die Personalsituation an Bayerns Schulen gut: Unsere Schülerinnen und Schüler erhalten mehr Unterricht als ihre Mitschüler in fast allen anderen Ländern Deutschlands. Trotz der hohen Unterrichtskapazität konnten die Klassenstärken weitgehend stabil gehalten oder sogar noch verkleinert werden. In den Volksschulen sitzen heute nur in 2,7 Prozent aller Klassen mehr als 30 Kinder.

Um den vergleichsweise geringen Unterrichtsausfall an bayerischen Schulen noch weiter zu minimieren, wurde in diesem Schuljahr nicht nur die mobile Reserve für Volksschulen aufgestockt, sondern darüber hinaus eine neue mobile Reserve an den Gymnasien eingeführt. Ich darf an dieser Stelle laut und deutlich sagen: Bei uns im Freistaat Bayern gibt es keinen zwölfprozentigen Unterrichtsausfall, der künstlich produziert wird und schwerpunktmäßig auf Fortbildungsveranstaltungen zurückgeht. Im Freistaat Bayern fallen durch Fortbildung und ähnliche Veranstaltungen nur etwa ein bis 1,5 Prozent des Unterrichts aus, während ein zwölfprozentiger Unterrichtsausfall in manchen SPD-regierten Ländern zum Dauerzustand wird. Fortbildung und Bildung sind wichtig, aber die Kontinuität des Unterrichts muss Vorrang genießen. Daran muss sich die Inanspruchnahme von Fortbildung sinnvoll orientieren. Es kann zwar einmal ein Schulvormittag für Fortbildung verwendet werden, aber das darf nicht zum grundlegenden Prinzip werden.

(Beifall bei der CSU)

Die größte Herausforderung stellen derzeit zweifellos die ständig ansteigenden Schülerzahlen dar. Mehr Schüler brauchen auch mehr Lehrer. Bereits seit dem Schuljahr 1998/99 werden bis zum Jahr 2002/2003 insgesamt 2500 Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Lehrer geschaffen, die nach zwei Jahren auf volle Planstellen übernommen werden. Für die seit 1999 und 2000 Beschäftigten werden in den Jahren 2001 und 2002 zusammen 668 neue Planstellen eingerichtet.

Dabei übertreffen schon im Jahr 2000 die 3434 festen Einstellungen im staatlichen Schuldienst den bereits überdurchschnittlichen Vorjahreswert um elf Prozent und den Durchschnittswert der Neunziger Jahre um fast 45 Prozent. Ähnlich hohe Einstellungszahlen wurden letztmals im Schuljahr 1982/83 erreicht. Jede durch Pensionierung oder Altersteilzeit freiwerdende Stelle wird mit einem jungen Lehrer neu besetzt. So manche Schule in manch einem anderen Land wünschte sich, eine solche Möglichkeit zu haben. Zusätzlich konnten wir 1400 Ausbildungsverträge vergeben.

Wir müssen auch in die Zukunft blicken und langfristige Personalplanungen anstellen. Ob die Studenten nach ihrem Examen in das Referendariat eintreten oder nach dem zweiten Staatsexamen tatsächlich in den Schuldienst gehen, hängt ganz entscheidend davon ab, ob wir Ihnen ein konkurrenzfähiges Angebot machen können; denn die Wirtschaft floriert und sucht zum ersten Mal wieder auch in den Lehrerkreisen nach Nachwuchskräften. Besonders davon betroffen sind Mathematik, Physik, Elektrotechnik und die Informationstechnik. Während früher über Jahre hinweg aus Diplomstudiengängen Studenten zu den Lehramtsstudiengängen überwechselten, hat das staatliche Angebot nunmehr aufgrund der hervorragenden Arbeitsmarktsituation, die in Bayern mit einer Arbeitslosigkeit von nur 4,7 Prozent die beste in ganz Deutschland, wenn nicht sogar in Europa ist, eine größere Konkurrenz als jemals zuvor. Wir werden uns daher gemeinsam mit der Kultusministerkonferenz Gedanken darüber machen, wie wir mit verschiedenen Maßnahmen für besondere Lehramtsstudiengänge junge Leute gewinnen können, zumal wir jetzt auf besondere Engpässe zusteuern.

Die sechsstufige Realschule sowie M-Züge und Praxisklassen an der Hauptschule werden entgegen den Aussagen der Opposition sehr gut angenommen. Dies ist ein großer Erfolg. Zugleich aber stellt uns dieser Ansturm vor die Aufgabe, die neuen Angebote möglichst schnell flächendeckend einzuführen. Die Behauptung, dass die sechsstufige Realschule von den Eltern nicht akzeptiert wird, ist angesichts des Ansturms auf die sechsstufige Realschule schlicht und einfach ein Witz. Die Behauptung, dass das Angebot von M-Zügen an der Hauptschule keinen Sinn hätte, ist angesichts der Entwicklung der Hauptschule, die wir derzeit draußen verzeichnen, angesichts des Anwachsens der Abschlüsse der Mittleren Reife an der Hauptschule ebenfalls ein Witz.

(Beifall bei der CSU)

In den nächsten beiden Jahren werden wir an Haupt- und Realschule insgesamt 250 neue Planstellen schaffen. Doch genügt es nicht, neue Lehrer einzustellen, um

die Bildungsoffensive voranzutreiben. Auch die Lehrer, die schon seit Jahren unterrichten, müssen Gelegenheit erhalten – sie sind dazu auch verpflichtet –, sich für die neuen Anforderungen fit zu machen. Daher werden wir im Doppelhaushalt 2001/2002 für die Fortbildung von Lehrern aller Schularten 2,35 Millionen DM mehr aufwenden als bisher. Diese Mittel sollen vor allem der schulinternen Fortbildung zugute kommen. Etwa 1,5 Millionen DM von den insgesamt 10 Millionen DM für Lehrerfortbildung sollen in die gezielte Förderung besonders innovativer Schulen fließen. Kurz gesagt: Wer innovativ und bereit ist, sich nachhaltig zu verändern, soll für diese Bereitschaft belohnt werden.

(Beifall bei der CSU)

Innovation an unseren Schulen setzt voraus, dass die Lehrerinnen und Lehrer in Studium und Referendariat zeitgemäß und zukunftsorientiert auf ihren Beruf vorbereitet werden. Seit 1998 werden daher Inhalte und Anforderungen der universitären Phase der Lehrerbildung überarbeitet. Wichtige Eckpunkte der Ausbildungsreform sind eine praxisnähere Gestaltung des Lehramtsstudiums, die Verstärkung der Erziehungswissenschaften sowie die Aktualisierung der fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Prüfungsanforderungen.

Als Schulart, welche die Grundlagen für die schulische Laufbahn aller Kinder legt, hat die Grundschule einen besonderen Stellenwert. In den letzten beiden Schuljahren hat sich die Unterrichtssituation in der Grundschule nachweislich verbessert. Seit dem Schuljahr 1998/99 werden die Wochenstunden sukzessive aufgestockt, so dass im laufenden Schuljahr bereits an allen Grundschulen drei Wochenstunden mehr zur Verfügung stehen. Wenn man den Fremdsprachenunterricht dazu zählt, sind es insgesamt fünf Wochenstunden. Ein Vergleich im Bundesgebiet ergibt, dass ein Kind in Bayern pro Woche bis zu vier Stunden mehr Unterricht erhält als ein Kind in Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen.

(Beifall bei der CSU)

Unsere Kinder bekommen wesentlich mehr Zeit zum Lernen und haben wesentlich mehr Möglichkeiten zum Lernen, als dies in den Ländern der Fall ist, die sich die Bildung auf ihre Fahne geschrieben haben.

(Beifall bei der CSU – Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lernen außerhalb der Schule gibt es auch!)

– Frau Paulig, selbstverständlich gibt es auch ein Lernen außerhalb der Schule, aber mit dieser Argumentation könnte man eigentlich die Schulen abschaffen; dieser Argumentation zufolge dürften wir nicht mehr Wochenstunden Unterricht erteilen lassen, weil die Kinder ja alles außerhalb der Schule lernen können. Frau Paulig, diese Argumentation ist schlicht und einfach lächerlich.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich würde Ihnen auch nicht raten, diese Argumentation den Eltern gegenüber zu verwenden, weil die Eltern über

Jahre hinweg darum gekämpft haben, wieder mehr Schulstunden gemäß dem bayerischen Standard zu erhalten.

Wir haben mittlerweile den neuen Lehrplan eingeführt, der den Schulen große Gestaltungsfreiheit einräumt und enorme Akzeptanz findet. Die Modellversuche an den Grundschulen sprechen für sich. Ich nenne als Stichworte nur die Rhythmisierung des Schulvormittags, die Flexibilisierung der Einschulung und jahrgangsgemischte Eingangsklassen. All diese Neuerungen dienen dazu, der Individualität der Kinder entgegenzukommen.

Seit dem vergangenen Schuljahr präsentiert sich die Hauptschule im neuen Gewand. Im Gegensatz zu den Ländern, in denen Sie, liebe Vertreter der Opposition, regieren, wurde sie nie zur Restschule degradiert. Sie war schon immer die Schulart, die ein großer Teil der bayerischen Schülerinnen und Schüler besuchte und die wir außerordentlich respektieren.

Nun entwickelt sich die Hauptschule weiter: Von der Pflichtschule wandelt sie sich zur Angebotsschule. Sowohl die M-Züge für Hauptschüler, die sich weiterqualifizieren und die mittlere Reife erwerben wollen, ohne die Schulart zu wechseln, als auch die Praxisklassen für Schüler mit großen Lernproblemen werden hervorragend angenommen.

Zu den Praxisklassen möchte ich noch etwas sagen. Wie wurde dieser Ansatz doch kritisiert! So wurde beispielsweise vorgebracht, dabei gehe es um die Aussonderung besonders schlechter Schüler. Die Erfolge der Praxisklassen zeigen sich aber bereits nach einem Jahr. Von den dort unterrichteten Schülerinnen und Schülern, die die Hauptschule ansonsten ohne Erfolg verlassen hätten, sozusagen als „Schulversager“ – so hätte man sie bezeichnet –, von diesen Schülern also konnten mehr als zwei Drittel in feste Berufsausbildungsverhältnisse oder entsprechende Maßnahmen zur Weiterqualifikation vermittelt werden.

(Beifall bei der CSU)

Nur ein Drittel dieser schwierigen Schülerinnen und Schüler musste letztlich in Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit überführt werden. Es gibt Praxismodelle, die eine Vermittlungsquote von 100% vorweisen können. 100% der dort unterrichteten Schülerinnen und Schüler haben, nachdem sie diese Praxisklassen absolviert haben, Motivation für das Lernen gefunden und Motivation, das eigene Leben in die Hand zu nehmen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Paulig, um Berufsvermittlung geht es hier nicht. Wenn Sie von diesem Thema nicht so viel verstehen, sollten Sie mit Ihren Argumenten vorsichtig sein. „Jump“ ist ein Programm, das auf die Vermittlung junger Leute nach entsprechenden Kursen ausgerichtet ist. Wir machen etwas anderes: Junge Leute, die total frustriert sind, was das Lernen anbelangt, holen wir dort ab, wo sie stehen, und versuchen, ihnen neuen Rückhalt zu geben, ihnen Grundlagen zu vermitteln, ihnen persön-

liche Begleitung anzubieten. Diese Jugendlichen werden ganztätig von ihren Lehrkräften und von sozialpädagogischem Personal begleitet und werden teilweise in Betrieben oder bei außerschulischen Partnern wie dem Kolpingwerk, der Caritas und dem Diakonischen Werk persönlich betreut. Sie arbeiten in Werkstätten, bei Firmen, die diese Jugendlichen ansonsten wohl nicht beschäftigen würden. All das kann ein kurzfristig angelegtes Programm wie „Jump“ nicht leisten. Doch respektiere ich dieses Programm.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Jump“ – –

(Frau Dr. Baumann (SPD): Wann waren Sie das letzte Mal bei einer Einrichtung des Kolpingwerks? – Weitere Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sehr geehrte Frau Dr. Baumann, das war vor zwei Wochen. Ich vermute, dass Ihr Besuch schon etwas länger zurückliegt. Im Übrigen sage ich es noch einmal: Ich respektiere das Programm „Jump“ dort, wo es richtig ist, und hilft. Wir nehmen es auch in Anspruch und arbeiten in dem Zusammenhang mit der Bundesanstalt für Arbeit zusammen. All das, was helfen kann, jungen Menschen den Eintritt in eine gute berufliche Tätigkeit zu ermöglichen, wird von uns angenommen und auch respektiert.

Nun zu den M-Kursen und den M-Klassen. Im Februar letzten Jahres habe ich im Rahmen meiner Regierungserklärung angekündigt, dass die Hauptschule in den nächsten acht Jahren flächendeckend den mittleren Schulabschluss anbieten wird. Im laufenden Schuljahr gibt es bereits 883 M-Klassen und zusätzlich 406 M-Kurse. Damit sind 86% des geplanten Endausbaus erreicht. An 52 Schulen sind bereits vollständige M-Züge von der siebten bis zur zehnten Jahrgangsstufe eingerichtet.

Die Zahlen sprechen für sich: Das Interesse an den M-Angeboten übertrifft alle Erwartungen und belegt, dass die seinerzeit geäußerten Unkenrufe ungerechtfertigt waren. Vielleicht sollte man in der Öffentlichkeit nicht immer nur auf die Probleme von Hauptschülern hinweisen, sondern auch einmal darauf, dass es viele leistungsbereite und leistungsfähige Jugendliche unter ihnen gibt, die den Respekt dieser Gesellschaft verdient haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit der Reform der Realschule wurde in dieser anerkannten Schulart in den letzten beiden Jahren die bedeutendste Änderung ihrer Geschichte durchgeführt. Aufgrund der hohen Akzeptanz für die sechsstufige Realschule ist eine Beschleunigung der eingeleiteten Reform dringend notwendig. So beabsichtigen wir, die Umwandlung bis zum Schuljahr 2003/2004 vollzogen zu haben. Von den derzeit 334 Realschulen sind bereits 148 sechsstufig.

Zum Gymnasium. Als wichtigstes Element der Schulentwicklung wurde in diesem Schuljahr in den Gymnasien die Budgetierung eingeführt. Anliegen der Budgetierung ist es, den Schulen in einem vorgegebenen Rahmen die Möglichkeit zu eröffnen, ein eigenständiges Profil zu entwickeln und eigenverantwortliche Klassen und Gruppen einzurichten. Die Schulen können so ihr Unterrichtsangebot auf die Wünsche ihrer Schülerinnen und Schüler und auch auf die der Eltern abstimmen. Zugleich erreichen wir mit dem neuen Modell wesentlich mehr Verteilungsgerechtigkeit unter den Schulen als bisher.

Haushaltspolitisch gesehen, ist die Budgetierung kostenneutral. Entgegen anderslautenden Aussagen ist sie kein „Sparmodell“. Bei der jüngsten Umfrage unter den Gymnasien hat sich deutlich gezeigt, dass die Annahme völlig falsch ist, wegen der Budgetierung habe der Umfang des Wahlunterrichts stark verringert werden müssen. Vielmehr gab es beim Wahlunterricht an den Gymnasien im Vergleich zum vergangenen Schuljahr keine Veränderungen bzw. gelegentlich sogar eine Aufstockung um wenige Stunden. Auch die Kritik, im Zuge der Budgetierung werde der Fremdsprachenunterricht zurückgefahren werden müssen, ist unberechtigt. So wurde der Fremdsprachenunterricht an sehr vielen Gymnasien ausgeweitet; an wesentlich weniger Gymnasien gab es Einschränkungen. Vielleicht sollte man erst einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen, anstatt zuallererst pauschal Kritik zu üben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Interessant ist auch das Ergebnis einer Umfrage bei den Schulen: Lediglich 25% der Gymnasien stehen dem neuen Verteilungsmodell kritisch gegenüber. Das heißt: 75% der Schulen haben eine positive bis neutrale Einstellung zur Budgetierung. Die Akzeptanz für die Budgetierung ist also relativ groß.

Dass derjenige, der vielleicht einige Stunden an eine andere Schule abgeben muss, davon nicht gerade begeistert ist, ist klar. Doch ist Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit unter den Gymnasien notwendig. Es kann nicht sein, dass eine Schule über mehr Ressourcen verfügt als eine andere, wenn beide die gleiche Zahl von Schülern zu betreuen haben und beide gleich viele Ausbildungsrichtungen anbieten. Der eine darf eben nicht auf Kosten des anderen leben.

Zudem haben wir die neuen Studententafeln für das Gymnasium vorbereitet. Dank eines Beschlusses des Bayerischen Landtags sind wir bei der Reform der Unter- und der Mittelstufe schon sehr weit. So werden die Fächer Informatik sowie „Natur und Technik“ in allen Ausbildungsrichtungen eingeführt werden. Chemie soll an den sprachlichen Gymnasien mehr Stunden erhalten. Künftig wird bereits in der sechsten Jahrgangsstufe mit der zweiten Fremdsprache begonnen werden. So gewinnt die Reform des Gymnasiums an Kontur.

Die Förderschulen liegen mir besonders am Herzen. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf brauchen unsere Aufmerksamkeit. Die Zahl der Schüler an den Volksschulen für Behinderte ist in diesem Schuljahr um etwa 2,4% auf rund 63 700 gestiegen. Um den Schü-

lerzuwachs zu bewältigen, wurden an den Volksschulen für Behinderte rund 50 zusätzliche Klassen gebildet. Über das „Aktionsprogramm Förderschulen“, das maßgeblich von der CSU-Fraktion mitgestaltet wurde, werden in den nächsten zwei Jahren zusätzliche Personalmitel in Höhe von insgesamt 26,3 Millionen DM bereitgestellt werden, um die Arbeit an den Förderschulen qualitativ zu stärken. Die Baumittel für private Förderschulen sollen 2001 um insgesamt 13,7 Millionen DM aufgestockt werden. Darüber hinaus ist es gelungen, für die Berufsschulen für Behinderte durch Mittelumwidmungen kostenneutral 48 Planstellen zu schaffen. Ich darf in dem Zusammenhang den Kolleginnen und Kollegen aus der CSU-Fraktion für ihr Engagement zugunsten der Förderschulen ein herzliches Dankeschön aussprechen.

In Bayern geht die sonderpädagogische Förderung nicht von einer ideologisierenden Entscheidung zwischen Förderung in allgemeinen Einrichtungen und in eigenen Förderschulen aus. Ausgehend vom individuellen sonderpädagogischen Förderbedarf, soll für jedes Kind und jeden Jugendlichen der passende Förderort gewählt werden. Nicht für alle Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist die Volksschule der geeignete Förderort. Neben der integrativen Förderung behinderter Kinder in allgemeinen Schulen sind die Förderschulen ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Schulsystems. Dementsprechend sollte ihre öffentliche Reputation sein und sollte ihre Arbeit anerkannt und belohnt werden. Denn die Arbeit, die an den Förderschulen geleistet wird, ist sehr wichtig. Wenn man sieht, wie schwierig es ist, mit schwerstbehinderten Kindern und Jugendlichen eine gute schulische Arbeit zu leisten, wird einem sofort klar: Die Förderschulen sollten in der Öffentlichkeit nicht immer nur kritisiert werden. Sie sind für viele Kinder die einzige Möglichkeit, Bildung zu erreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir setzen auf eine enge Kooperation von allgemeinen Schulen und Förderschulen. Hinzu kommen die mobilen sonderpädagogischen Dienste und die Schulvorbereitenden Einrichtungen sowie ein gut ausgebautes Angebot an vorschulischer Förderung. Ziel dieser Förderung ist es, behinderte Kinder auf einen Schulbesuch vorzubereiten.

Zur Zeit werden in Bayern rund 9400 Schülerinnen und Schüler mit nachgewiesenem sonderpädagogischen Förderbedarf in einer allgemeinen Schule unterrichtet. Sie werden von 300 Sonderschullehrern durch Mobile Sonderpädagogische Dienste unterstützt. Darüber hinaus gibt es jetzt 300 Klassen von Förderschulen, die an allgemeine Schulen ausgelagert sind, und zum ersten Mal einen Versuch, in dessen Rahmen eine allgemeine Schule eine Klasse an eine Förderschule ausgelagert hat.

Beide Variationen gibt es mittlerweile. Ich halte die Entwicklung im Förderschulbereich für problematisch, dass eine ganze Menge auch von Eltern durch verschiedenste Diskussionen für Kinder, die in der Relation geringfügige oder auch in der Regelschule betreibbare,

therapierbare und unterrichtbare Behinderungen haben, sonderpädagogische Förderung in eigenen Förderzentren möchten, während zum Teil die Eltern von schwerbehinderten Kindern die Einschulung in die Regelschule bevorzugen. Dies halte ich für einen etwas seltsamen Prozess. Wir werden versuchen, diesen Prozess sinnvoll zu lenken. Der Prozess steckt voller Emotionalitäten, doch diese Entwicklung kann nicht weitergehen, sondern die Kinder, die an der Grund- und Hauptschule unterrichtet werden, sollen dort unterrichtet werden können. Für diejenigen Kinder, für die dies aufgrund ihrer schweren Behinderung nicht möglich ist, sollte letztlich die Förderschule der richtige Ort sein.

(Beifall bei der CSU)

Die Berufsschulen haben in vielen Bereichen, insbesondere im Bereich der inneren Schulentwicklung, Vorbildwirkung gehabt. Sie haben die Budgetierung seit langen Jahren eingeführt. „Wir haben den beruflichen Schulen viel eigene Verantwortung in wichtigen pädagogischen und unterrichtsorganisatorischen Fragen gegeben. In diesem Schuljahr haben die Berufsschulen erstmals die Möglichkeit erhalten, neu zu besetzende Stellen im Internet auszuschreiben und interessierte Lehrkräfte selbst auszuwählen. Das Verfahren soll an der Berufsschule noch auf die FOS und die BOS ausgeweitet werden, so dass in diesem Bereich neue Entwicklungen zu erwarten sind.“

Der dramatische Wandlungsprozess, der sich derzeit auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet vollzieht, fordert die beruflichen Schulen in besonderem Maße: Berufliche Bildung lebt davon, dass sie sich an der Praxis orientiert und mit den fachlichen Neuerungen Schritt hält. Insbesondere auf die zunehmende Differenzierung bzw. Spezialisierung müssen die Berufsschulen mit ihrem Ausbildungsangebot reagieren. Wir werden daher innerhalb der nächsten sechs bis acht Jahre Kompetenzzentren mit fachlicher Schwerpunktsetzung aufbauen. Nur so kann es uns gelingen, die Sogwirkung der Ballungszentren zu stoppen und das flächendeckende Netz von Berufsschulen, insbesondere im ländlichen Raum, zu erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Neben der dualen Berufsausbildung im Betrieb und an der Berufsschule bieten Berufsfachschulen vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten. Daher haben wir in den letzten Jahren 17 neue staatliche Berufsfachschulen – davon fünf im IT-Bereich – eingerichtet. Wir beabsichtigen, im Zuge des Beschäftigungspakts Bayern bis zu 10 neue staatliche Berufsfachschulen zu errichten, und zwar ausschließlich im IT-Bereich.

Vor großen Schwierigkeiten, die so nicht voraussehen waren, stehen derzeit und wohl auch künftig die staatlichen Fachoberschulen und die staatlichen Berufsoberschulen; dort sind die Schülerzahlen in diesem Schuljahr erneut drastisch gestiegen. Werden an den Berufsoberschulen heuer 32% mehr Schüler unterrichtet als noch im Vorjahr, hat sich in der Vorstufe der Berufsoberschule die Schülerzahl sogar verdoppelt. Dieser sprunghafte Anstieg erfordert umfassende Maßnahmen. Wir haben

an den Fach- und Berufsoberschulen 145 zusätzliche Lehrkräfte eingesetzt, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Weiterhin wird künftig in der Mittleren Reife oder in einer Aufnahmeprüfung ein Notendurchschnitt von mindestens 3,5 in den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik Zugangsvoraussetzung sein. Dies ist deshalb notwendig, weil es bedauerlicherweise Schülerinnen und Schüler gibt, die insbesondere die Fachoberschule als Zwischenstation betrachten, bis sie die von ihnen gewünschte Ausbildungsstelle erhalten, und zum Teil mit Noten, die schwerpunktmäßig das Spektrum 4, 5 und 6 umfassen, und gleichzeitig mit einem großen Desinteresse in die Schulen gehen, und aus diesem Grund auch das Ausbildungsniveau gefährden. Aus diesem Grund ist es notwendig, einen sinnvollen Notendurchschnitt einzuführen. Wer den Notendurchschnitt nicht erfüllt, kann eine Aufnahmeprüfung machen, und wer diese besteht, kann die Schularten jeweils besuchen.

„Schwerpunkt ist die Schule“ – dies gilt für den bayerischen Doppelhaushalt 2001/2002. Neben der schulischen Ausbildung gibt es eine Reihe anderer Aufgaben, die wichtig sind und die wir genauso ernst nehmen. Besondere Bedeutung kommt der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung zu. Die staatliche Förderung der allgemeinen Jugendarbeit, vor allem der verbandlichen Jugendarbeit, wird im nächsten Doppelhaushalt unvermindert fortgeführt. So bleiben die Mittel für die Aus- und Fortbildung der ehrenamtlichen Jugendleiter, die im Nachtragshaushalt um 1 Million DM auf knapp 7 Millionen DM angehoben worden sind, in gleicher Höhe erhalten. Für die Investitionsförderung stehen unverändert 14,7 Millionen DM zur Verfügung, so dass der seit Jahren bestehende Antragsstopp im Jugendheimbau noch heuer aufgehoben werden kann. Besonders erfreulich ist, dass das „Aktionsprogramm präventive Jugendarbeit“ im nächsten Jahr mit 0,5 Millionen DM zusätzlich dotiert worden ist. Mit Hilfe dieser Mittel können Maßnahmen zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Extremismus gezielt gefördert werden.

Neben der Herausgabe von Publikationen und dem Projekt „Lernort Staatsregierung“ bildet inzwischen die Gedenkstättenarbeit den Schwerpunkt der Arbeit der Landeszentrale für politische Bildung. Insgesamt leistet die Landeszentrale einen unverzichtbaren Beitrag zur Festigung unserer demokratisch-pluralistischen Grundwerte. Denn nur Ehrlichkeit im Umgang mit der eigenen Geschichte bewahrt ein Gemeinwesen vor gefährlichen Verdrängungen und Verzerrungen und damit vor extremistischen Verführungen. Ich freue mich daher sehr, dass Modernisierung und Erweiterung der KZ-Gedenkstätte Dachau voranschreiten und dass im nächsten Haushalt insgesamt 0,9 Millionen DM an Landesmitteln für die Neugestaltung der Hauptausstellung enthalten sind. Für bauliche Maßnahmen in Dachau und für die Planung baulicher Vorhaben in Flossenbürg sind insgesamt weitere 2,6 Millionen DM Landesmittel vorgesehen.

In der nächsten Woche können wir bei der Errichtung eines Dokumentationszentrums auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände in Nürnberg Richtfest feiern. Die Gesamtkosten von 18 Millionen DM teilen sich die Stadt, der Freistaat und der Bund. Unseren Anteil von

6 Millionen DM finanzieren wir vor allem aus Privatisierungserlösen bzw. aus dem Kulturfonds des Kultus- und Wissenschaftsministeriums sowie mit einer Million DM aus der Bayerischen Landesstiftung.

Die institutionelle Förderung der Erwachsenenbildung wird in den nächsten Jahren unverändert fortgeführt werden. Die Einrichtungen der Erwachsenenbildung wenden sich neben ihren traditionellen Angeboten zunehmend der beruflichen Fort- und Weiterbildung zu und verleihen Zertifikate, die oft wichtige berufliche Perspektiven eröffnen. Die Kurse zur Nachholung des Hauptschulabschlusses stoßen weiterhin auf gute Resonanz. Oft genug ermöglicht der nachgeholt Hauptschulabschluss erst die Eingliederung der Absolventen in das Arbeitsleben. Daher werden wir die Kurse zur Vorbereitung auf den Hauptschulabschluss weiter fördern. Wir werden dazu auch Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds einsetzen, die die Finanzierung in den nächsten Jahren weiter sicherstellen.

Bei der Behandlung des Doppelhaushaltes 1999/2000 habe ich der Hoffnung Ausdruck gegeben, dass für den Sportstättenbau trotz der bestehenden Sparzwänge zusätzlich sechs Millionen DM bereitgestellt werden. Im Nachtragshaushalt 2000 sind dann auf Initiative der CSU-Fraktion 10 Millionen daraus geworden. Entgegen anders lautenden Aussagen der Opposition steht Bayern bei den Aufwändungen für den Vereinssportstättenbau im Ländervergleich an der Spitze; wir stellen Ihnen die Daten gerne zur Verfügung. In den Jahren 2001/2002 werden die Mittel zur Förderung des Vereins- und Breitensports insgesamt um eine Million DM erhöht. Zusätzlich stehen aus dem Programm „Offensive Zukunft Bayern“ für 2001 und für 2002 je 7 Millionen DM Darlehen zur Verfügung. Mir ist bewusst, dass damit der bestehende Antragsstau nicht vollständig abgebaut werden kann; dennoch ist die Steigerung des Haushaltsansatzes ein sehr positives Signal. Demgegenüber plant die Bundesregierung, die Mittel für den Sportstättenbau trotz UMTS-Erlösen, zusätzlicher Steuereinnahmen und der erlebten Schwierigkeiten im Spitzensport bei der Olympiade, bei der Fußballweltmeisterschaft in der Förderung von jungen Fußballern oder in vielen anderen Sportarten, wie etwa der Leichtathletik und dem Schwimmen, um über 40 % zu kürzen.

(Hört, hört! bei der CSU)

Ich bedaure außerordentlich, dass der Bund aufgrund des Zurücknehmens seiner Verantwortung für die Förderung von Trainingsstätten gerade auch für den Spitzensport nicht mehr nachkommt. In einer Zeit, wo die Talentförderung und die Förderung von Leistungssportlern in Deutschland zweifellos verbesserungsbedürftig sind, ist diese Weichenstellung nicht nur bedenklich, sondern schlichtweg falsch.

(Beifall bei der CSU)

Man kann nicht Medaillen gewinnen wollen und junge Spitzensportler als Vorbilder bezeichnen, ihnen aber gleichzeitig die Ressourcen nehmen, damit sie ausreichend trainieren können, um überhaupt Spitzensportler werden zu können.

(Zuruf von der SPD)

– Der Unterricht hat weniger die Förderung des Spitzensportes, sondern eher die des Breitensports und der körperlichen Erächtigung zur Grundlage; aber auch die Förderung des Spitzensportes bauen wir aus. Wir haben zusätzliche Mittel dafür zur Verfügung gestellt, dass vor allem die dritte Sportstunde in den 5. und 6. Klassen sukzessive wieder eingeführt werden kann.

Das Verhältnis zu den Kirchen und Religionsgemeinschaften gestaltet sich weiterhin gut. Es stimmt zuversichtlich, dass der Haushaltsentwurf 2001/2002 erstmals wieder Erhöhungen bei den staatlichen Aufwendungen für den Kirchenbau vorsieht.

Stets hat die Bayerische Staatsregierung großen Wert darauf gelegt, dass die jüdische Glaubensgemeinschaft als unverzichtbare gesellschaftliche Gruppe jede Gelegenheit erhielt, am öffentlichen und staatlichen Leben sichtbar teilzuhaben. Seit dem Staatsvertrag von 1998 haben die Israelitischen Kultusgemeinden einen Rechtsanspruch auf staatliche Zuwendungen. Die jährlichen Leistungen dafür betragen rund 4 Millionen DM. Jüdische Einrichtungen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. An diesen Stätten können unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ihre Identität leben und ihre Gemeinschaft pflegen. Daher hat sich die Staatsregierung bereit erklärt, über die im Vertrag eingegangenen Verpflichtungen hinaus einen einmaligen finanziellen Beitrag zum Bau von Synagogen in Höhe von 23 Millionen DM zu leisten. Davon entfallen 14 Millionen DM auf das neue Gemeindezentrum am Münchner Jakobsplatz, welches an zentraler Stelle stehen und jüdisches Leben in München sichtbar und öffentlich zugänglich machen wird. Es wird einen wichtigen Beitrag für die Identifikation der jungen jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger darstellen. 7 Millionen DM werden nach Würzburg fließen.

Der Entwurf des Einzelplans 05, der Ihnen heute zur Beschlussfassung vorliegt, wurde am 19. Oktober 2000 im Finanz- und Haushaltsausschuss des Landtags eingehend und konstruktiv beraten. Den Berichterstattern, Herrn Sackmann, Frau Voget und Frau Kellner, sowie den Mitgliedern des Ausschusses danke ich sehr herzlich dafür. Wer beim Einzelplan 05 sieht, dass über eine Milliarde DM mehr in die Bildung fließt, kann mit Fug und Recht behaupten, dass die Bildung das Schwerpunktgebiet der bayerischen Staatspolitik ist.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsident Böhm: Im Ältestenrat wurde für die allgemeine Aussprache eine Gesamtredezeit von zwei Stunden festgelegt. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 56 Minuten, auf die SPD-Fraktion 40 Minuten und auf die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 24 Minuten. Ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache. Das Wort hat Herr Kollege Irlinger.

Irlinger (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wir debattieren über den Einzelplan 05, und dabei geht es natürlich um mehr als um Geld und Zahlen. Es geht auch darum, welche

Inhalte sich hinter den Millionensummen verbergen, welche Ziele damit verfolgt werden, welche Wege dabei eingeschlagen werden, ob die Analyse der gegenwärtigen Situation richtig ist und vor allem, ob die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden. Heute gilt es auch, über die Bildungs- und Schulpolitik der CSU-Staatsregierung Bilanz zu ziehen und Alternativen aufzuzeigen. Dazu muss man aber erst einmal nachdenken oder vielleicht sogar umdenken.

(Dr. Bernhard (CSU): Ihr müsst umdenken!)

– Dazu sage ich Ihnen gleich etwas. Das Aufwachsen unserer Kinder hat sich doch geändert. Die Familien haben sich verändert. Wir haben es gestern aus Ihren Mündern so deutlich wie noch nie gehört. Ich erwähne nur die Zunahme der Zahl der Einzelkinder, berufstätiger Eltern oder der Scheidungskinder. Ein Umdenken ist aber auch deswegen nötig, weil sich ein grundlegender Wandel in der Arbeitswelt vollzieht.

(Unruhe)

Präsident Böhm: Es wäre angeraten, im Plenum etwas leiser zu sein. Ich verstehe den Redner fast gar nicht mehr. Können Sie die Gespräche, die Sie im Plenum führen, nicht allmählich einstellen? Bitte, Herr Kollege Irlinger.

Irlinger (SPD): Der grundlegende Wandel in der Arbeitswelt verlangt von unseren jungen Menschen ganz andere Qualifikationen. Sie brauchen soziale Kompetenz und vor allem Schlüsselqualifikationen. Zu Recht stellt sich deshalb die Frage nach der Qualität der Schule. Dabei sind wir alle miteinander durch ein paar Zahlen aufgerüttelt worden. Ich denke nur an die TIMSS-Studie, die uns gezeigt hat, wie weit wir mit dem Mathematik-Unterricht zurückliegen. Ich denke auch an die OECD-Studie, die uns gezeigt hat, wie sehr unsere Bildungsausgaben im Mittelmaß liegen. Schließlich denke ich auch an den Schock, als uns die IT-Fachkräfte ausgegangen sind.

Zu allen diesen Herausforderungen haben Sie, Frau Ministerin, gesagt, in Bayern sei die Schulwelt in Ordnung, und deshalb seien Sie darauf gut vorbereitet. Wer hätte auch etwas Anderes erwartet? Diese Lobhudelei, die Sie vorgebracht haben, kann ich einfach nicht mehr hören.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Ausführungen zeigen von einem Realitätsverlust. Ich frage mich, welches Bild Sie von unseren Schulen haben. Ich kann es verstehen, wenn die Regierung sagt, was gut ist, ist auch gut. Das erkennen wir als Opposition auch an. Sie können aber nicht behaupten, von A bis Z sei an unseren bayerischen Schulen alles in bester Ordnung. Das ist Lobhudelei, das glauben Ihnen nicht einmal Ihre eigenen Mitarbeiter mehr.

(Beifall bei der SPD)

Das schöne Bild einer rundum optimalen bayerischen Schule wird ja schon aus Ihren eigenen Reihen angekratzt. Ich brauche dazu nur aus dem Bildungsausschuss zu zitieren. Ein Ministerialrat gab zu, dass sich die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen in einer sehr schwierigen Situation befänden. Ein anderer Ministerialbeamter bestätigte, die Situation an den Förderschulen sei schlimmer geworden. Und Ihr Staatssekretär räumt in Sachen Schulsport ein, Fehler gemacht und Missstände nicht erkannt zu haben. Also ist im bayerischen Bildungsland doch nicht alles eitel Sonnenschein.

Noch mehr Schatten fallen natürlich auf Ihr schöngezeichnetes Bild, wenn man sich Fakten anschaut, die überhaupt nicht zu Ihrem Ruhme taugen, sondern zur Beeinträchtigung der Lebenschancen unserer Kinder und Jugendlichen beitragen. Bayern hat die höchsten Klassenteilungsgrenzen in der Bundesrepublik. Es gibt noch viel zu viele große Klassen, ja sogar Mammutklassen. Ihre Taktik zu dieser Frage habe ich schon vor langem erkannt. Sie erwähnen immer nur, dass der Anteil großer Klassen an den Volksschulen 2,9% beträgt. Aber auch das sind 33 000 Kinder, die sich in Mammutklassen befinden, und das ist schon zu viel.

(Beifall bei der SPD)

Frau Hohlmeier, Sie reden dabei gar nicht über die anderen Schularten. An den Realschulen befindet sich jeder dritte Schüler in einer Mammutklasse und dort sind nicht Klassen mit 33, sondern Klassen mit 36, 37 oder 38 Kindern die Mammutklassen. In den Gymnasien sieht es genauso aus.

Bayern hat die wenigsten Abiturienten. Der Bundesdurchschnitt liegt bei fast 30%, Sie meinen, es würden 19% ausreichen. Wir sagen: Die Herausforderungen der Arbeitswelt verlangen mehr junge Menschen mit Hochschulreife, damit wir im internationalen Wettbewerb bestehen können.

Schließlich ist Bayern Schlusslicht im Schulsport. Die Situation in Bayern ist wirklich skandalös, aber darauf gehe ich später noch ein.

(Beifall bei der SPD)

Diese Fakten und einige andere, auf die ich noch näher eingehen werde, zeichnen ein ganz anderes Bild: Hohlmeiers Bildungsland ist Kummerland.

(Knauer (CSU): Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

In der bayerischen Schullandschaft gibt es wirklich eine Menge Probleme. Den größten Kummer und die größte Empörung ruft bei den Eltern derzeit der große Unterrichtsausfall hervor. Die Liste der Beispiele für Unterrichtsausfälle allein in diesem erst jungen Schuljahr ist lang.

(Willi Müller (CSU): Haben Sie der Rede der Ministerin nicht zugehört?)

In einzelnen Klassen fällt ein Unterrichtsfach ein ganzes Jahr lang aus. Aus einer anderen Schule wird berichtet, dass von 120 Lehrern in der Woche ganze 30 nicht da sind. Kinder hatten in einer Woche bei 30 Pflichtstunden nur 7 reguläre Lehrerstunden. Die Liste der Beispiele für Unterrichtsausfälle ist lang, sehr lang.

Sie reden das Ganze herunter, aber der Unterrichtsausfall in Bayern ist eine Katastrophe. Auch Mobile Reserven fehlen. Sie können noch so oft Ihre Statistik auslegen, Mobile Reserven fehlen. Sie sind längst verplant für langfristige Vertretungen; kurzfristige Vertretungen können nicht geleistet werden. Wir verstehen die Eltern, die sagen, ein Unterrichtsausfall von bis zu 10% ist unverantwortlich. Dass der Unterrichtsausfall hoch ist, bestätigen Sie selbst. In einem Rundschreiben an die Gymnasien in Bayern beschreiben Sie ausführlich, was zu tun ist, um den hohen – das ist Ihre Beschreibung – Unterrichtsausfall zukünftig zu vermeiden. Dieser Unterrichtsausfall verhindert Chancengleichheit.

(Dr. Bernhard (CSU): Wie hoch ist denn der Unterrichtsausfall dort, wo Sie regieren?)

– Ich regiere nirgends. Ich mache Oppositionsarbeit in Bayern, und zwar vernünftig, während Sie vernünftig regieren sollten, Herr Dr. Bernhard.

(Dr. Bernhard (CSU): Das genügt als Antwort!)

– So ein Schmarren, das kann ich nicht mehr hören. Ich regiere nirgends.

(Knauer (CSU): Gott sei Dank!)

Frau Staatsministerin, wir fordern Sie auf: Stellen Sie die Unterrichtsversorgung sicher. Geben Sie den Eltern eine Unterrichtsgarantie, denn Unterrichtsausfall ist Bildungsdiebstahl.

(Beifall bei der SPD)

Zur Budgetierung habe ich eine andere Ansicht als die, die Sie gerade vorgetragen haben. Sie reden sehr viel von Akzeptanz. Das ist verwunderlich. Ich habe sehr viele Schulen besucht und sie nach der Budgetierung gefragt. Anscheinend habe ich dabei genau die Schulen erwischt, die über die Budgetierung Negatives gesagt haben. Praktisch alle haben gesagt, es sei eigentlich eine gute Idee, Mittel und Personal pauschal zuzuweisen, um die Eigenverantwortung zu fördern, aber diese Idee werde kaputtgemacht in dem Moment, in dem der Schwarze Peter der Mängelverwaltung vom Ministerium an die Schulen weitergegeben werde. Für die Schulen ist die Budgetierung ein Einsparmodell geworden. Alle Ihre Budgetierungsaktionen waren Einsparmodelle. Ich kann die Empörung der Schulen darüber, dass sie Unterricht kürzen müssen, gut verstehen. Dazu gibt es nur eine klägliche Alternative: Wenn man Mammutklassen mit 34, 35 oder mehr Schülern bildet, kann man noch Wahlunterricht anbieten. Wir wiederholen unsere Forderung, die Sie schon einmal abgelehnt haben, die Budgetierungsformel nachzubessern bzw. den Schulen mehr Personal zuzuweisen.

Frau Hohlmeier, ich muss mich nicht immer über Sie ärgern, aber das, was Sie zu den Förderschulen gesagt haben, ist zynisch. Wenn Sie die Förderschulen in Bezug auf Rahmenbedingungen, Unterrichtsstundenzuweisung und Fördermöglichkeiten zum Schlusslicht in der Bundesrepublik machen, frage ich mich, was die Leute draußen denken, wenn Sie sich dann auch noch hier hinstellen und sagen, Ihnen liegen die Förderschulen besonders am Herzen. Diese Schulen heißen „Schule für individuelle Lebensbewältigung“ oder „Schule für individuelle Lernförderung“, aber Sie geben ihnen zum Teil nicht einmal eine Stunde, um die jungen behinderten Menschen fördern zu können.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine Frechheit und gleichzeitig Ihr rhetorischer Trick, zu behaupten, draußen mache jemand die Förderschulen schlecht. Wer macht sie denn schlecht? – Ich kenne niemand, der sie schlecht macht, aber ich kenne jemand, der die Bedingungen der Förderschulen schlecht macht, und zwar Sie an der Spitze des Kultusministeriums.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Berufsschulen werden von großen Sorgen geplagt. Es zeichnet sich ein deutlicher Lehrermangel ab. Die Zahl der Studienanfänger für das Lehrfach an Berufsschulen und für die Fachlehrerausbildung sinkt. Gleichzeitig steigen noch über viele Jahre die Schülerzahlen. Vorauszusehen ist auch eine hohe Zahl von Versetzungen in den Ruhestand. Die Konsequenzen sind: Planstellen bleiben unbesetzt, die Unterrichtsbelastung auch von Aushilfslehrern und Referendaren wird größer, und die Unterrichtsausfälle nehmen zu. Kein Wunder, dass die Unterrichtsbedingungen an den Berufsschulen immer schlechter werden. Die staatlichen Berufsschulen haben die schlechteste Lehrer- und Unterrichtsversorgung und zu große Klassenstärken.

An den Berufsschulen herrscht der Notstand, und das bei einer Schülerschaft, die erzieherisch immer schwieriger wird. Sie legen die Hände in den Schoß und betreiben bestenfalls Flickschusterei. Die betroffene Lehrerschaft sagt, sie bekomme auf ihre Fragen keine Antwort vom Kultusministerium. Das ist ein starkes Stück. Es zeigt sich ein ganz anderes Bild als das, das Sie vorhin gezeichnet haben. Die Lehrerschaft, die wir unlängst hier gehabt haben, sagt, sie bekommt aus dem Kultusministerium einfach keine Antwort. Hoffentlich sagen Sie wenigstens etwas zu der Resolution des Hochschulrates der TU München, in der dringend konkrete Maßnahmen gefordert werden, auch um Auswirkungen auf die bayrische Wirtschaft schnellstens entgegenzutreten.

Die Berufsschulen sehen ein weiteres Problem heraufziehen, und zwar das Vorhaben, die Berufsschulen innerhalb einer strukturellen Reform zu so genannten Kompetenzzentren fortzuentwickeln. Wir hatten erst kürzlich eine Anhörung dazu. Vor Ort ist man überhaupt nicht begeistert über die Vorstellungen, die bekannt geworden sind. Man befürchtet, dass die kleinen Landesschulen auf Dauer keine Chance haben. Man meint, dass es sich wiederum um ein Konzept handelt, das

allein in Sparzwängen begründet ist. Befürchtet werden lange Anfahrtswege ebenso wie negative Auswirkungen auf jetzt noch intakte Ausbildungsstrukturen insbesondere im Handwerk.

Frau Ministerin, die meiste Kritik erhält aber der Politik- und Verwaltungsstil Ihres Hauses. Während ein CSU-Antrag noch von der Einbeziehung aller Betroffenen zum Erarbeiten von Lösungen spricht und einen Bericht im Landtag im März 2001 verlangt, berichten uns Berufsschuldirektoren, dass längst fertige Konzepte zur künftigen Struktur vorliegen, die zum Teil zum neuen Schuljahr umgesetzt werden können. Hier zeigt sich wieder der große Widerspruch in Ihrem Reden und Handeln. Man tut so, als ob man unten entwickeln lässt, und kommt oben mit knallharten „Top-down-Entscheidungen“ aus der Verwaltung.

Von einem weiteren Notstand ist zu berichten. Die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen platzen aus allen Nähten und erleben einen explosionsartigen Schüleransturm. Zunächst ist es erfreulich, dass FOS und BOS attraktiv und erfolgreich sind. Umso unerfreulicher und skandalöser ist es, dass diese Schularten von der Ministerin stiefmütterlich behandelt werden. Es wurden viel zu wenig Lehrerstunden zugewiesen, sodass die Qualität der Schulausbildung auf dem Spiel steht. Pflicht-, Wahl- und Förderunterricht wurden drastisch gekürzt. Ihre eigenen Zahlen beweisen dies. Es gab eine Reduzierung der Stundenzuweisungen durch Budgetierung um 10,4%. Das betrifft vor allem den Wahlunterricht. Der Pflichtunterricht wurde um 5% gekürzt. Das alles geschieht bei sehr hohen Klassenstärken.

Konkret führt dies bei einer durchschnittlichen Fachoberschule in der Großstadt zur Kürzung von zirka 130 Wochenstunden. Gekürzt werden Sport, Musik und Informatikübungen. Wahlunterricht gibt es nicht mehr. Die Lehrer nennen das zu Recht einen Skandal. Selbst der Wahlunterricht für Informatik wurde gestrichen, obwohl an der Schule drei moderne Computerräume vorhanden sind. So etwas geschieht im Hightech-Land Bayern. Auch der Ergänzungsunterricht wurde deutlich reduziert, sodass ein Schüler aus der Freiwilligen 10. Hauptschulklasse kaum eine Chance hat. Er braucht den Förder- und Ergänzungsunterricht, um den Übergang zu schaffen. Auch das ist ein Beispiel für Ihr Verständnis von Chancengleichheit.

Immerhin ist es durch einen Dringlichkeitsantrag der SPD im Bildungsausschuss gelungen, Verbesserungen für das kommende Schuljahr einzufordern. Wir fordern dringend, alles zu unternehmen, damit die berufliche Bildung ihren Anspruch erfüllen kann, gleichwertige Bildungssäule neben der Allgemeinbildung zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Die Schulpolitik der CSU bereitet auch den Kommunen zunehmend Kummer. Ich meine, Gemeinden, Städte und Kreise kritisieren zu Recht, dass die Staatsregierung schulpolitische Weichenstellungen beschließt – die Landtagsmehrheit folgt ihr jeweils –, aber die Kostentragung zum großen Teil den Kommunen überlässt.

Die Beispiele machen es deutlich: Bei der Mittagsbetreuung decken die staatlichen Gelder nur einen kleinen Teil der Kosten. Bei der Schulsozialarbeit fordern die Gemeinden, dass die Personalkosten für das pädagogische Personal vom Staat getragen werden müssten. Klagen kommen auch aus dem M-Klassen-Schulen. Die Sachaufwandsträger dürfen aus den umliegenden Gemeinden keine Kostenbeteiligung für die betroffenen Schüler einfordern. Klagen kommen durch die steigende Belastung der Kommunen bei der Anschaffung und dem Inbetriebhalten der Computer. Klagen kommen auch aus den Kommunen, weil die Kosten für die Schülerbeförderung steigen, aber die Zuschüsse des Staates weniger werden. Die SPD fordert deshalb im Sinne der Kommunen: Bei den Schulwegkosten muss die 80%-Förderung wieder eingeführt werden, und bei schulpolitischen Entscheidungen muss gelten: Wer anschafft, muss bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Die Entwicklung im Schulsport kann ich nur als Skandal Kapitel bezeichnen. Von der Tabellenspitze im Ländervergleich wurde Bayern zum Schlusslicht. Diese „Glanzleistung“ haben wir der CSU zu verdanken. In einem Schuljahr fallen in Bayern 2 Millionen Sportstunden aus. An manchen Schularten werden gerade noch zwei Sportstunden pro Woche erreicht. Das ist besonders bitter, denn der Schulsport ist mehr als ein normales Unterrichtsfach. Er dient der gesundheitlichen Entwicklung, schafft Bewegungsfreude, verbessert auch das kognitive Lernen und vermittelt soziale Kompetenzen. Der Sport dient außerdem der Persönlichkeitsbildung, Herr Glück. Sie haben hierüber gestern ausführlich referiert. Sie müssten deshalb doch eigentlich der größte Verfechter der Wiederherstellung von vier Wochenstunden Sport sein.

(Beifall bei der SPD)

Aber Sie haben ja sogar unsere konkreten Finanzierungsvorschläge für die dritte Sportstunde abgelehnt. Wir wollten dann in zwei Doppelhaushaltsschritten auf die vierte Wochenstunde kommen. Schade. Experten, Mediziner, Sportler und auch der BLSV sind zu Recht empört. Im Übrigen hat sich, wie ich gestern erfahren habe, auch der Landwirtschaftsminister darüber beklagt, dass unsere Kinder zu dick sind, weil sie sich nicht mehr bewegen.

(Heiterkeit bei der SPD)

– Ja, denn es kostet eine Menge Geld, die Kinder wieder gesund zu machen. Gleichzeitig schafft der Kabinettskollege den Schulsport ab. Einigen Sie sich doch einmal in der Kabinettsitzung, wie man das Problem am besten lösen kann.

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernhard (CSU): Wir haben nur den Schulsport abgeschafft, der ohnehin nicht stattgefunden hat!)

Wahrscheinlich kommen Sie von Ihrem hohen Ross aber nicht herunter. Jetzt muss ich mir doch eine Nebenbemerkung dazu erlauben, wie weit Reden und Handeln

bei Ihnen auseinanderliegen. Ministerpräsident Stoiber hat gestern – wenn ich das richtig mitbekommen habe – die sinkende Kinderzahl beklagt. Er will mehr Kinder. Herr Freller hat aber bei uns im Bildungsausschuss aber erklärt, der Schulsport musste gekürzt werden, weil wir zu viele Kinder haben. Wie verträgt sich das eigentlich miteinander?

(Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die einen wollen die Kinder, aber wenn sie dann da sind, dann können wir uns für die Kinder nichts mehr leisten. Das ist CSU-Politik.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unser Kollege Leichtle hat Recht, wenn er sagt: „Wenn sich Ministerpräsident Stoiber nur so viel um den Breitensport und um den Schulsport kümmern würde, wie er sich um den Profifußball kümmert, dann würde es um den Sport an unseren Schulen nicht so schlecht stehen“.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als unsere Fußballnationalmannschaft schlecht dastand und abstieg, hat man schnell Fußballschulen eingerichtet. So viel Engagement würden wir uns auch für den Schulsport wünschen. Heute kann ich auch etwas in Ihre Richtung, Frau Ministerin, sagen: Die Medaillengewinner wurden in 20 oder 25 Zeilen herausgestellt, aber dem Schulsport wurde nur eine Zeile gewidmet. Jeder der Medaillengewinner hat 10 Millionen DM gekostet. Dafür tritt Frau Hohlmeier ein. Wir brauchen Ihr Engagement aber für den Sport an den bayerischen Schulen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mängelliste ist lang und sagt: Im Bildungskummerland ist vieles nicht in Ordnung.

(Lachen bei der CSU)

Sie brauchen gar nicht so viel auf andere Länder zu verweisen. Wenn man zu viel über andere Länder reden muss, ist das eigentlich ein Zeichen von Schwäche. Dann ist meistens einiges im eigenen Land im Argen. Sie sollten besser Ihre Hausaufgaben hier machen und mehr auf die Mängelliste in Bayern schauen als auf die der anderen Länder.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Wir setzen Ihrer Politik das Konzept einer Schulreform entgegen, das die Chancen der jungen Menschen sichert und die Schulqualität verbessert. Das haben wir auch in unseren Haushaltsanträgen deutlich gemacht: Erstens. Wir brauchen bessere Rahmenbedingungen. Dabei sind kleinere Klassen ein wichtiges Element. „Keine Klasse über 30“ das ist ein wichtiges Element. „Keine Klasse über 30“ ist zwar nur ein kleiner Schritt, aber auch kleine Schritte sind wichtig, wenn das Ziel

richtig ist. Das Ziel sind pädagogisch vertretbare Klassenstärken. Warum kleinere Klassen? – Weil hier die Kinder das Nötige lernen können, ohne in den Nachhilfeunterricht gehen zu müssen. In diesen Klassen gibt es weniger Aggressionen und Konflikte, es kann besser individuell gefördert werden, die Schwachen kommen besser mit. Auch das ist ein Mehr an Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

In kleineren Klassen ist auch die Entwicklung der Persönlichkeit besser möglich. – Ich sage heute so viel zu Herrn Glück, dabei ist er anscheinend gar nicht da. – Kurz gesagt: Kleine Klassen sind eine notwendige Voraussetzung für einen besseren Unterricht. Das haben auch amerikanische Studien bewiesen und die Clinton-Regierung hat daraus Konsequenzen gezogen und ein Milliarden Dollar umfassendes Programm aufgelegt, um die Klassenstärken an den Grundschulen auf 18 Schüler herabzusetzen.

In Bayern werden die Klassen hingegen immer größer, und Sie verweigern Verbesserungen. Wir haben immer wieder versucht, kleinere Klassen zu erreichen. Im vergangenen Jahrzehnt haben wir jährlich 1000 bis 1500 zusätzliche Lehrplanstellen eingefordert. Wir haben Ihnen vorgerechnet, dass dies möglich, vor allem aber notwendig ist. Wir brauchen die Planstellen, um kleinere Klassen zu bilden und um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen. Wir brauchen sie für eine größere mobile Reserve und um die Stundenkürzungen zurücknehmen zu können. Wir brauchen sie, um mehr junge Lehrkräfte in die veralteten Lehrerkollegien zu bringen. Sie haben stets abgelehnt, wie Sie auch unseren jetzigen Vorschlag auf zusätzliche Planstellen ablehnen. Das führt zu einer Belastung der Ausbildungsqualität an unseren Schulen.

Zweitens. Wir müssen uns mehr um das Computerlernen kümmern. Wir stimmen darin überein, der Umgang mit dem Computer ist so etwas wie die vierte Kulturtechnik. Doch wir müssen aufholen im Vergleich mit dem internationalen Standard, und dabei dürfen wir die Gemeinden nicht alleine lassen. Die 60 Millionen DM, die Sie für die Gemeinden zur Anschaffung von Computern veranschlagt haben, sind doch nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. München investiert ein Vielfaches davon. Auch die Stadt Hamburg tut viel, viel mehr, wie wir jetzt festgestellt haben. Darüber wird aber nicht geredet.

(Willi Müller (CSU): München ist Schulaufwandsträger! Das ist eine Aufgabe der Sachaufwandsträger!)

Wir haben eine größere Anschubsumme vorgeschlagen, doch die haben Sie abgelehnt.

Auch ein weiteres Problem wird von Ihnen nicht richtig erkannt: die Belastung der Systembetreuer. Die Systembetreuer müssen immense Arbeit leisten, die außerdem ständig mehr und komplizierter wird. Auf der einen Seite steht die technische Wartung, auf der anderen die pädagogische Betreuung. Doch Sie gestehen den Systembetreuern nur eine geringe Entlastung durch wenige

Anrechnungsstunden zu. Diese Lehrkräfte müssen noch mehr entlastet werden. Wir haben einen entsprechenden Antrag gestellt.

Drittens. Ein weiterer Aspekt unserer Reformvorschläge heißt: Die Erziehungskraft unserer Schulen stärken. Dabei geht es mir um zwei Beispiele, die wir auch in den Haushaltsanträgen formuliert haben. Es geht um die schulischen Ganztagsangebote und um die Schulsozialarbeit. Es war gestern bemerkenswert, wie deutlich Ministerpräsident Stoiber gestern davon sprach, dass die Erziehungskraft der Familie nachlässt. Wie wahr, wie wahr. Diese Erkenntnis ist allerdings mindestens zwanzig Jahre alt. Noch vor drei Jahren hieß es aber in den Reihen der CSU, wenn wir Anträge stellten, um das schulische Angebot über den Mittag hinaus zu erweitern – wie wir das im Übrigen auch seit zwanzig Jahren tun –: Das Kind gehört nach der Halbtagschule in die Familie. Nun scheinen Sie auf dem Weg zur richtigen Analyse zu sein. Vielleicht können Eltern und Kinder jetzt hoffen, dass sie nicht mehr allzu lange brauchen, um das Richtige auch zu tun: mehr Ganztagesangebote an allen Schulformen einrichten.

Die Argumente hierfür sollen nun nicht von der SPD-Fraktion, sondern von unverdächtiger Seite kommen. Die Forderung, mehr Ganztagesangebote einzurichten, stellten nämlich jüngst die Arbeitgeber auf. Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgebervereinigungen hat folgende Begründung geliefert, die ich stichwortartig zusammenfasse: Ganztagesangebote an den Schulen verbessern die Qualität und die Leistungsfähigkeit der Schulen. Ganztagesangebote sind ein entscheidender Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördern das Potenzial der qualifizierten Frauen in der Wirtschaft. Ganztagesangebote ermöglichen eine bessere Verteilung und Vertiefung des Unterrichts und des Lernens. Ganztagesangebote ermöglichen eine umfassendere pädagogische Betreuung und Erziehung der heranwachsenden Jugendlichen.

Hier wird insbesondere auf Folgendes hingewiesen: Die sozialen Kompetenzen der Schüler und damit ihre Persönlichkeitsbildung können in der Schulgemeinschaft über den Vormittag hinaus besser gefördert und gestärkt werden.

Wir von der SPD jedenfalls wollen ein bedarfsgerechtes Angebot. Der Bedarf ist hoch. Er wird auf 30 bis 40% schulischer Ganztagesformen geschätzt, in erreichbarer Nähe und für jede Schulart, falls die Eltern es wünschen. Diesen Grundbedarf müssen wir in Bälde decken. Das ist unser erster Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Unser zweiter Vorschlag geht dahin, die Schulsozialarbeit in die Verantwortung des Staates zu stellen und nicht auf die Kommunen abzuwälzen. Es geht hier um eine dringende Frage. Die Schüler bringen ihre Lebensprobleme in die Schule hinein. Da muss man sich zunächst um die Lebensprobleme kümmern, bevor man die Lernprobleme angeht. In dieser Erziehungsfrage sind viele Lehrkräfte oft überfordert. Sie können das nicht alleine leisten; sie brauchen Unterstützung in Form

der sozialpädagogischen Erziehungshilfe. Und dies darf nicht nur zur Intervention geschehen, sondern es muss auch zur Prävention erfolgen. Deshalb wiederhole ich auch jetzt wieder unsere jährliche Forderung nach einer bedarfsgerechten Schulsozialarbeit, finanziert aus dem Staatshaushalt.

Viertens. Ein weiteres muss erwähnt werden, das mir sehr wichtig erscheint und das wir auch in unserer Schulreformkonzept aufgenommen haben. Wir werden die Kürzung der musischen Fächer nicht mitmachen. Ich habe bereits einiges zum Sport gesagt; das gleiche gilt auch für Kunst und Musik. Nicht nur die Wirtschaft fordert, die kreativen Bereiche auszubauen. Denn zahlreiche Schlüsselqualifikationen wie zum Beispiel Sozialkompetenz, Disziplin und Kreativität werden durch den Musikunterricht gefördert. Viele Unternehmen suchen ausdrücklich innovative und kreative Mitarbeiter mit Selbstvertrauen und Eigeninitiative; das sind überfachliche Qualifikationen, die beispielsweise im Kunstunterricht gefördert werden könnten.

Ich habe den Eindruck, dass das Ministerium diese kreativen Fächer vernachlässigt, die gerade der Persönlichkeitsbildung dienen. „Musik in Not“ oder „Kunst in Not“ wird uns vielfach von draußen entgegengehalten. Reihenweise fallen Musikunterricht und Kunstunterricht aus und in der Grundschule fehlen die entsprechend ausgebildeten Lehrer.

Deshalb fordern wir sowohl eine starke Gewichtung der kreativen Fächern in den Lehrplänen als auch eine bessere Ausbildung in allen musischen Fächern insbesondere bei den Grundschullehrern.

Fünftens. Ein wichtiges Kapitel jeglichen Schulreformkonzeptes ist die Qualitätsentwicklung, und zwar über den Abbau von Bürokratie hin zum Ingangsetzen einer pädagogischen Schulentwicklung mit dem Ziel der inneren Schulreform. Nun, dazu wird die Ministerin sagen: Das alles will ich auch. Die Schulentwicklung ist ohnehin Frau Hohlmeiers Lieblingswort. Sie machen ja Kongresse, Frau Ministerin, kündigen schon wieder einen Kongress an und geben Hochglanzbroschüren heraus. Aber auch da sieht die Realität völlig anders aus. Die Betroffenen an den Schulen sind der Ankündigungen überflüssig. Die Lehrkräfte sind stinksauer, weil ständig Schlagworte verkauft werden, die Rahmenbedingungen an den Schulen aber sich nicht ändern. In der Umsetzung passiert nichts.

In Ihren Thesen zur Schulentwicklung schreiben Sie unter anderem – ich greife ein paar Schlagworte heraus –: „Die Schulen sollen bei der Auswahl der Lehrkräfte mitwirken“. Wo geschieht das? Da ist nur Fehlzanzeige im Schulland Bayern zu verzeichnen.

Oder Sie sagen: „Im Vordergrund steht die Steigerung der Unterrichtsqualität“. In den Schulen aber fehlen meistens die Voraussetzungen, vom Frontalunterricht und von einer Friss-Vogel-oder-stirb-Schule wegzukommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen weiter: „Die Schulen sollen selbst Prioritäten in der Lehrerfortbildung setzen“. Auch hier sehe ich nichts. Sie weigern sich, die nötigen Mitteln zur Verfügung zu stellen. Wir beispielsweise haben beantragt, 30 Millionen DM für die schulinterne Lehrerfortbildung in den Haushalt einzustellen.

Sie reden weiterhin von der wichtigen Mitwirkung der Eltern. Sie haben aber weder die Rechte der Eltern ausgebaut noch haben Sie die praktische Mitwirkung ermöglicht. Unlängst hat mir eine Mutter erzählt, sie habe einmal versucht, in einem Unterricht einer zweiten Klasse an einem Vormittag mitzuhelfen. Aber was passierte? Die Verwaltung hat dies verhindert. Und Sie, Frau Ministerin, gehen immer hinaus und sagen immer so schöne Dinge. In der Realität sind diese Dinge gar nicht so schön.

Sie reden von neuer Lehrerbildung, aber bis heute gibt es weder Beschlüsse geschweige denn, dass etwas umgesetzt würde. Auch heute haben Sie wieder Ankündigungen gemacht. Wo sind denn die Ergebnisse und wo gibt es eine konkrete Umsetzung der Vorschläge aus Ihren 43 Kommissionen zur Lehrerbildung? Darauf warten wir seit Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Sie betonen die Schlüsselrolle des Schulleiters als Motor der Schulentwicklung, schaffen ihm aber nicht die nötige Entlastung. Nein, Sie belasten ihn mit immer noch mehr Verwaltungsarbeit.

Was Sie bisher produziert haben, Frau Ministerin, sind Seifenblasen, es sind seit Jahren immer wieder kehrende Ankündigungen, die sich oft überschlagen. Ich weiß nicht; vielleicht wollen Sie sie nicht umsetzen oder sie können es nicht, selbst wenn Sie wollten, weil Sie von der Ministerialbürokratie blockiert werden. Aber wenn Sie die Schulentwicklung wirklich ernst nehmen, müssen Sie vor allen Dingen zwei Dinge erkennen. Erstens. Schulentwicklung und innere Schulreform brauchen andere Rahmenbedingungen. Mit den heutigen Klassenstärken und bei der jetzigen Arbeitsbelastung wird die Mehrheit der Lehrkräfte eben nicht motiviert werden können.

Zweitens wird die Schulentwicklung nicht kostenneutral sein, sie ist nicht zum Nulltarif zu haben. Sie wird Geld kosten.

Wir müsse die pädagogische Schulentwicklung und die innere Schulreform ernst nehmen; sie werden entscheidend sein auf dem Weg zur besseren Schule.

In diesem Zusammenhang verlangen wir einen drastischen Abbau der Bürokratie. Eine Zahl macht es deutlich. In den letzten zehn Jahren hat das Kultusministerium in Bayern neue Regelungen und Änderungsvorschriften auf 1300 Seiten erlassen. Wir müssen wegkommen von der verwalteten Schule und hingehen zur gestaltenden Schule. Wir müssen den Schulen deutlich mehr Eigenverantwortung und Selbstständigkeit geben. Das heißt, was die konkrete Schule vor Ort selbstständig lösen und bewältigen kann, muss man ihr auch zugeste-

hen. Das heißt aber auch, die Schulaufsicht muss einen Perspektivenwechsel vollziehen, weg von der Kontrolle hin zur Beratung.

Ich kann Roman Herzog nur zustimmen, wenn er in seiner „Bildungsrede“ sagt: Setzen wir neue Kräfte frei, indem wir bürokratische Fesseln sprengen“ und „entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit“.

(Beifall bei der SPD)

Ich bezweifle allerdings, ob CSU und Staatsregierung die Einsicht und auch den Willen haben, in diesem Sinne Änderungen vorzunehmen. Ziel jeder Schulentwicklung muss die gute Schule sein, die den Kindern beste Chancen bietet. Johannes Rau hat in seiner jüngsten bildungspolitischen Rede gefragt: Was sollten wir auch von unseren Schulen in Zukunft erwarten? – Und er gab zur Antwort: Die Schulen müssen den Schüler und Schülerinnen Vertrauen entgegenbringen und ihnen Verantwortung übertragen. Sie müssen ihnen Mut zum Leben machen und dürfen den Kindern das Kindliche nicht austreiben. Sie müssen die Teamarbeit fördern und den selbstbezogenen Einzelnen einbinden. Sie müssen den Schülerinnen und Schülern die Chance geben, Umwege zu beschreiten und aus Fehlern zu lernen. Sie müssen das fächerübergreifende Denken fördern und den Umgang mit neuen Medien üben. Und schließlich: Schulen müssen offen sein für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umfeld, in dem sie arbeiten.

(Abg. Hofmann (CSU): Genauso ist es!)

Ich stimme dem voll und ganz zu, diesmal auch der Kollege Hofmann; das ist fast eine kleine Sensation.

(Willi Müller (CSU): Ein gutes Schlusswort!)

– Ja, fast.

(Weitere Zurufe von der CSU)

Um diese Kriterien zu erreichen, brauchen die bayerischen Schulen Unterstützung und Entlastung. Sie brauchen Eigenverantwortung, Luft zum Atmen und bessere Rahmenbedingungen.

Den Bildungsabbau, den Sie seit zehn Jahren betreiben, ist ein schlimmer Weg. Er mindert die Zukunftschancen unserer Kinder auf unverantwortliche Weise.

(Widerspruch bei der CSU)

Jawohl, Bildungsabbau! In den neunziger Jahren sind weit über 10000 Lehrerstellen eingespart worden, es wurden drastische Stundenkürzungen durchgeführt, es wurde keine Unterrichtsgarantie gegeben und die Lehrerbeltung stieg im zunehmenden Maße an. Das sind nur einige Ihrer Grausamkeiten des Bildungsabbau.

(Widerspruch bei der CSU)

An dieser Situation kann auch Ihr in Eigenlob verpackter Haushalt nichts ändern; denn Sie verweigern seit einem Dutzend von Jahren mehr in die Bildung zu investieren.

Wir haben dagegen die richtigen Vorschläge gemacht; leider aber werden sie von Ihnen immer ignoriert.

(Zurufe von der CSU)

Bessere Schulen und Bildung brauchen Investitionen an Ideen, Überzeugungsarbeit, aber auch Umsetzungswillen und nicht zuletzt Geld. Wir lehnen den Einzelplan 05 ab. Ich bedanke mich für Ihr Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Böhm: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Knauer das Wort.

Knauer (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wohl nur wenige von Ihnen werden sich daran erinnern, dass die Bildungspolitik die Arbeit des Landtags derart geprägt hat, wie dies in der laufenden Legislaturperiode der Fall ist. Im Gegensatz zum Lamento des Kollegen Irlinger und der Opposition wird das bayerische Schulwesen von der großen Mehrheit der Bevölkerung als besonders leistungsfähig und von vielen Eltern in den norddeutschen Bundesländern als vorbildlich und nachahmenswert empfunden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Interessant ist, dass das Berliner Max-Planck-Institut im Zusammenhang mit der TIMS-Studie – so ein Bericht in der Tageszeitung „Die Welt“ – den bayerischen Abiturientinnen und Abiturienten einen Lernvorsprung von einem Jahr gegenüber ihren Altersgenossen in Nordrhein-Westfalen attestiert hat. Im Leistungskurs Mathematik – so das Max-Planck-Institut weiter – seien die Niveauunterschiede noch erheblich größer. So wurden die 18- und 19-jährigen Schüler in Nordrhein-Westfalen mit 113, in Bayern dagegen mit 126 Punkten bewertet; ähnlich war das Ergebnis für Baden-Württemberg. Damit haben nach Meinung der Bildungsforscher die Schüler im Süden und Südwesten Deutschlands gegenüber dem seit Jahrzehnten von der SPD regierten Musterland einen Lernvorsprung von fast zwei Jahren. Das sollte Ihnen zu denken geben und zeigen, was es heißt, Bildungspolitik in die Hände der SPD zu legen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Die Ausführungen des Kollegen Irlinger zum IT-Bereich haben mich fast zu Tränen gerührt. SPD und GRÜNE waren es doch, die sich in den siebziger und achtziger Jahren

(Widerspruch bei der SPD – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Der alte Käse schon wieder!)

in einen Wettlauf bei der Verteufelung der neuen Technologien begeben haben. Bezeichnend war, dass der IT-Studienbereich an der Universität Hildesheim vom heutigen Bundeskanzler und damaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder geschlossen worden ist. So schaut die Wirklichkeit aus. Hier sind die Gründe für den Mangel an IT-Kräften auch zu suchen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Irlinger, Sie haben einen Besuch des Ausschusses in Hamburg zum Anlass genommen, mit Zahlen zu operieren, die belegen sollen, dass die Freie und Hansestadt Hamburg wesentlich mehr für die Computer- und Softwarebeschaffung an den Schulen als Bayern ausgibt.

(Zuruf von der SPD: Nichtbildungspolitiker!)

– Ein „Nichtbildungspolitiker“ kann das so sehen. Denn es ist ihm möglicherweise entgangen, dass in Hamburg im Gegensatz zum Freistaat Bayern die Stadt nicht nur Personal-, sondern auch Sachaufwandsträger ist. Lieber Kollege Irlinger, Sie vergleichen Äpfel mit Birnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zustimmung von Staatsminister Huber (Staatskanzlei))

Die von SPD und GRÜNEN noch bis vor wenigen Jahren auch für Bayern geforderten Gesamtschulen haben vernichtende Bewertungen nationaler und internationaler pädagogischer Forschungen erhalten. Trotzdem wird die Gesamtschule in Ihrem letzten Thesenpapier wieder als Allheilmittel gepriesen, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der Opposition.

Präsident Böhm: Herr Kollege Knauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mehrlich? –

Mehrlich (SPD) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Kollege Knauer, was halten Sie von der Schlagzeile in der heutigen Ausgabe der „Mainpost“, die lautet: „Schulinterne Fortbildung am Notebook an der Gemündener Hauptschule – ein Laptop für fast 40 Lehrkräfte“?

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernhard (CSU): Wer ist denn da zuständig!)

Knauer (CSU): Herr Kollege Mehrlich, da soll sich der Sachaufwandsträger Gedanken machen.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch und Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nur deshalb auf die Gesamtschulen verwiesen, um daran zu erinnern, dass die SPD mit ihren belegbaren Initiativen im Landtag nicht zu einer Verbesserung der bayerischen Schulen beigetragen, sondern das Bildungsniveau und damit die Startchancen in das Berufsleben zumindest für die letzten Schülergenerationen verschlechtert und somit dem Wirtschaftsstandort Bayern einen Bärendienst erwiesen hätte.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Kollege Maget, Sie haben gestern beklagt, Bayern sei das Schlusslicht bei den Abiturienten in Deutschland. Daraus kann ich nur folgern, dass die größere Oppositionspartei noch immer der Nivellierung und nicht den Erfordernissen einer rasant sich wandelnden Welt das

Wort redet. Ich frage Sie, Herr Kollege Maget: Was nützt es jungen Menschen, wenn sie Prädikate verliehen bekommen, die im Berufsleben nur zu Enttäuschungen führen? Fakt ist, dass Bayern mit einer Abiturientenquote von 20% und mit knapp 40% Hauptschulabgängern, die gut auf die praktische Arbeitswelt vorbereitet sind, keine Jugendarbeitslosigkeit verzeichnet,

(Maget (SPD): Aber Fachkräfte im Ausland suchen muss!)

sich im Wettlauf mit Baden-Württemberg zum Wirtschaftsstandort Nummer 1 in Deutschland entwickelt hat und das Land mit der geringsten Jugendkriminalität und den wenigsten rechtsradikalen und ausländerfeindlichen Anschlägen ist.

(Maget (SPD): Und das liegt an der niedrigen Abiturientenquote? So ein Käse!)

Wenn Sie für die Beurteilung der Leistungsfähigkeit unserer Schulen diese Parameter anlegen, werden Sie zu einer ganz anderen Bewertung als gestern kommen.

In den vergangenen beiden Jahren ist von CSU-Fraktion und Staatsregierung vieles im Schulbereich reformiert und nach vorne gebracht worden.

(Maget (SPD): So ein Käse!)

– Herr Kollege Maget, Sie sollten sich in den Bildungsausschuss versetzen lassen,

(Maget (SPD): Nein, bitte nicht!)

dann könnten Sie vielleicht mit einem größeren Basiswissen argumentieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Maget (SPD): So ein Käse!)

Präsident Böhm: Herr Kollege Maget, es muss nicht jeder Zwischenruf drei Mal wiederholt werden.

Knauer (CSU): M-Züge, Mittlere-Reife-Kurse, die Entwicklung der Praxisklassen an unseren Hauptschulen, die Umwandlung der vierstufigen Realschule in eine sechsstufige, die Neuordnung der Lehrerbildung, die Vorgaben zur Stundentafel der Unter- und Mittelstufe und zur Neuordnung der Fremdsprachenfolge an den Gymnasien sowie die Einführung des Fremdsprachenunterrichts in der Grundschule sprechen für sich. Wir haben die Weichen für eine Organisationsreform an den Berufsschulen mit dem Ziel gestellt, berufliche Schularten zu beruflichen Kompetenzzentren zusammenzufassen.

In den beiden letzten Jahren wurde die Präventionsarbeit gegenüber extremistischer Gewalt an unseren Schulen erfolgreich verbessert, der Umwelterziehung breiterer Raum gewidmet, ein Grundsatzbeschluss für mehr Zeit zum Wiederholen, Vertiefen und Verknüpfen in den Lehrplänen für Gymnasien und Realschulen gefasst, das E-Mobil auf den Weg zu unseren Schulen

gebracht, die Anstrengungen für einen modernen, EDV-unterstützten Unterricht verstärkt und das Unterrichtsangebot durch Rückgabe gekürzter Stunden deutlich erweitert.

Ich könnte diesen Katalog beliebig fortsetzen.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Weichen gestellt, um unsere humane, kindgerechte Leistungsschule positiv weiter zu entwickeln. Das bayerische Schulwesen zeichnet sich durch ein hohes Anspruchsniveau und eine große Durchlässigkeit aus, die es jedem Kind ermöglicht, zu jedem Zeitpunkt entsprechend seiner Begabung und seiner individuellen Entwicklung einen Anschluss nach oben, bis hin zur allgemeinen Hochschulreife, zu bekommen.

Herr Kollege Maget, Sie haben gestern bei der Verabschiedung des Haushalts des Ministerpräsidenten von einem gravierenden Unterrichtsausfall an unseren Schulen gesprochen. In einem mit dem Bildungsausschuss abgestimmten Erhebungsverfahren der Staatsregierung hat sich gezeigt, dass Bayern, entgegen der bei der Opposition kursierenden Mutmaßungen, die Sie wider besseren Wissens bis zum heutigen Tage anstellen, im bundesweiten Vergleich hervorragend dasteht.

Die im Herbst ermittelten Ergebnisse belegen, dass innerhalb eines zehnwöchigen Erhebungszeitraums lediglich 1,3% des Unterrichts an den Volksschulen, 2,1% des Unterrichts an den Realschulen und 4% des Unterrichts an den Gymnasien ausfielen. Die bisweilen vorgetragene Behauptung, der Unterrichtsausfall habe in den letzten Jahren drastisch zugenommen, ist damit widerlegt und wird auch durch ständige, den Fakten widersprechende Schwarzmalereien der Herren Maget und Irlinger nicht wahrer.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege Knauer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Maget?

Knauer (CSU): Herr Kollege Maget, ich möchte zunächst in meinen Ausführungen fortfahren. Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist die Kritik an der personellen Ausstattung unserer mobilen Reserven interessant. Kein anderes Bundesland hat auch nur annähernd so stark zu diesem kostenintensiven Instrument zur Verhinderung des Unterrichtsausfalls gegriffen. Mit Ihren Forderungen nach immer mehr Planstellen, Anrechnungsstellen und dem Verzicht auf das Arbeitszeitkonto versucht die SPD, Erwartungen und Hoffnungen zu wecken, die sie in keinem von ihr regierten Bundesland realisieren konnte.

Maget (SPD): Herr Kollege Knauer, nachdem ich – wie Sie betont haben – nicht in den Genuss der Debatten im Bildungsausschuss kommen kann, möchte ich eine laienhafte Nachfrage stellen. Zählen für Sie auch Vertretungsstunden, in denen der vorgesehene Unterricht nicht stattfinden kann, zum Unterrichtsausfall? In diesen Stunden findet häufig Stillbeschäftigung oder etwas Ähn-

liches statt. Ist das für Sie Unterricht oder Unterrichtsausfall?

(Beifall bei der SPD)

Knauer (CSU): Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn ich diesen Parameter auch noch anlegen würde, würden Sie in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen miserabel dastehen. Unterrichtsausfall liegt vor, wenn die Kinder vom Unterricht heimgeschickt werden.

(Unruhe bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Maget (SPD): Ich möchte eine Nachfrage stellen. Das bedeutet also, wenn eine Klasse in ihrem Klassenzimmer sitzt und nicht unterrichtet wird, ist das für Sie bereits Unterricht. Ist das so?

Knauer (CSU): Herr Kollege Maget, die Praxis sieht in der Regel anders aus. Lehrer, die sich auf Fortbildung befinden, werden durch mobile Reservisten ersetzt, die es in anderen Bundesländern nicht gibt.

(Maget (SPD): Nein!)

Wenn Unterrichtsstunden ausfallen, wird in erster Linie dafür gesorgt, dass Lehrer, die im Schulhaus sind und momentan keinen Unterricht erteilen, diese Klassen versorgen. Meine Damen und Herren, bei Krankheitsfällen haben die Lehrkräfte in der Regel vom Krankenbett aus Kontakt mit dem Vertretungspersonal, sodass ein kontinuierlicher Unterricht gewährleistet werden kann. Herr Kollege Maget, ich bezweifle nicht, dass es punktuell zu Engpässen kommen kann, wo mit Stillbeschäftigung gearbeitet wird bzw. wo die Kinder nach vorheriger Ankündigung gegenüber den Eltern vorzeitig nach Hause geschickt werden. Das ist in Bayern wie in den anderen Bundesländern keine Besonderheit. Wenn ich jedoch die Zahlen nebeneinander stelle, haben wir die deutlich günstigeren Werte. Sie haben es nämlich in den von Ihnen regierten Bundesländern zum Teil nicht vermocht, auch nur eine einzige Vertretungskraft zur Verfügung zu stellen.

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Herr Kollege Knauer, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Knauer (CSU): Nein. Herr Kollege Maget, ich möchte noch einmal am Beispiel des Unterrichtsausfalls verdeutlichen, wie sehr bei der SPD Wunsch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. Ich zitiere deshalb aus der Zeitung „Die Welt“ vom 21. Juni dieses Jahres. Laut einer dort aufgeführten Statistik betrug der Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen bei den Gesamtschulen 16,5%. Bei den Gymnasien betrug der Ausfall 11,5%. Das ist die Bilanz aus einem Land, in dem Sie regieren.

(Beifall bei der CSU)

Wie widersprüchlich die SPD argumentiert, wurde kürzlich in einem Leserbrief Ihres Kollegen Irlinger in der

KEG-Zeitschrift „Christ und Bildung“ deutlich. Er beklagt dort die schlechten Einstellungs- und Beförderungsmöglichkeiten für die Förderlehrer in Bayern. Fakt ist, gerade die SPD hat Anfang der Neunzigerjahre die Einstellung der Ausbildung von Förderlehrern in einem Landtagsantrag gefordert. Nur unserem beharrlichen Eintreten ist es zu verdanken, dass diese Berufsgruppe, die segensreich für unsere schwächeren und ausländischen Kinder an den Volksschulen arbeitet, Jahr für Jahr verstärkt werden konnte.

(Irlinger (SPD): Lenken Sie doch nicht ab!)

Wenn es nach Ihren bildungspolitischen Vorstellungen gegangen wäre, hätten seit 1990 232 junge Förderlehrerinnen und Förderlehrer ihren Beruf nicht aufnehmen können.

(Irlinger (SPD): So ein Schmarren!)

240 Förderlehrer wurden in dieser Zeit von A 9 nach A 10 befördert. Die Zahl der Wartelistenbewerber beläuft sich derzeit auf 63, wovon 31 auf der Basis eines Arbeitsvertrages beschäftigt sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Aussagen der SPD und die Wirklichkeit klaffen meilenweit auseinander. Die Bürgerinnen und Bürger haben diese Unredlichkeit der Argumentation durchschaut. Das Debakel, das die SPD und ihr Verbündeter, der Bayerische Lehrerinnen- und Lehrerverband, beim gemeinsam initiierten Volksbegehren erlebt haben, müsste Ihnen eigentlich zu denken geben. In Bayern ist nicht der gefragt, der permanent die Errungenschaften und Einrichtungen im Land schlecht macht, sondern der, der eine mit Augenmaß betriebene solide und der bayerischen Mentalität angepasste Politik betreibt.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo ist der?)

Mit bayerischer Mentalität meine ich auch den Wunsch unserer Bürgerinnen und Bürger nach dem Erhalt der wohnortnahen Schule. Gegen alle Fakten und Entwicklungen malt die Opposition ein Schulsterben an die Wand. Sie verschweigt dabei, dass sie es war, die im Geist der 68er Generation die Gesamtschule in Bayern einführen und das gegliederte Schulsystem zerschlagen wollte. Zeigen Sie mir ein von Ihnen regiertes Land, das eine Schuldichte wie Bayern aufweist.

Dort, wo SPD und GRÜNE das Sagen haben und hatten, wurden die Hauptschule zugrunde gerichtet, das Leistungsniveau abgesenkt und den Ländern somit eine wichtige Grundlage für eine positive wirtschaftliche Entwicklung entzogen.

Den Oppositionskolleginnen und Kollegen müsste es eigentlich die Schamesröte ins Gesicht treiben, dass sie mit ihren Prognosen so falsch lagen und liegen. Sie haben der Hauptschule keine Zukunft mehr gegeben. Wir haben ihre Attraktivität gesteigert. An 463 Standorten sind heute, noch nicht einmal ein Jahr nach der Änderung des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes, 886 Mittlere-Reife-Klassen und an weiteren Schulen über 400 Mittlere-Reife-Kurse eingerichtet worden. In 49 Praxisklassen werden Jugendliche, die besonderer Hilfe bedürfen, mit großem Erfolg unterrichtet und in ihrer Per-

sönlichkeitsentwicklung stabilisiert. Der Ansturm auf die sechsklassige Realschule ist enorm. Es ist bezeichnend, dass ein Teil derjenigen, die noch vor wenigen Monaten diesen neuen Schultyp als Teufelszeug brandmarkten, sich jetzt überschlagen, wenn es darum geht, die sechststufige Realschule in ihrer Stadt oder in ihrem Landkreis einzuführen.

(Beifall bei der CSU)

Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht die bayerische Schule ist schlecht, vielmehr sind es die schulpolitischen Vorstellungen der SPD.

(Hofmann (CSU): Die sind miserabel!)

Hören Sie auf, die Schule schlecht zu reden. Sie und Ihnen nahe stehende Verbandspräsidenten tragen wesentlich dazu bei, junge Menschen vom Lehramtsstudium abzuhalten. Wie soll denn bei unseren Abiturienten Freude am Unterrichten geweckt werden, wenn Sie, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dauernd nur Horrormeldungen verbreiten und unser Bundeskanzler unsere Leistungsträger in Unterricht und Erziehung als faule Säcke diffamiert. Unsere Lehrkräfte verdienen allen Respekt für ihren aufreibenden Einsatz. Sie sind es doch, die erzieherisch ausgleichen sollen, was in der Gesellschaft, in den Familien zunehmend versäumt wird.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Wilhelm (CSU))

Die SPD, Herr Kollege Maget, hat es auch bei diesen Doppelhaushaltsberatungen versäumt, Prioritäten zu setzen. Es ist nicht so, wie Sie gestern versucht haben, glaubhaft zu machen. Wer sich die Änderungsanträge zu den verschiedenen Haushalten vor Augen hält, stellt fest, dass sich die Phantasie der Sozialdemokraten im Geld ausgeben erschöpft.

(Widerspruch von der SPD)

Schlimm dabei ist, dass Sie mit keinem Sterbenswörtchen erklären, wie Sie Ihre Forderungen finanzieren wollen. Eine halbe Milliarde DM mehr für den Umweltschutz, 100 Millionen DM mehr für den Straßenbau, 200 Millionen DM mehr für die Pflege, eine Verdreifachung der Mittel für die Präventionsarbeit der Polizei und Millionenforderungen im Kulturbereich. So, meine Damen und Herren, werden Sie nicht unseren Kindern gerecht. Sie wollen ihnen eine Schuldenlast aufbürden, um den Bürgern aus wahltaktischen Gründen vorgaukeln zu können:

(Widerspruch von der SPD)

Alles ist machbar, alles ist erreichbar.

(Zurufe von der SPD)

Der Kultushaushalt, dem 40% der Ausgabenmehrungen des Gesamthaushaltes zufließen, macht deutlich, wo die CSU auch in den kommenden beiden Jahren ihren Schwerpunkt setzen wird. Zusammen mit unserer Kultusministerin Monika Hohlmeier und ihrem Staatssekretär Karl Freller, werden wir alles daransetzen, damit die

Schule in Bayern auch weiter vorn bleibt. Herr Kollege Irlinger, natürlich gibt es eine ganze Reihe von Punkten, die auch nach unserer Ansicht verbesserungswürdig sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit stehen wir aber nicht alleine da. Trotzdem sind wir auch wegen unseres guten Schulwesens das attraktivste Land in der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind mit Abstand das größte Zuzugsland von Menschen, die in den von Ihnen regierten Ländern keine oder keine adäquaten Arbeitsplätze finden. Sie sollten sich wirklich zuerst Gedanken machen, weshalb Ihnen in vielen Bereichen aufgrund mangelnder Perspektiven die Menschen davonlaufen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Irlinger, Sie haben im Zusammenhang mit dem Sport den Ministerpräsidenten kritisiert und eine Aussage des Kollegen Leichtle in den Raum gestellt. Ich sage Ihnen: Ich hätte mich zusammen mit meinen Kollegen sehr gefreut, wenn Kollege Leichtle als Ihr sportpolitischer Sprecher im Sportausschuss geblieben und dort mitgearbeitet hätte und ihn nicht nach kurzer Zeit wieder verlassen hätte.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Er ist im Wirtschaftsausschuss!)

Ich bedanke mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Namen des Arbeitskreises bei den übrigen Mitgliedern meiner Fraktion, vor allem bei Staatsminister Dr. Kurt Fallthäuser und unseren Finanzpolitikern für deren aufgeschlossene, tatkräftige und unterstützende Begleitung unserer Arbeit. Deshalb habe ich auch keine Sorge, dass das Verharren der Opposition in alten ideologischen Leitbildern uns beeinträchtigen wird. Die CSU wird weiter ein zuverlässiger Partner für unsere Schülerinnen und Schüler, die Eltern und unsere Lehrerinnen und Lehrer, denen ich für ihre hervorragende Arbeit an unseren Schulen danken möchte, bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie bitten, diesem Haushalt zuzustimmen, der eine klare Sprache für die Kulturpolitik, für die Schulen in unserem Lande spricht.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Münzel. Bitte.

Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Das große bildungspolitische Thema in Bayern ist zurzeit die innere Schulentwicklung – endlich und zum Glück, sage ich da. Jahrelang hat sich die Staatsregierung als reformresistent erwiesen. Sie war sogar noch stolz darauf, dass in Bayern alles blieb, wie es war, bis das böse Erwachen mit der TIMS-Studie kam und sich die bayerischen Schulen, für die Staatsregierung und die CSU völlig unerwartet, weltweit nur in einem Mittelfeld wieder fanden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt beginnen die CSU und die Staatsregierung endlich aufzuwachen. Sie sind spät dran, sind auch noch ziemlich schlafmützig. Hellwach sind sie bei diesem Thema leider immer noch nicht. Herr Kollege Knauer ist der beste Beweis dafür. Sein Redebeitrag beweist, wie wenig er einer zukünftigen Entwicklung der Schulen aufgeschlossen ist. Er hat hier einfach die Schlachten von vorgestern geschlagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Frau Staatsministerin Hohlmeier, Sie übernehmen zumindest schon einmal Begriffe, die wir schon vor Jahren in die bildungspolitische Debatte eingeführt haben. Sie sprechen mittlerweile von Reformen von unten, von Innovation, von Personalentwicklung, von Evaluation, von Schulprogramm, von Schulprofil. Die Worte höre ich gern – es sind unsere Worte –, allein mir fehlt der Glaube, dass auch die entsprechenden Taten folgen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Eines wird in dieser Debatte aber deutlich, und das müssen Sie auch einmal anerkennen: Wir GRÜNE verstehen etwas von Bildungspolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Scheinbar scheinen die neuen Worte der Frau Staatsministerin in der CSU-Fraktion noch nicht so richtig angekommen zu sein. Was wir vorschlagen, führt nicht in die Sackgasse, sondern ist zukunftsweisend.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während Sie, Frau Staatsministerin, die innere Schulreform nur sehr zögerlich angehen, leiden die Schülerinnen und Schüler unter den gravierenden Fehlentscheidungen der vergangenen Jahre. Ich nenne nur die Kürzung bei den Sportstunden. Die Kommunen stöhnen unter den finanziellen Lasten, die ihnen die Staatsregierung bei den M-Klassen, der Mittagsbetreuung und der Anschaffung von Computern aufgebürdet hat. Wegen der M-Klassen betteln mittlerweile CSU-Bürgermeister bei SPD-Bürgermeistern: Bitte, bitte, gebt uns doch Gastschulbeiträge, weil Sie es versäumt haben, das im Schulfinanzierungsgesetz entsprechend zu regeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

So wird mit großem Pomp die Bildungsoffensive, die Schulinnovation 2000 oder der Bildungspakt verkündet. Wenn man aber fragt, was sich substantiell an der Schule ändert, oder wenn man sich fragt, ob sich etwas substantiell an der Schule ändern soll, dann bekommt man Zweifel. Ich frage mich, ob es sich nur um schöne Worte handelt oder wirklich etwas geändert werden soll.

Gestern hat Herr Stoiber bei der Vorstellung des Haushalts der Staatskanzlei etwas zur Bildungspolitik gesagt: „Wir wollen die Methoden und Inhalte des Unterrichts

weiterentwickeln und der Wissensgesellschaft anpassen.“ Als ich diesen Satz hörte, wurde mir klar, dass meine Zweifel berechtigt sind. Wir kennen moderne Unterrichtsformen. Diese sind auch in der Amtszeit von Zehetmair entwickelt worden, obwohl Zehetmair nicht gerade die personifizierte Schulinnovation war. Freiarbeit, Projektunterricht, fächerübergreifender Unterricht, praktisches Lernen, Team teaching, all das gibt es bereits. Wir müssen uns sicher Gedanken darüber machen, wie die Schülerinnen und Schüler mit der Fülle von Informationen umgehen sollen, und wie aus Informationen Wissen gemacht werden kann. Der entscheidende Punkt damals und heute ist aber, dass trotz des Wissens um die modernen Unterrichtsformen diese kaum umgesetzt werden konnten, weil der Rahmen dies nicht zuließ, nicht die starren Stundentafeln, nicht der bis ins letzte ausgefeilte Lehrplan, nicht die Art der Notengebung, die sich stets auf Einzelleistungen bezieht.

(Beifall der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn ich das Protokoll der Sitzung des Haushaltsausschusses lese, kommen mir noch einmal erhebliche Zweifel, ob sich tatsächlich etwas ändern soll. Dort heißt es:

Am Ende von Schulreformen sollen eigentlich Einsparpotentiale und nicht zusätzliche Mittel stehen.

Wenn sich Herr Sackmann durchsetzt, dann sehe ich schwarz für die Zukunft aller Schulinnovationen.

(Dr. Kaiser (SPD): Bei dem sehe ich sowieso schwarz!)

Heute haben Sie, Frau Staatsministerin, gesagt, wir brauchten dazu Geld. Wir brauchen zusätzliches Geld. Gestatten Sie mir noch ein Wort zum Geld, Frau Staatsministerin. Was früher für uns GRÜNEN der Rüstungshaushalt war, sind bei Ihnen mittlerweile die UMTS-Erlöse. Das hört man in jeder Diskussion.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotz all Ihrer Reformversprechungen, Frau Ministerin, funktioniert auch die Verwaltung noch genau so rigide von oben nach unten wie seit jeher. Ich nenne Ihnen nachher ein Beispiel.

Jetzt steht der nächste Event an: der Regionalkongress „Schulinnovation 2000 – Schulen auf dem Weg“. Natürlich ist es wichtig und richtig, dass man Schulen ein Podium gibt, auf dem sie sich präsentieren können. Ich möchte aber zu bedenken geben, dass die Schulen, die sich dort präsentieren, die Reformpflänzchen sind, die sich jetzt schon durchgesetzt und sich trotz großer Probleme mit der Schulverwaltung behauptet haben.

(Beifall der Frau Abgeordneten Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dazu gehört eine Schule in meinem Landkreis, die trotz all dieser Widerstände Reformen durchführt. Es handelt sich dabei um ganz besonders engagierte Schulen. Das

allein reicht aber nicht. Sie können diese Schulen nicht präsentieren und behaupten, man brauche nichts zu ändern und die anderen Schulen sollten sich lediglich ein Beispiel nehmen. Das möchte ich ins Bewusstsein rufen.

Sogar die Laborschule Bielefeld darf sich auf diesen Kongressen präsentieren. Die Leiterin der Laborschule in Bielefeld wird zum Thema „Werte und Schule“ referieren. Das muss man sich einmal vorstellen. Aus dem vielgeschmähten rot-grünen Nordrhein-Westfalen kommt eine Leiterin und spricht über „Werte und Schule“. Man traut seinen Augen kaum, da doch die CSU glaubt, wenn dieses Thema von rot-grünen Politikern in die Hände genommen würde, der Untergang des Abendlandes programmiert wäre.

(Hofmann (CSU): Das ist ein Schmarrn!)

Hören wir doch endlich auf, Herr Kollege Knauer, uns Argumente um die Ohren zu hauen, die andere Bundesländer betreffen. Das bringt uns in der Debatte über die bayerischen Schulen keinen Schritt weiter.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben mit dem Bildungsausschuss andere Bundesländer besucht.

(Zuruf des Abgeordneten Sackmann (CSU))

Auch die CSU-Kollegen haben feststellen müssen, dass nicht alles schlecht ist, was in roten und rot-grünen Ländern gemacht wird. Warum legt die CSU nicht diese Arroganz ab und gibt zu, dass es auch dort interessante Dinge gibt, man übernehmen kann. Warum sind Sie nicht offen für die Reform in diesen Ländern? Sie von der CSU sollten nicht immer gleich alle Entwicklungen in den anderen Bundesländern schlecht machen.

(Hofmann (CSU): Ihr wollt die Gesamtschule, und wir wollen sie nicht!)

– Herr Hofmann, ich vertrete grüne Bildungspolitik. Sie werden keinen einzigen Antrag von mir finden, in dem ich die flächendeckende Einführung der Gesamtschule fordere. Ich verteuere sie nicht, und wo sie nicht ausblutet, ist sie auch gut.

(Hofmann (CSU): Das ist schon klar!)

Sie, Herr Hofmann, sprechen immer von der Opposition. Vielleicht lässt Ihr Abstraktions- und Differenzierungsvermögen es zu, genau zu unterscheiden, wer am Rednerpult spricht, welche Partei diese Person vertritt und aus welcher Zeit gewisse Vorschläge stammen. Vergessen Sie doch einfach, was in den Siebzigerjahren war. Wenn Sie die Bildungspolitik hier verfolgen, werden Sie sehen, dass sich etwas geändert hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hofmann (CSU): Ihr wärmt es immer wieder auf!)

Lassen Sie mich zu den Regionalkongressen zurückkommen. Zur Durchführung der Tagung stehen jämmerliche 10000 DM bereit, Frau Ministerin. Wenn man die

Organisatorinnen und Organisatoren mit so wenig Geld ausstattet, ist die Gefahr groß, dass auch diese wenigen innovativen Reformlehrkräfte und Schulen verheizt werden. Ich finde es interessant, wie solche regionalen Kongresse vor Ort verkauft werden. Die Ankündigungen strotzen vor Banalitäten und Selbstverständlichkeiten. Das habe ich schon während meiner Zeit als Lehrerin gehört. Es gibt überhaupt nichts Neues und Innovatives.

Schule bewegt sich immer in einem bestimmten Rahmen. Schule ist stets so, wie es dieser Rahmen zulässt. Wenn wir eine andere Schule wollen, dann muss auch der Rahmen anders gesetzt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine andere Schule mit demselben Rahmen wird nicht funktionieren. Unterstellen Sie, Frau Ministerin, uns bitte nicht Beliebigkeit, so wie Sie es im Haushaltsausschuss getan haben. Eine Schule in Freiheit ist keine Schule der Beliebigkeit. Auch wir GRÜNE wollen einen festen Zielrahmen an den Schulen, eine gewisse Kontrolle sowie eine relativ starke Form der Evaluierung. Das sind übrigens Ihre Worte aus dem Haushaltsausschuss.

Unterstellen Sie uns auch nicht, wir wollten, dass der Elternbeirat die Schuldirektoren aussuchen soll. Ich habe den Eindruck, dass Sie uns diffamieren und in ein gewisses Abseits stellen wollen und zwar mit Behauptungen, die überhaupt nicht stimmen. Ich möchte Sie bitten redlich zu sein und unsere Worte nicht zu verdrehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Schulleitungen von der Schulkonferenz, die für uns ein Schulparlament ist, gewählt werden. Das wäre unsere Wunschvorstellung.

Der Rahmen muss weiter gespannt werden. Viele schöne Worte wurden in der Diskussion zur inneren Schulreform gesagt. Lehrkräfte sollen im Team an einer gemeinsamen pädagogischen Idee und dem Profil der Schule arbeiten. Das ist richtig. Wie kann ich aber ein Team zusammenstellen, das sich für die pädagogische Idee der einzelnen Schule begeistert? Wenn ich ein Blasorchester leite, dann nützt es nichts, wenn man mir in mein Orchester hervorragende Violinistinnen setzt. Ich muss mein Team zusammenstellen können. Das sagt Ihnen auch jeder Fußballtrainer. Warum dürfen eigentlich nur Berufsschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen ihre Lehrkräfte in Zukunft selber aussuchen? Wenn Sie über die Hauptschule reden, unterstellen Sie uns immer, wir wären die Feinde der Hauptschule und würden diese schlechtreden. Manchmal habe ich den Eindruck, als ob ich die einzige Bildungspolitikerin hier bin, die sich wirklich für die Hauptschule engagiert und für die Hauptschule Leidenschaft entwickeln kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen wir doch einmal die Schulen ihr Personal aussuchen, auch Fachleute, die keine Lehrkräfte sind, und schauen wir, welche Hindernisse auch juristischer Art aus dem Weg geräumt werden müssen, und dann räumen wir sie auch weg!

Zweite Forderung: Die Schulleitung ist die zentrale Figur bei der Schulentwicklung. Das sagen ja auch Sie. Richtig! Was mache ich aber, wenn die Schulleitung dieser Aufgabe nicht gewachsen ist? Vergeben wir doch einmal Führungspositionen auf Zeit und schauen auch hier, welche juristischen Hindernisse aus dem Weg geräumt werden müssen.

Schule braucht motivierte Lehrkräfte. Richtig! Wie kann ich diese aber bei dem starren Laufbahnrecht des Beamtenrechts motivieren, für außergewöhnlichen Einsatz belohnen? Entwickeln wir doch auch hier Modelle zusammen mit Bildungsexperten und Bildungsexpertinnen.

Die Schule braucht die Mitarbeit der Eltern. Richtig! Wie kann diese aber in einem demokratischen Staat aussehen? Und brauchen wir nicht genauso die Mitarbeit der Schülerinnen und Schüler? Und wie kann diese aussehen? Richten wir doch ein demokratisches Entscheidungsgremium ein, das über alle wichtigen Belange entscheidet, und schauen wir, ob und wie es funktioniert.

Ich verfolge sehr genau, was Alois Glück mit seinem bürgerschaftlichen Engagement hier so verbreitet. Ich finde es ganz interessant, weil Alois Glück in vielem das verbreitet, was wir Grünen leben, was unsere grünen Wurzeln sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alois Glück sieht den Dissens zwischen der CSU und der Opposition in Fragen des bürgerschaftlichen Engagements bei der Frage der Beteiligung der Schüler und Schülerinnen – ich zitiere –: „Meinungsverschiedenheiten beginnen dort, wo es um verschiedene Wertorientierungen etwa in der Bildungspolitik geht, beispielsweise bei der Frage, wie stark man Eigenverantwortung der Schüler betonen soll.“ Ich glaube zwar, dass wir auch bei der Mitsprache der Eltern noch weit voneinander entfernt sind. Trotzdem: Probieren wir doch aus, was Schülerinnen und Schüler zu leisten vermögen in einem demokratischen Prozess an der Schule, und sagen wir nicht von vornherein nein. Machen Sie doch einmal Nägel mit Köpfen, Frau Staatsministerin!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wagen Sie den Sprung nach vorn und nehmen Sie unseren Vorschlag des Projekts „Schule der Zukunft“ an. Wir bieten Ihnen damit ein regelrechtes Schatzkästlein an. Ich habe auch eine Langfassung davon, die das Projekt detailliert beschreibt. Bedienen Sie sich ruhig jetzt, wir sind da großzügig, und außerdem haben wir im Gegensatz zu Ihnen ein Herz für Spätentwickler und Spätentwicklerinnen, wie Sie es sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen verstehen etwas von innerer Schulentwicklung. Wir arbeiten schon jahrelang daran. Mit unserem Projekt „Schule der Zukunft“, das 10% zusätzliche Mittel für die Schule bereitstellt, können Reformen auch materiell so vorangebracht werden, dass sie wirklich umsetz-

bar und nicht zum Verhungern sind. Wir brauchen substanzielle Maßnahmen und nicht nur eine Reformfarce.

Nehmen Sie die Chance wahr, engagierten Schulen wirklich so viel Freiheit wie nur möglich zu geben, und nehmen Sie doch die Chance wahr – das beinhaltet unser Projekt „Schule der Zukunft“ –, offene Fragen auf den Prüfstand zu stellen und mit Hilfe von Experten und Expertinnen an einer Lösung zu arbeiten. Unser Projekt ist auch ganz im Sinne der bayerischen Wirtschaft. Sie haben sicherlich auch noch die Worte des Präsidenten der bayerischen Wirtschaft, des Herrn Rodenstock, im Ohr, der sagte: „Das Ministerium muss die Gymnasien in die Freiheit entlassen.“ Diesen Satz predige ich, seitdem ich im Landtag bin, allerdings für alle Schularten.

Wie halbherzig und wie wenig zukunftsweisend Sie zurzeit agieren, zeigt zum Beispiel die Budgetierung am Gymnasium. Und wie rigide die Verwaltung ist, zeigt das kultusministerielle Schreiben zum Unterrichtsausfall. Zur Budgetierung: Hier läuft einiges schief, Frau Ministerin. Es beklagen nicht wenige, dass sie jetzt statt mehr Freiheit weniger Freiheit haben. Ich nenne Ihnen ein Beispiel, und das ist nur eines von vielen. So haben von sieben Landkreisgymnasien im Landkreis Fürstentum sechs Gymnasien Stunden in einem hohen Maß abgeben müssen und nur ein Gymnasium erhält mehr Lehrerinnen- und Lehrerstunden. Sie haben zum Einen die zurechtgestutzt, denen es in der Vergangenheit gelungen war, sich Freiheiten zu erkämpfen, die auch eigenständig genug waren, sich die entsprechenden Ressourcen zu beschaffen. Jetzt werden sie alle über einen Kamm geschoren, und das wird dann als Gerechtigkeit verkauft. Ziemlich fragwürdig!

Sie haben aber auch die Schere beim Pflichtunterricht angesetzt. Ich nenne Ihnen dazu als Beispiel das Gymnasium meiner Heimatstadt Erlenbach. In der siebten Jahrgangsstufe fallen vier Wochenstunden Geschichte aus, in der zehnten Jahrgangsstufe zwei Wochenstunden Chemie und in der elften Jahrgangsstufe drei Wochenstunden Geschichte (die Chemiestunden im mathematisch-naturwissenschaftlichen Zweig des Gymnasiums). Wie sollen da die Schulen trotz schöner Worte die Qualität des Unterrichts aufrecht erhalten können? Denn eines müsste Ihnen doch diese Diskussion zeigen: Schulen, die ein eigenes Profil erarbeiten sollen, brauchen auch die entsprechenden Mittel. Das, was als mittlerer Betrag bei Ihrer Budgetierung am Gymnasium herauskommt, reicht nicht. Nicht einmal ein Pflichtprogramm können viele Schulen damit absolvieren. Die Kür, die von den Schulen verlangt wird, die dann auch zur Meisterschaft entscheidend beiträgt, ist so nicht zu leisten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ein Beispiel zur rigiden Verwaltung: Mit Schreiben vom 6.10.2000 an die Regierungen und die Schulämter wird der Unterrichtsausfall an den Volks- und Förderschulen thematisiert, für Gymnasien offensichtlich auch. Akribisch wird dabei Punkt für Punkt abgehandelt, wie der Unterrichtsausfall minimiert und die Vertretungssituation verbessert werden kann: 3.1, 3.2, 3.3, 3.4 dann 4.1 usw. Das entspricht doch noch sehr den Vorstellun-

gen einer Obrigkeitsschule. Es gibt Anweisungen von oben und die werden Punkt für Punkt abgearbeitet. Ich bin schon der Meinung, dass die Schulen so wenig Unterricht wie möglich ausfallen lassen sollen. Es reicht aber, dieses Ziel zu formulieren, den Zielrahmen, um mit Ihren Worten zu reden, Frau Ministerin, zu setzen; wie es die Schulen dann organisieren, liegt in deren Ermessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allerdings brauchen diese dafür auch einen entsprechenden Spielraum, zum Beispiel entsprechende Finanzmittel, um eventuell Aushilfen bezahlen zu können.

Es war zu erwarten, dass Sie das Hohelied der R 6 singen. Logisch ist es eigentlich, dass der Ansturm jetzt groß ist. Wer will den sein Kind in eine Schule geben, wie die R 4, die ausstirbt? Niemand natürlich. Was die Zukunft der Hauptschule anbelangt, so ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es ist heute noch nicht absehbar, ob diese überhaupt überlebt. Und ich rede sie nicht kaputt, wenn ich das hier einmal so deutlich sage. Absehbar ist an sehr vielen Schulen, dass sie Schüler und Schülerinnen an die R 6 oder auch an Hauptschulen mit M-Zügen verlieren, was sich für einzelne Schulen auch in einem großen Maßstab als existenzbedrohend erweisen wird.

Die Finanzierung habe ich bereits erwähnt. Wir haben einen Dringlichkeitsantrag dazu gestellt, wie der Unterricht für Gastschüler und Gastschülerinnen in den M-Klassen finanziert werden soll. Wir sind der Meinung, dass dies die Landkreise, also die Gebietskörperschaften, tun sollen, die auch für die Realschüler und Realschülerinnen zuständig sind. Das ist das, was offensichtlich auch CSU und Staatsregierung zumindest andeuten, denn die Beförderungskosten trägt ja schon der Landkreis. Es wäre auch in der Logik der ganzen Geschichte. Hier geht es um einen mittleren Abschluss, der mit dem mittleren Abschluss der Realschulen gleichwertig ist. Somit wäre das Finanzierungsproblem gelöst.

Ich möchte noch einige Themen ganz kurz ansprechen, zunächst die Schulsozialarbeit. Äußerst ärgerlich, dass sich hier der Herr Staatssekretär nicht durchsetzen konnte. Herr Freller, ich hätte es Ihnen sehr gewünscht. Sie haben selber gesagt, dass es notwendig ist, im Bildungshaushalt dafür einen eigenen Haushaltstitel aufzunehmen. Das ist leider nicht gelungen. Jetzt bleibt das Kultusministerium und bleiben die Schulen Bittsteller bei den Kommunen.

Was die Integration Behinderter betrifft, warten wir immer noch darauf, Herr Thätter – wenn ich Sie so direkt ansprechen darf –, dass die CSU und die Staatsregierung konzeptionell weiterkommen. Ich weiß, dass Sie daran denken und dass Sie auch an weiteren Konzeptionen arbeiten. Aber sie sind bis jetzt noch nicht auf den Tisch gekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Vorstellungen sind bekannt: das Elternrecht auf Integration und dass das Umfeld so gestaltet ist, dass Integration wirklich möglich ist.

Die kinder- und familiengerechte Halbtagschule ist, wenn man den Namen „Schule“, Frau Ministerin, ernst nimmt, ein Schwindel. Es ist keine Schule, es ist ein Betreuungskonzept auf Kosten der Kommunen und der Eltern.

Wir haben mit unseren Anträgen immer dafür gekämpft, dass die Qualität der Mittagsbetreuung stimmt – das ist uns besonders wichtig – und dass es eine Vielfalt von Betreuungsmöglichkeiten gibt. Dazu gehört unbedingt die Ganztagschule. Da vermisse ich Initiativen Ihrerseits. Ich kann mich daran erinnern, dass vor einem oder eineinhalb Jahren in einem Zeitungsartikel stand, Sie wollten auch mehr Ganztagschulen. Davon spüren wir überhaupt nichts.

Mich freuen die Fördermittel für besonders kreative und innovative Projekte an Schulen. Genau dieses haben wir bereits zum Doppelhaushalt 1999/2000 gefordert. Damals wurde es noch abgelehnt. Ich freue mich, dass die CSU und die Staatsregierung nun einsichtig waren.

Mich freut auch, dass die CSU unsere Anträge zur Umwelterziehung, die wir bereits 1997 gestellt haben, recyclet hat. Es freut mich, dass die CSU eingesehen hat, dass die als Folge des Kienbaum-Gutachtens getroffenen Sparmaßnahmen, z.B. beim Sport, ein großer Fehler waren und dass sie dabei ist, ihn zu korrigieren, obwohl uns das als Opposition nicht weit genug geht.

Es freut mich, dass wir aufgrund der Anträge der Grünen beim islamischen Religionsunterricht ein ganzes Stück weitergekommen sind.

(Widerspruch des Abgeordneten Herrmann (CSU))

– Herr Herrmann, wenn Sie den zeitlichen Ablauf betrachten, werden Sie mir Recht geben müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Herrmann (CSU): Wenn Sie zu Besuch nach Erlangen kommen, werden Sie sehen, wer damit angefangen hat!)

Das weiß Herr Kollege Knauer, und Herr Dr. Spaenle hat das durchaus so anerkannt.

Mich freut, dass im Gymnasium die Kollegstufe mit ihrem Kursystem beibehalten werden soll. Sie sehen also, Sie liegen gar nicht so verkehrt, wenn Sie auf uns hören. Das können Sie ruhig öfter tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte noch etwas für Sie zum Abschreiben, nämlich meine Anträge, die ich bereits 1995 gestellt habe und die zum Ziel hatten, das Interesse von Mädchen und jungen Frauen für die mathematisch-technischen Ausbildungsrichtungen zu erhöhen. Die IT-Branche boomt, sucht händeringend nach Arbeitskräften und bietet damit auch

Frauen hervorragende berufliche Perspektiven. Wie gesagt, ich biete Ihnen unsere Initiativen von 1995 gerne an.

Schule braucht mehr als Werbeveranstaltungen, braucht mehr als hasenfüßige Reförmchen. Schule braucht unser Vertrauen und den Mut, grundlegende Reformen von unten zuzulassen und zu fördern. Der Doppelhaushalt spiegelt das nicht wieder, und deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Das Wort hat Herr Kollege Sackmann.

Sackmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Münzel, ich möchte gleich vorausschicken, dass wir dem Haushaltsplan aus guten Gründen zustimmen werden.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Haushalt ist nämlich – Frau Staatsministerin hat es schon erwähnt – der Schwerpunkt in diesem Doppelhaushalt. Sie werden nicht darum herumkommen, sich das immer wieder anhören zu müssen: Wir haben in diesem Doppelhaushalt für den Einzelplan 05 eine Steigerung von über einer Milliarde DM. Das ist ein in ganz Deutschland einmaliger Kraftakt. Sie sind ja nur neidisch, dass das erreicht worden ist.

(Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin froh!)

Frau Staatsministerin, Sie können stolz darauf sein.

Ihre Alternative von der Opposition besteht darin, Anträge mit Kosten von 400 Millionen DM einzubringen, ohne dass ein Deckungsvorschlag dahinter steht. Das ist keine redliche Haushaltspolitik; das nimmt Ihnen in Bayern niemand ab. Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Lieber Herr Irlinger, Sie kritisieren uns immer dann dafür, dass wir uns mit anderen Ländern vergleichen, wenn Ihnen der Vergleich nicht passt. In Ihrer Rede aber haben Sie zwei- bis dreimal gesagt: Sehen Sie nach Hamburg, sehen Sie dorthin.

(Irlinger (SPD): Einmal!)

– Das kam ein paarmal vor. Ich nenne Ihnen ein Beispiel dafür, dass wir gehandelt haben, während Sie uns kritisieren.

(Irlinger (SPD): TIMSS-Studie!)

Ich meine den Unterrichtsausfall. Ich stelle fest: Im Freistaat Bayern fallen lediglich drei Prozent des Unterrichts aus. Aus der Zeitung „Die Welt“ geht hervor, dass in Nordrhein-Westfalen, wo Sie von der SPD regieren, an den Gymnasien über elf Prozent des Unterrichts ausfallen, an den Gesamtschulen über 16 Prozent.

(Zahlreiche Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Hören Sie doch zu und nehmen Sie das künftig auf. Diesen Vergleich sollte man Ihnen viel öfter vor Augen halten.

(Beifall bei der CSU –Odenbach (SPD): Jeder erzählt das Gleiche! – Unruhe)

Herr Irlinger, Sie haben die Förderschulen angesprochen. Die CSU-Fraktion – Kollege Blasius Thätter wird dazu noch Näheres sagen – hat hier einen Schwerpunkt gesetzt. Mit deutlicher Handschrift der CSU wird das Aktionsprogramm Förderschulen gestartet, wofür im kommenden Jahr 25 Millionen und im Jahr darauf nochmals 17 Millionen vorgesehen sind. Dadurch können mobile sonderpädagogische Dienste und die mobile Reserve unterstützt werden. Damit erhält dieser Bereich zusätzlich 200 Vollzeitkräfte. Diesen enormen Kraftakt sollten Sie einmal würdigen.

Sie haben die Schulsozialarbeit angesprochen. Dieses Thema haben wir im Haushaltsausschuss immer wieder beraten. Ich lasse mir von Ihnen nicht unterstellen, dass wir in diesem Fall untätig sind, sondern ich möchte ganz deutlich machen – das wurde im Haushalts- und Bildungsausschuss immer wieder vorgetragen, aber Sie wollen es nicht zur Kenntnis nehmen –, dass in Bayern derzeit über 20 Pilotprojekte mit den unterschiedlichsten Ansätzen laufen. Wir wollen ganz bewusst abwarten, wie sich diese Projekte entwickeln, die unterschiedlichen Ansätze, die sich zum Teil sehr erfolgreich entwickeln, aufgreifen und dann in ein Gesamtkonzept aufnehmen. Das muss auch in enger Abstimmung mit den Kommunen geschehen, was zur Zeit geschieht. Daher ist es sinnvoll abzuwarten, bis das Gesamtkonzept vorgelegt wird.

(Zuruf des Abgeordneten Wahnschaffe (SPD))

Sie kritisieren, dass wir Lasten auf die Kommunen abwälzen würden. Das können gerade Sie uns nicht vorhalten. Vielmehr will ich Ihnen drei Beispiele aus dem Bund nennen. Zum einen den Spitzensport. In diesem Fall wälzt der Bund Lasten auf die Länder ab. Das geschieht ebenso im Sozialwesen. Die Kommunen werden durch die rot-grüne Regierung in Berlin im Bereich der Pflegekassen mit 400 Millionen belastet, im Falle der Krankenversicherung mit 1,2 Milliarden, und beim ersten Entwurf von Riester zur Rentenreform wäre im Sozialhilfebereich auf die Kommunen auch noch einiges zugekommen.

Ähnliches gilt für die Steuerreform; ich nenne nur vier Zahlen. Im Jahr 2001 ergibt sich für den Freistaat Bayern eine Grundbelastung von drei Milliarden DM, für die Kommunen eine Belastung von 800 Millionen DM. Bis zum Jahr 2006 steigt die Belastung für Bayern auf 4,2 Milliarden DM und für die Kommunen auf 1,2 Milliarden DM. Sie haben wohl schon lange nicht mehr mit den kommunalen Spitzenvertretern geredet. Die kommunalen Spitzenvertreter reden über Berlin und nicht über München.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Irlinger (SPD))

Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben gerade in den letzten Jahren einen Schwerpunkt auf den privaten Schulhausbau gelegt, wofür wir in den letzten beiden Jahren über 118 Millionen DM veranschlagt haben. Zusätzlich gab es ein Darlehensprogramm mit über 160 Millionen DM, und jetzt legen wir im Haushalt noch einmal 35 Millionen DM drauf, um für Vielfalt in der Schullandschaft zu sorgen und den Antragstau abzubauen. Noch nie wurde im Freistaat Bayern der private Schulhausbau so unterstützt wie im vorliegenden Doppelhaushalt. Das sollten Sie einfach einmal würdigen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin Kollegen Bernhard Sibler als neuem Jugendsprecher sehr dankbar dafür, dass er das Thema „Gewaltprävention“ aufgegriffen hat: Wir sehen 500 000 DM für das Aktionsprogramm „Präventive Jugendarbeit – Kampf gegen Gewalt und Rechtsradikalismus“ vor. Es war richtig, hier einen Schwerpunkt zu setzen. Ich bin sehr froh, dass Sie dem im Hochschulausschuss zugestimmt haben. Ich glaube, dass uns dabei gerade Jugendverbände unterstützen werden, die im Freistaat Bayern Hervorragendes leisten. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Ausländerkriminalität und die Kriminalität an Ausländern im Freistaat Bayern am geringsten ist.

(Zuruf des Abgeordneten Irlinger (SPD))

Hier leisten die Verbände und vor allem unsere Jugendorganisationen hervorragende Arbeit. Dieser Ansatz ist also richtig.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben im Haushaltsausschuss diesem Haushaltsplan zugestimmt. Liebe Frau Staatsministerin, ich wünsche Ihnen beim Vollzug viel Erfolg! Wir können eines feststellen:

Die Zukunft unserer Kinder liegt bei Ihnen in guten Händen. Alles Gute für die Umsetzung!

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Thätter.

Thätter (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich heute in der Debatte über den Entwurf für den Einzelplan 05 über das Förderschulwesen sprechen kann, möchte ich die Gelegenheit nutzen zu danken. Ich danke dafür, dass ein kleiner, aber schwieriger Teil der Schullandschaft, der eher an deren Rand liegt, hier im Parlament stets hohe Beachtung findet. Ich danke auch dafür, dass die Staatsregierung bemüht ist, die Vorstellungen des Parlaments in die Praxis umzusetzen. Was die Förderschulen angeht, ist in den letzten Jahren viel geschehen. Eigentlich sind wir mit unseren Bemühungen auf einem guten Weg. Doch weil in der

letzten Zeit Irritationen im Lande aufgekommen sind, erlaube ich mir einige grundsätzliche Ausführungen.

Nach langer Vorarbeit haben wir durch unsere Beschlüsse im Juli 1998 erreicht, dass die sonderpädagogische Förderung im bayerischen Schulwesen neue Flexibilität erlangt hat. Es gilt nicht mehr das Entweder-oder, also Regelschule oder Förderschule, sondern ein Sowohl-als-auch: Regelschule und Förderschule sind zur verstärkten Kooperation aufgerufen. Der Förderort kann völlig individuell gewählt werden. Bei der Einschulung wird zuerst der sonderpädagogische Förderbedarf des einzelnen Kindes ermittelt. Dann ist der richtige Förderort auszuwählen; die Eltern werden zur Beratung und zur Entscheidung hinzugezogen. Dieser Ansatz berücksichtigt die Vorstellungen verantwortungsbewusster Eltern, hat aber vor allem das Wohl des einzelnen Kindes im Auge.

Wir meinen, ein Kind soll in der Schule, die es besucht, erfolgreich lernen. In einer Schulklasse erfolgreich zu lernen, das bedeutet unserer Meinung nach, dass das Kind aktiv am Unterrichtsgeschehen teilnimmt, dass es in das Unterrichtsgeschehen eingebunden ist. Das hat nichts mit dem Erreichen gleicher Lernziele zur gleichen Zeit zu tun. Allerdings bedeutet nach unserer Auffassung nicht schon die bloße Anwesenheit in einer Klasse soziales Lernen.

Ich komme zu einem weiteren Schwerpunkt unserer Förderschularbeit: Wir versuchen mit starkem Einsatz, Integration durch Prävention zu erreichen. Dazu haben wir in den letzten Jahren die Mobilen Sonderpädagogischen Dienste ständig aufgestockt. Allein schon die steigenden Schülerzahlen, vor allem aber der dramatische Anstieg der Zahl von Kindern, die gefährdet, verstört oder von Behinderung bedroht sind und in die Schule kommen, verlangen wirksame Maßnahmen. Negative gesellschaftliche Entwicklungen schlagen hier massiv durch. Es wäre nicht sinnvoll, 15 bis 20% der Schüler an Förderschulen zu überweisen – neue Schulhäuser müssten gebaut werden –, während in Regelschulen Räume leer stehen; mit einer wohnortnahen integrativen Beschulung hätte derlei nichts zu tun.

Deshalb wird versucht, diese Kinder durch den Einsatz der mobilen Dienste – hierbei handelt es sich um Sonderschullehrer, die an Regelschulen die Betreuung problematischer Kinder mit übernehmen – gleichsam aufzufangen und ihnen den Verbleib an der Regelschule zu ermöglichen. So ist die Besetzung dieser Dienste von 102 Stellen im Schuljahr 1995/1996 auf 287 Stellen im laufenden Schuljahr aufgestockt worden. Dies entspricht einer Steigerung um 181%. Wir müssen uns allerdings darüber im Klaren sein, dass die Anstrengungen auf diesem Gebiet noch verstärkt werden müssen, wenn ein effizienter Einsatz dieser Dienste auf Dauer gewährleistet werden soll. Noch etwas muss klargestellt werden: Mobile Dienste sind an Förderschulen installiert und betreuen von dort aus die Regelschulen. Diese Betreuung muss das ganze Jahr über garantiert sein. Die Stellen müssen das ganze Jahr über besetzt bleiben. Die entsprechenden Lehrer dürfen nicht bei Engpässen in der Unterrichtsversorgung abgezogen werden.

Ich möchte nicht verhehlen, dass die Situation an den Förderschulen zurzeit nicht einfach ist. Obwohl die Förderschulen über Jahre hinweg bei der Personalzuweisung bevorzugt wurden, stehen wir im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern nicht gut da, was die Zahl der Schüler pro Klasse, die Zahl der Schüler je Lehrer und die Zahl der Unterrichtsstunden je Schüler anbelangt. Der deutliche Anstieg der Zahl der zu betreuenden Schüler hat zu dieser ungünstigen Situation geführt. Wir lassen keinen schwächeren Schüler einfach ohne Betreuung in der Regelschule. So stehen die Schulleiter oftmals vor dem Problem, dass sie vom Stundenbudget her große Klassen in Kauf nehmen müssen, wenn sie noch Möglichkeiten der Differenzierung im Unterricht gewährleisten wollen. Die Aufgliederung des Unterrichts durch Differenzierung ist in den Förderschulen sehr wichtig. Es entspricht aber nicht der Wirklichkeit, wenn von einem Notstand die Rede ist, der den Unterricht an den Förderschulen in Frage stellen würde. Engpässe sind aber durchaus möglich, wenn beispielsweise verstärkt Krankheitsfälle beim Lehrpersonal auftreten.

Ich glaube, man sollte als Beleg für die Anstrengungen des bayerischen Staates zugunsten der Förderschulen einfach die entsprechenden Zahlen nennen. Die Kinder und Jugendlichen in den Förderschulen machen zirka 5% der Schülerschaft aus. Im laufenden Haushalt werden 1,9 Milliarden DM für sie ausgegeben. Das entspricht 8,9% der Ausgaben im Haushalt des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Es trifft zu, dass die gezielte Förderung und Betreuung der Kinder in Fördereinrichtungen mit einem gewissen Mehraufwand verbunden ist. Es ist gut zu wissen, dass diese zusätzlichen Mittel tatsächlich aufgewendet werden. Andere Schulklassen jedenfalls müssen mit viel weniger leben. So müssen die 6,2% der Schülerschaft, die die viel diskutierten Realschulen besuchen, mit 839 Millionen DM auskommen.

Das schon erwähnte „Aktionsprogramm Förderschulen“ ist ein weiterer Schritt, um Engpässen in der Unterrichtsgestaltung, im Einsatz von mobilen Diensten und in der mobilen Reserve abzuwehren. So werden von September 2000 bis zum Jahre 2002 insgesamt 204 Stellen geschaffen werden. Zusätzlich ist die Einführung des Arbeitszeitkontos an Förderschulen ab dem Jahr 2001 geplant. Gerade diese Maßnahme wird beachtliche Zuwächse bringen.

Schulen zur individuellen Lebensbewältigung klagen über Kürzungen bei den Pflegekräften. An sich handelt es sich hierbei nicht um direkte Kürzungen. Aber die Erhöhung der Schülerzahl und eine veränderte Schülerschaft bringen Schwierigkeiten. So hat man es mit immer mehr Kindern aus anderen Ländern zu tun, die noch nie eine Schule gesehen haben. Pflegekräfte sind aber nötig, um den Unterricht an solchen Schulen kindgerecht gestalten zu können. Seit einiger Zeit gibt es eine Auseinandersetzung über die Zuständigkeit für die Pflege im Unterrichtsgeschehen. Das Kultusministerium argumentiert, eigentlich seien dafür Einrichtungen gemäß BSHG und die Pflegekassen zuständig; wenn das Land 760 Vollzeitkräfte finanziere, geschehe dies auf freiwilliger Basis, nämlich aufgrund einer Kannbestimmung. Wir sollten versuchen, hier bald Klarheit zu schaffen, damit

auch in Zukunft schwerbehinderte Kinder die Hilfe bekommen, die ein erfülltes Leben gewährleistet. An dieser Stelle möchte ich deutlich herausstellen: Es entspricht nicht der Wahrheit, wenn angenommen wird, dass wegen der Integrationsbeschlüsse der letzten Jahre die Ressourcen für die Förderschulen gekürzt würden und die Versorgung der integrativ geschulten Kinder auf Kosten des Förderschulwesens erfolgte.

Dass gemäß dem „Aktionsprogramm Förderschulen“ die Mittel für den privaten Schulbau im Jahre 2001 um 7,7 Millionen DM und im Jahre 2002 um 5,5 Millionen aufgestockt werden sollen, ist ein deutliches Zeichen. Denn gerade in puncto Förderung leisten private Einrichtungen sehr viel.

Damit wird deutlich, dass der Ausbau und Erhalt eines leistungsfähigen Förderschulsystems weiterhin unser Ziel ist.

Ein entscheidendes Kriterium für den Erfolg sonderpädagogischen Bemühens ist letztendlich, inwieweit ein Kind an ein selbst bestimmtes Leben herangeführt und eine berufliche Eingliederung bestmöglich gefördert werden können. Wir haben in der Folge der Einführung der Praxisklassen in der Regelschule in diesem Jahr zusätzliche Möglichkeiten des Praxisbezugs für Schulabgänger in den Förderschulen geschaffen. Auch Förderschüler sollen in Zukunft verstärkt Betriebspraktika besuchen. Sie können auch den wöchentlichen Praxistag annehmen, um durch den Praxisbezug in der Berufsfindung gegenüber den Schülern der Praxisklassen in den Hauptschulen nicht benachteiligt zu werden. Für die berufliche Eingliederung leisten auch die Sonderberufsschulen eine wichtige Arbeit. Hier ist es zu Personalengpässen gekommen. Aber auch hier wird durch das „Aktionsprogramm Förderschulen“ ein Zeichen gesetzt. Durch die Umschichtung von Mitteln werden 48 Stellen für Lehrer an Berufsschulen für Behinderte geschaffen.

Lassen Sie mich abschließend festhalten: Wir haben in Bayern ein Förderschulsystem mit vielen Gliedern, das immer wieder ausgeformt wurde und mit dem 90% der Eltern zufrieden sind. Daneben haben wir die Möglichkeit der integrativen Beschulung geschaffen. Ein behindertes Kind kann je nach Höhe des sonderpädagogischen Förderbedarfs an einer Regelschule, an einer Außenklasse der Förderschule, an einer Diagnose- und Förderklasse oder an einer Klasse der Förderschule unterrichtet werden. Wir wollen keine Billigintegration. Wir haben in Bayern ein hohes Leistungsniveau an den Grund- und Hauptschulen, was sicher manchmal schwächeren Schülern zu schaffen machen kann. Aber wir gehen jetzt in eine neue Lehrerbildung, die für die Lehrer an Regelschulen sonderpädagogische Ausbildungsinhalte bringen wird, um der veränderten Schülerschaft gerecht werden zu können. Wir sollen auf dieses Förderschulwesen und seine Vielfalt stolz sein und vor allem versuchen, in einer Zeit, in der die Schülerzahlen zurückgehen werden, im Förderschulwesen die gewonnenen Positionen zu halten und den Besitzstand zu wahren, um dann die Arbeit im Förderschulbereich noch integrativer, individueller und innovativer zu gestalten.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Schneider.

Siegfried Schneider (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zum Abschluss ein paar Anmerkungen zu den Aussagen von Frau Münzel und Herrn Irlinger. Kollege Irlinger hat mit viel Engagement und einem gewissen Maß an Emotionalität und Pathos einige Forderungen in den Raum gestellt, aber die Qualität der Äußerungen sollte man einmal auf den Prüfstand stellen. Zum Beispiel „Lehrereinstellung“ hat Frau Kollegin Münzel schon etwas gesagt: Es gibt natürlich die Mitwirkung bereits an den Berufsschulen. Diesen ersten Schritt werden wir auch ausbauen. Aber dass Sie noch gar nicht wissen, dass dies in Bayern bereits möglich ist, ist auch ein Zeichen der Qualität. Herr Kollege Irlinger, auch die Aussage, dass die Grundschullehrerinnen und -lehrer für die musische Erziehung nicht ausgebildet seien, trifft nicht zu; denn diese Ausbildung gibt es bereits seit langem, wenn sie auch selbstverständlich noch verbessert werden kann.

(Franzke (SPD): Gleichwertig!)

Wir wissen auch, dass an den bayerischen Schulen nur noch von ganz wenigen Lehrern Frontalunterricht in der Reinform stattfindet. Im Landtag zu behaupten, dass hier Frontalunterricht stattfindet, ist eine Lehrerschelte; denn so schlecht, wie die Lehrer von Ihnen dargestellt werden, sind sie nicht.

(Beifall bei der CSU)

Nach einem in der „Bayerischen Staatszeitung“ veröffentlichten Interview haben Sie behauptet, an einem oberbayerischen Gymnasium fänden in der Woche nur noch sieben Stunden Unterricht statt. Mich würde interessieren, welches Gymnasium dies war. Man kann hier schon etwas aufbauschen, das der Wirklichkeit nicht entspricht. Ihre Äußerungen erinnern natürlich auch an die Qualität der Aussagen, die Frau Bundesministerin Bulmahn an den Tag gelegt hat, jeder Schüler bekomme einen Laptop. Aber der Bundeskanzler hat gesagt: kriegt er nicht, basta –, und dann war die Sache erledigt.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Franzke (SPD))

Kollege Irlinger hat gesagt, Bayern sei ein „bildungspolitisches Kummerland“. Wir kennen uns, sind beide an der Grundschule gewesen und lieben auch die Musik. Ich habe sofort an das Lummerland der Augsburger Puppenkiste gedacht. Wahrscheinlich ist die SPD im bildungspolitischen Lummerland, mit Jim Knopf oder Lukas. Es ist notwendig, mit ein bisschen mehr Substanz zu agieren, nicht einfach „Kummerland“ zu sagen und alles als schlecht zu bezeichnen. Wir entwickeln, und alle Länder Deutschlands blicken nach Bayern und übernehmen auch die bildungspolitischen Vorschläge Bayerns.

(Beifall bei der CSU)

Sie warten auf die konkreten Umsetzungen des Lehrerbildungskonzeptes. Diese werden demnächst auf dem Tisch liegen. Sie wissen selbst aus den bildungspolitischen Diskussionen, dass auf die Vorschläge der SPD niemand mehr wartet, sondern dass man sich nur noch mit den Vorschlägen der CSU auseinandersetzt, und dies ist für die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer auch gut.

(Maget (SPD): Sie beschimpfen die ganze Zeit das Präsidium, das geht nicht!)

Frau Münzel hat sich darüber gefreut, dass die Bildungspolitik vielfach gut ist, wie auch wir erfreut feststellen. Es ist zwar nicht nett und ich bin darüber fast etwas beleidigt, dass sie gesagt hat, sie sei die einzige, die sich für die Hauptschule einsetze; denn es gibt im Bildungsarbeitskreis der CSU und im Bildungsausschuss eine ganze Reihe von Personen, die die Hauptschule immer hochgehalten und gearbeitet haben, dass sie als qualifizierte, weiterführende Schule angesehen wird. Die bayerische Wirtschaft gibt uns Recht: Diese Schule ist für den Wirtschaftsstandort Bayern ein wichtiger Bereich. Über Ihre Vorschläge, Frau Münzel, werden wir sicher diskutieren. Die Frage ist, welche Möglichkeiten der Umsetzung gegeben sind, wie sinnvoll jeder Einzelne dieser Vorschläge ist. Aber dass sich Schule auch im Sinne der von Alois Glück angestoßenen Diskussion der aktiven Bürgergesellschaft weiterentwickeln wird, ist für uns selbstverständlich. Insofern erwarte ich mir von den GRÜNEN mehr als von der SPD. Wir stellen in fast allen bildungspolitischen Debatten und Diskussionen fest, dass sich die CSU und die GRÜNEN oft näher liegen, weswegen die GRÜNEN von der SPD den Vorwurf bekommen, dass sie sich fast zu nahe an die CSU anlehnen. Doch wenn es um das Wohl der Kinder geht, ist dies richtig und gut.

Zwei Anmerkungen zum Sport. Ich bin sehr dankbar dafür, dass es gemeinsam gelungen ist, die durch die Kürzungen der Kienbaum-Maßnahmen eingetretene Situation im Schulsport zumindest zu einer Wende zu führen, dass wir den Einstieg wieder geschafft haben und in den 5. und 6. Jahrgangsstufen wieder mit der dritten Sportstunde beginnen können; dies wird weiterzuführen sein. Insofern werden wir mit Frau Kultusministerin Hohlmeier eng zusammenarbeiten, um wieder auf einen sehr guten Stand zurückzukommen. Gleiches gilt für den Bau von Sportstätten. Auch auf diesem Gebiet hat die CSU-Fraktion eine Projektgruppe eingesetzt und arbeitet daran, den Antragsstau zu reduzieren.

Ich möchte aber auch betonen, dass wir wohl in diesem Haus durch die Beschlüsse auf Bundesebene, durch die Streichung und radikale Einsparung in der Spitzensportförderung, auch noch die Debatte darüber haben werden, ob das Land die entstehenden Lücken schließen kann, was mit den Bundes- und den Landesleistungszentren passiert, ob dies dann der Länderhaushalt ausgleichen kann, oder ob sich hier der Bund auf Kosten der Länder saniert. Mit diesem Haushalt ist die bayerische Bildungspolitik wieder ein gutes Stück vorangeschritten. Wir bedanken uns bei Frau Kultusministerin Hohlmeier und werden sie bei der Umsetzung ihrer bildungspolitischen Ideen weiterhin unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Zweite Vizepräsidentin Riess: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat Frau Staatsministerin Hohlmeier das Wort.

Frau Staatsministerin Hohlmeier (Kultusministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf zusammenfassend zu den Äußerungen, die hier gemacht wurden, Stellung nehmen. Dabei möchte ich gleich auf Sie, Herr Irlinger, eingehen; bei Ihren Äußerungen habe ich den Eindruck, dass bei Ihnen die Weiterentwicklung der Schule seit den siebziger Jahren garantiert nicht vollzogen worden ist.

(Hofmann (CSU): Gut, dass der hier ist und nicht in der Schule draußen!)

Ich kann jemand schlicht und einfach nicht verstehen, der heute immer noch behauptet, dass Bayern zu wenig Abiturienten hat, und der immer noch nicht begriffen hat, dass für die Qualität in der Wirtschaft nicht allein die Abiturienten verantwortlich sind, sondern genauso die Handwerker, die Facharbeiter, die Meister und die Dienstleister, die alle zwar kein Abitur haben, trotzdem aber herausragende Arbeit leisten und das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden.

(Beifall bei der CSU)

Wer noch nicht bemerkt hat, dass mittlerweile nicht nur 20% der Schüler aus dem Gymnasium, sondern auch 10% aus dem beruflichen Schulwesen in die Hochschulen kommen, hat die Entwicklung der bayerischen Schullandschaft in den letzten zwanzig Jahren anscheinend nicht mitbekommen.

(Beifall bei der CSU)

Zu Ihrer allgemeinen These, dass in den sogenannten Mammutklassen stets mehr Aggressionen vorherrschen. Es ist richtig, dass man bei weniger Kindern auf die einzelnen Kinder individueller eingehen kann. Das heißt aber noch lange nicht, dass in einer kleinen Klasse besserer Unterricht erteilt wird als in einer größeren Klasse. Beim Unterricht kommt es erstens auf die Lehrerpersönlichkeit an, zweitens auf die Zusammensetzung der Klasse und außerdem gilt immer noch die These, dass nicht nur der Lehrer Ansprechpartner ist. Wenn wir schon so viel von Kollegialität und Teamfähigkeit bei Kindern sprechen, ist es notwendig, dass Kinder auch lernen, sich untereinander ein Stück weit zu helfen. Die Stärkeren sollen den Schwächeren helfen, diejenigen, die in einem Bereich besondere Begabungen haben, sollen anderen helfen, die darin nicht soviel Begabungen haben. So etwas nennt sich Tutorensystem. Auch das gehört mit zur Schullandschaft.

Oftmals ist in bestimmten Gebieten eine Klasse mit 25 Schülern schwerer zu beherrschen als in anderen Bereichen eine Klasse mit 30 Schülern. Wir müssen damit aufhören, solche pauschalen Diskussionen zu führen. Wer in einem Flächenstaat wie Bayern – das gilt übr-

gens auch für Nordrhein-Westfalen – keine Klasse mit 30 Schülern akzeptiert, müsste es auch akzeptieren, dass es keine kleinen Schulstandorte mit 12 oder 13 Kindern in einer Klasse mehr gibt. In Nordrhein-Westfalen ist die Mindestgröße zum Beispiel auf 15 Kinder angehoben worden. Wir wollen das in Bayern nicht, wir möchten gerade für die kleinen Kinder mit sechs, sieben oder acht Jahren die kleinen Standorte erhalten. Dafür müssen wir in Kauf nehmen, dass es auf der anderen Seite auch die eine oder andere etwas größere Klasse gibt. Das ist nun einmal in einem Flächenstaat so.

Außerdem legen wir Wert auf die Stundentafel. Statt einer Stundentafel von gerade einmal 88 Stunden in den Klassen 1 bis 4 legen wir auf eine Stundentafel von 104 Stunden wert. Darin unterscheiden wir uns deutlich von Niedersachsen. Dafür muss man aber auch die eine oder andere größere Klasse in Kauf nehmen. Vier Stunden Unterricht in der Woche pro Jahrgangsklasse sind aber nicht dadurch zu ersetzen, dass in einer Klasse nur 29 Kinder sind. Diese These ist schlicht und einfach falsch und nur populistisch.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Kollege Knauer hat zum Thema mobile Reserven das Notwendige gesagt. Wer in seinem eigenen Land de facto keine mobilen Reserven hat – Nordrhein-Westfalen hat jetzt für das ganze Land gerade einmal 600 mobile Reserven –, der soll doch nicht bei uns zu diskutieren anfangen. Der Verweis auf andere Länder macht nur deutlich, dass andere Länder zwar dieselben Mittel hätten wie wir in Bayern und damit auch dieselben Entscheidungen treffen könnten, dies aber nicht tun. Insofern wird durch den Verweis auf andere Länder auch die Stärke Bayerns bewiesen, denn die anderen Länder hätten ohne weiteres ähnliche Entscheidungen treffen können, die wir getroffen haben. Bei uns sind 2400 Lehrer in der mobilen Reserve, was gar nicht so einfach zu finanzieren war.

Zu einem weiteren Punkt, zur Budgetierung. Uns liegen die schriftlichen Unterlagen dazu vor. Sie beziehen sich immer nur darauf, wo sich jemand beschwert. Wir müssen uns aber einen Gesamtüberblick verschaffen. Ein Gymnasium, das wesentlich mehr Stunden zur Verfügung hatte als andere Gymnasien mit derselben Schülerzahl und denselben Ausbildungsrichtungen, kann nun einmal diese Stunden nicht behalten. Wir müssen vergleichbare Verhältnisse schaffen und die Stunden in gleichem Maße verteilen. Dass über 70% der Gymnasien mit der Budgetierung einverstanden sind, ist doch ein positives Zeichen. Die Gymnasien, die Stunden abgeben müssen, geben sie zugunsten anderer Gymnasien ab, welche die gleichen Chancen bekommen sollen; sie geben diese Stunden aber nicht zugunsten des Staates ab, weil der Finanzminister etwa Geld einsparen möchte. In diesem Sinne ist die Budgetierung eine positive Angelegenheit.

Zum Thema Förderschule. Niemand macht die Förderschule schlecht. Mir kommen die Tränen! Anders kann ich es wirklich nicht mehr sagen. Wer behauptet, die Überweisung in eine Förderschule sei Selektion, Isola-

tion und Ausgrenzung, macht die Förderschulen schlecht.

(Beifall bei der CSU)

Vor dem Hintergrund der äußerst komplizierten Situation und der psychischen Befindlichkeiten bei Eltern mit behinderten Kindern halte ich es für außerordentlich problematisch, wenn in dieser Frage nur das Elternrecht berücksichtigt wird. Ärzte, Pädagogen, Kindergärtnerinnen, Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen sollten gemeinsam versuchen, einen geeigneten Schulstandort für ein behindertes Kind zu finden. Sicher hat dabei nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Regelschule den Vorrang. Wenn immer es möglich ist, muss versucht werden, ein Kind in die Regelschule zu integrieren. Wenn dieses Integration aber nicht möglich ist, ist die Förderschule der wesentlich bessere Ort zur Förderung eines behinderten Kindes. Dort kann ihm besser geholfen werden, dort kann es besser unterstützt werden und dort kann man ihm die notwendigen Maßnahmen angedeihen lassen.

Zum Thema Kompetenzzentren bei den Berufsschulen. Herr Irlinger, die Entwicklung der letzten Jahre scheint Ihnen vollkommen entgangen zu sein. Die Entwicklung der letzten Jahre, die durch die zunehmende Spezialisierung in der Berufswelt geprägt ist, hat doch dazu geführt, dass ländliche Berufsschulen immer mehr Berufsschüler an Schulen in Ballungszentren abgeben mussten. Und diese Entwicklung versuchen wir durch die Kompetenzzentren aufzuhalten. Kompetenzzentren bedeuten, dass auch ländlichen Berufsschulen feste Sprengel für bestimmte Berufsbereiche zugewiesen werden. Das bedeutet auch, dass manche Ausbildungen, die bisher in Ballungszentren stattgefunden haben, wieder in die ländlichen Bereiche hinaus verlagert werden. Wenn wir so weitermachen würden wie bisher, würde sich alles auf die Ballungszentren konzentrieren, weil nur die Schulen in den Ballungszentren entsprechend der fortschreitenden Spezialisierung ausgestattet und auch in der Lage sind, genügend Schüler zusammen zu bringen. Die Kompetenzzentren werden aufgebaut, weil es zum einen fachlich notwendig ist, weil es zum anderen aber auch für die Berufsschulen im ländlichen Raum notwendig ist. Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie behaupten, Herr Irlinger. Ich gebe Ihnen gerne die dazu notwendigen Daten.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt komme ich zur TIMSS-Studie. Ich muss mich darüber amüsieren, dass gerade SPD und GRÜNE den Vorwurf erheben, Bayern hätte bei der TIMSS-Studie nicht ausreichend gut abgeschnitten. Es ist schon ein gewisser Hohn, denn Bayern steht in der TIMSS-Studie an der Spitze Deutschlands. Das heißt, alle Länder, die von Ihnen regiert werden, rangieren weit hinter uns.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die bayerischen Schulen sind in dieser internationalen Studie gerade deswegen in der Mitte, weil die Gesamtschulen aus den untersuchten Ländern in der TIMSS-Studie schlechter bewertet wurden als die Hauptschulen

in Bayern. Deshalb müssen wir schon etwas ehrlicher miteinander reden.

(Irlinger (SPD): Die Realschulen sind aber noch schlechter als die Hauptschulen!)

– Herr Irlinger, reden Sie keinen solchen Unsinn. Inhaltlich ist das, was Sie hier durch die Gegend rufen, nicht aufrechtzuerhalten. Wir stellen Ihnen die Daten gern noch einmal zur Verfügung.

Nachdem wir in Deutschland an der Spitze stehen, aber sehen, dass es da und dort Probleme gibt, bezüglich derer wir Veränderungen herbeiführen müssen, haben wir sofort die Konsequenzen gezogen. Wir haben Jahrgangsstufentests mit neuen Fragestellungen eingeführt. Wir sind mit federführend bei den Projekten zur Verbesserung der Effizienz des Mathematikunterrichts. Wir haben zusammen mit Baden-Württemberg die meisten Mathematikstunden in der Studententafel. Wir ziehen die Konsequenzen.

Wenn ich allerdings in der KMK frage, sind die SPD-regierten Länder auch bereit, sich zentralen Jahrgangsstufentests zu stellen, die neue schwierige, anwendungsorientierte Aufgabenstellungen beinhalten und zum Teil einen experimentellen Bezug und einen Lebensbezug aufweisen, dann höre ich immer: Nein, auf solche Standards wolle man sich nicht verständigen. Genauso wenig wollen sie das beim Zentralabitur, bei der Prüfung für die Mittlere Reife oder beim Quali an der Hauptschule. Diese Länder können nicht unser Vorbild sein.

Wenn es aber da und dort eine gute Schule gibt, die hervorragende Initiativen zeigt oder gute Leute hat, dann sind wir uns in Bayern nicht zu schade, mit den Leuten zu reden. Wir tun das sogar sehr gern, denn wir haben keine Schablonen. Wir schauen dahin, wo es etwas Gutes gibt. Wir holen uns das und versuchen, es umzusetzen, und zwar ganz gleich, wo es herkommt. Da habe ich überhaupt keine Bedenken.

(Beifall bei der CSU)

Für mich ist etwas interessant, das Frau Münzel angesprochen hat. Ich muss mich meinem Kollegen Schneider anschließen, Frau Münzel hat sich uns in vielen Bereichen – ich sage es vorsichtig – angenähert. In vielen Fragen kann ich nur sagen: Herzlich willkommen bei uns.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hat eine Vorreiterrolle!)

– Es ist umgekehrt.

Sie haben Begriffe angesprochen. Wenn man Begriffe aus den Siebzigerjahren mit denen der heutigen Zeit vergleicht, stellt man fest, dass zum Teil ein völlig anderer Inhalt dahinter steckt. Wenn man heutzutage von innerer Schulentwicklung spricht, meint man damit nicht mehr die alte Demokratisierung oder das, was Herr Irlinger angesprochen hat, nämlich Mitspracherechte für Schüler, Eltern und Lehrer, also noch mehr Gremien und Richtlinien, wer wann das Recht hat, mit wem zu reden.

Genau das ist es, was wir nicht wollen. Wenn es um eine Zusammenarbeit zwischen Schülern, Eltern und Lehrern geht, ist eine zielgerichtete Zusammenarbeit gemeint: Wer erfüllt in der Schule welchen Auftrag, um den pädagogischen, erzieherischen und unterrichtlichen Zielsetzungen näher zu kommen. Es geht nicht darum, dass der eine dem anderen dreinreden darf, sondern es geht darum, dass möglichst viele mitarbeiten und sich einbringen, wenn es darum geht, die Qualität der Schulen zu verbessern.

Wir Bayern sind diejenigen, die in der Kultusministerkonferenz am meisten Wert auf das Wort „Qualitätsstandards“ und dessen Inhalt gelegt haben. Wie oft haben SPD-regierte Länder leider das Wort „Qualitätsstandards“ streichen lassen, weil sonst kein Konsens innerhalb der Kultusministerkonferenz erreichbar gewesen wäre. Es geht dabei um alles, was mit Evaluation von außen zu tun hat. Die Evaluation gehört dazu, wenn man die Qualität der Schule sichern will. Wenn sich Schulen allein überlassen sind, bringt das nichts. Frau Münzel, ich stimme Ihnen gern zu, Evaluation von außen ist notwendig. Diese These hat die CSU immer vertreten. Sie war nur lang umstritten, als es um das Zentralabitur und sonstige zentrale Prüfungen ging. Heutzutage ist der Begriff erweitert. Heute geht es um Jahrgangsstufentests und Orientierungsarbeiten an Grundschulen. Heute geht es auch darum, Qualitätsstandards flächendeckend auch während der Schulzeit und nicht nur bei Prüfungen durch eine Evaluation sicherzustellen. Das halte ich im Sinne der inneren Schulentwicklung für außerordentlich wichtig.

Frau Münzel, eine Frage beantworte ich anders als Sie. Ich will die Frage von Ihnen und von Herrn Irlinger noch einmal nennen. Was ändert sich substantiell an Schulen, wenn Sie eine neue Schule wollen? Ich kann auf die Frage nur sagen: Ich will keine andere Schule. Ich glaube, dass unsere bayerischen Schulen in vielen Bereichen gute Arbeit leisten und dass wir sie weiterentwickeln, aber nicht substantiell verändern müssen. Unsere Schulen leisten eine qualitativ hochwertige Arbeit.

Als manche von der SPD und den GRÜNEN auf der Straße noch im „Schlabberlook“ herumliefen und die Freiheit von jeglicher Erziehung forderten, hat Bayern die Schule weiterentwickelt. Das sind die Tatsachen. Wir haben auf Erziehung und Standards immer Wert gelegt. In diesem Sinn nehme ich gern entgegen, dass gesagt wird: Vergessen Sie, was in den Siebzigerjahren war. Ich glaube Ihnen, dass Ihnen das am Herzen liegt, aber ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, was in den Siebzigerjahren tatsächlich war und was in der Schulpolitik von Ihnen leider falsch gemacht worden ist.

Die bayerische Schulpolitik genießt in Deutschland einen guten Ruf. Wenn Europäer nach Deutschland kommen, besuchen sie sehr häufig Bayern, weil wir als Land mit Qualitätsstandards gelten. Weit über Europa hinaus beanspruchen Länder für sich ein Schulwesen wie das, das in Bayern geprägt worden ist.

Ich möchte noch einen Satz zur Hauptschule und zur R 6 sagen. Frau Münzel, Sie haben gesagt: „Wer geht schon

an eine sterbende Schule?“ An die R 6 haben die Eltern aber ihre Kinder bereits geschickt, als noch nicht feststand, dass die R 4 keinen Bestand mehr haben wird. Die Eltern haben die sechsstufige Realschule von Anfang an der vierstufigen Realschule vorgezogen. Das war schon im Versuch so.

Zur Hauptschule. Frau Münzel, ich freue mich, dass Sie sie verteidigen. Aber in den Ländern, in denen Sie regieren, gibt es die Orientierungsstufe, die Gesamtschule und die sechsstufige Realschule, was in der Gesamtheit zur Vernichtung der Hauptschule geführt hat. In den von Ihnen regierten Ländern war kein Platz für die Hauptschule. Sie hat dort bis heute keine Lobby.

Zum Schluss will ich kurz auf die islamische Unterweisung eingehen. Die islamische Unterweisung hat Bayern als erstes Land in Deutschland eingeführt. Anschließend hat Nordrhein-Westfalen unsere Lehrpläne übernommen und das Fach eingeführt. Nachdem die Entwicklung in den letzten 15 Jahren fortgeschritten ist, sind wir bereit, die Pläne zusammen mit den jeweiligen Ansprechpartnern weiterzuentwickeln. Ich bin froh, wenn wir dies parteiübergreifend tun, denn gerade die Fragen der Glaubensfreiheit und des Religionsunterrichts sollten vom Parteienzank ausgenommen sein.

(Beifall bei der CSU).

Erster Vizepräsident Dr. Ritter: Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2001/2002, Einzelplan 05, sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/4674 zugrunde. Der Einzelplan 05 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 05 entsprechend der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktion der CSU und Herr Kollege Hartenstein. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Damit ist der Einzelplan 05 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen. Gemäß § 132 Absatz 5 der Geschäftsordnung haben zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge ihre Erledigung gefunden. Eine Liste der Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(siehe Anlage)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, die aufgrund der beschlossenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen insbesondere in den

Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsmächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Einzelplans vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen und Herr Kollege Hartenstein. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 14/4674 weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 14/4342, 14/4373, 14/4374, und 14/4375 sowie 14/4459 ihre Erledigung gefunden haben. Das Hohe Haus nimmt hiervon zustimmend Kenntnis. Die Beratung des Einzelplans 05 ist damit abgeschlossen.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 11

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verbleib der Abteilung Gegenwartskunde des Südost-Instituts in München (Drucksache 14/3856)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit pro Fraktion beträgt 15 Minuten. Wortmeldungen? Herr Kollege Dr. Dürr, bitte.

Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kolleginnen und Kollegen, Herr Präsident!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich will die Siebzigerjahre nicht vergessen. Es ist ganz interessant zu sehen, wo es in jenen Jahren seitdem eine Entwicklung gegeben hat und wo nicht. Eine Methode, die in den Siebzigerjahren häufig geübt wurde war, wenn man an etwas Kritik geübt hat, was hier falsch war, dann wurde immer gesagt: Geh doch rüber. Frau Hohlmeier versucht jetzt im Prinzip das Gleiche, indem sie immer sagt: Geht doch nach Nordrhein-Westfalen. Ich will aber nicht nach Nordrhein-Westfalen, was soll ich dort?

(Lachen bei der CSU)

Frau Hohlmeier spricht doch von meinem eigenen Land. Ich dachte, sie redet über Bayern. Aber nein, sie redete über Nordrhein-Westfalen. Ich verstehe nicht ganz, was Sie damit eigentlich sagen wollen, Frau Hohlmeier. Das müssen Sie mir eines Tages erklären. Für uns ist klar: Dieses Land ist unser Land. Dieses Land gehört uns mindestens so sehr wie Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Nun zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir wollen mit unserem Antrag erreichen, dass die Abteilung Gegenwartskunde des Südost-Instituts in München bleibt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das soll möglichst im Einvernehmen mit dem Bund geregelt werden, notfalls aber auch ohne dessen Einvernehmen. Wir wollen der Staatsregierung, die leider auch unsere Staatsregierung ist, mit diesem Antrag in den Verhandlungen den Rücken stärken. Wir glauben, dass wir die Gegenwartsabteilung des Südost-Instituts in Bayern brauchen, weil sonst ein wesentlicher Teil des geplanten Kompetenzzentrums – ich hoffe, es ist immer noch geplant und wird eines Tages auch realisiert werden – für die Osteuropaforschung fehlt. Wir denken, wenn das Kanzleramt sieht, dass wir das Institut zusammenhalten wollen, dann kommt es vielleicht zur Vernunft.

Das Bundeskanzleramt verhält sich in dieser Frage nicht gerade kooperativ, und ich glaube, auch nicht besonders intelligent.

(Sinner (CSU): Wie der Herr, so das Gscherr!)

Wir haben den Antrag aber hochgezogen, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, um Ihnen die Gelegenheit zu geben, sich intelligenter zu verhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Ausschuss haben Sie allerdings bewiesen, dass Sie nicht viel erkenntnisfreudiger sind als das Bundeskanzleramt. Jetzt haben Sie eine zweite Chance. Ich bin sicher, deshalb haben wir den Dringlichkeitsantrag auch hochgezogen, dass sich die Staatsregierung in jedem Fall intelligenter verhalten wird. Die Staatsregierung will – und das wollen auch wir, das haben wir bereits gezeigt –, dass die Münchner Einrichtungen, die sich mit der Osteuropaforschung befassen, in einer sogenannten Campus-Lösung zusammengefasst werden. Entstehen soll ein Kompetenzzentrum, und das könnte, um es mit den Worten der Staatsregierung zu sagen, europaweit einmalig sein. So etwas sagt doch Minister Huber immer sehr gerne. Wenn wir dieses Ziel realisieren würden, gäbe es das sonst nirgends. Es handelt sich um eine einmalige Chance.

Ohne die Gegenwartsabteilung wäre das Kompetenzzentrum aber nachhaltig geschwächt. Das Geld, das man dafür ausgibt, und die Organisation, die man dafür aufwendet, wären erheblich weniger effizient. Wir bekämen für das gleiche Geld viel weniger Leistung.

In Berlin will man das Südost-Institut sozusagen entkernen. Man will die wertvolle Abteilung nach Berlin holen, aber das lehnen wir ab. Wir sagen nicht, dass die Berliner nicht auch ein berechtigtes Interesse hätten, aber wir in Bayern haben auch ein berechtigtes Interesse. Wir sind dagegen, weil dies hier auch unser Land ist. Wir stellen unser Interesse deshalb voran, und wir denken,

wir können in diesem Punkt unser Interesse auch besser legitimieren.

(Beifall der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Politikberatung, die man in Berlin will, die kann man genauso gut, wie bisher auch, dezentral haben. Ich verstehe zwar, dass man in Berlin am liebsten alles bequem zur Hand und unter Kontrolle haben will. Ein paar Bequemlichkeiten mehr in Berlin rechtfertigen aber nicht, den Forschungsstandort Bayern zu schwächen. Es muss nicht alles in Berlin konzentriert werden, im Gegenteil. In diesem Punkt sind wir uns einig, nehme ich an. Wir treten, mindestens so sehr wie die CSU, für die Länderhoheit ein. Als ich heute die Zeitung aufgeschlagen habe, musste ich aber schon ein bisschen schmunzeln, als ich sah, dass der Hauptkritikpunkt des bayerischen Wissenschaftsministers an Minister Naumann die Eitelkeit ist. Da muss ich schon fragen, wer hier eigentlich wem was vorwirft.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wir sind davon überzeugt, dass Bayern der richtige Standort für das Südost-Institut ist und für die Osteuropaforschung. Hier gibt es das nötige wissenschaftliche und kulturelle Know-how. Das ist das Hauptargument.

Die Gegenwartsabteilung wird derzeit zu je einer Million vom Bund und vom Land finanziert. Nun sagt das Kanzleramt, wenn die Abteilung nicht nach Berlin kommt, dann finanzieren wir das Institut nicht mehr mit. Diese Haltung ist nach meiner Meinung nicht besonders intelligent. Wir haben dann praktisch keine Alternative mehr. Das Kanzleramt kann doch nicht im Ernst erwarten, dass Bayern das Institut noch fördert, wenn es erst einmal in Berlin ist. Ich weiß nicht, wo die Alternative sein soll. Es geht nicht darum, dass sich das Kanzleramt aus der gemeinsamen Finanzierung zurückziehen will. Man will uns schlicht und einfach die Abteilung wegnehmen. Wir dürfen uns das nicht gefallen lassen. Darauf zielt unser Antrag ab.

Die Verpflichtung des Bundes, die bestehen mag, können wir immer noch einklagen, wenn es Sinn macht. Wir müssen aber ein Signal setzen, und wir müssen es jetzt tun. Wir dürfen nicht nachgeben, wir müssen zeigen, dass wir das Institut nicht hergeben werden. Es ist zwingend, jetzt ein Signal zu setzen, denn das Institut und seine Mitarbeiter dürfen nicht länger in Unsicherheit gelassen werden. Bisher ist nicht klar, wie es nach dem 1. Januar 2001 weitergehen soll, und bis dahin ist es nicht mehr lange.

(Beifall der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es geht nur um eine Million, aber es gibt eine dumme Redensart, die ist hier leider richtig am Platz: Eine Million haben oder nicht haben, das sind schon zwei Millionen. In diesem Fall stimmt es. Die Gegenwartsabteilung des Südost-Instituts ist für Bayern und für den Bund mehr wert als eine Million. Die Synergieeffekte, die gemein-

same Bibliothek – die entstehen könnte, wenn man die Institute zusammenführt, auch sie wäre europaweit einmalig –, die Politik- und die Wirtschaftsberatung im Hinblick auf Osteuropa, all das wird es nicht geben, wenn wir die Abteilung nicht in München behalten. Wir bitten deshalb um Ihre Zustimmung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Herr Dr. Dürr, es ist sehr nett, dass Sie kürzer gesprochen haben. Wenn wir noch abstimmen wollen, dann dürfen die Redezeiten nicht ganz ausgeschöpft werden. Herr Kollege Dr. Spaenle, bitte schön.

Dr. Spaenle (CSU) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als Allererstes möchte ich feststellen, dass weder Ihnen noch uns das Land Bayern gehört. Wir alle haben vielmehr die Ehre, dem Land Bayern dienen zu dürfen, die einen mit 50% und die anderen mit weniger. Das ist schon einmal das Allererste.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das Zweite ist, dass wir die große Freude haben, Ihrem Parteifreund, dem Bundesaußenminister nach dieser Rede einen Kübel nach Berlin schicken zu dürfen. Einen Kübel voll mit Krokodilstränen. Was heute hier vorgetragen wurde, das war hohes Staatstheater. Es war schon beeindruckend, mit welcher Eindringlichkeit Sie an uns appelliert haben. Es wäre schön, wenn wir nur über die Rüpeleien, über eine der üblichen Rüpeleien, Ihres grünen Politikmutanten Joschka Fischer reden müssten. Es ist aber viel mehr.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe im ganzen Haus)

Es ist aber leider ein weiterer Baustein im Rahmen dessen, was Wissenschaftsminister Zehetmair heute als Kulturzentrismus angeprangert hat. In dieses schöne Kaleidoskop passt auch, was hier versucht wird. Es wird versucht, einen der wesentlichen Standorte der Südosteuropaforschung, die es bundes- und europaweit gibt, zu zertrümmern. Das ist richtig dargestellt worden. Warum will man das? – Nun, es passt ins Bild. Wenn ich Kulturzentrismus reinsten Wassers auf Kosten von Qualität und auf Kosten bewährter Standorte zerschlagen will. München ist auf diesem Gebiet ohne Konkurrenz.

Es passt außerdem ins Bild, dass es ausgerechnet wieder einmal Bayern trifft. Das ist ein weiterer Baustein; ich nenne nur ein Paar Stichworte in diesem Zusammenhang: Bayreuther Festspiele oder Bamberger Sinfoniker. Das alles hat System. Es ist das Schlimme, dass wir hier den Ausdruck eines Kulturstaatsverständnisses haben, das aus der Steinzeit stammt.

Ein Weiteres werfen wir Ihnen vor, und da merkt man die Absicht und ist verstimmt. Die Berliner wollen schlicht und einfach aber wirkungsvoll durch das Streichen von

Geld erreichen, dass die Bayern parieren. Das werden die Bayern nicht tun.

Und nun kommt Ihr genialer Vorschlag. Wir machen es so: Die Berliner streichen das Geld und damit das Institut bei uns bleibt, zahlen wir es selbst. Wenn wir Föderalismus so verstehen, können wir im Prinzip die Debatte in diesem Hohen Hause für wesentliche Bereiche einstellen.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn das der Wettbewerbsföderalismus ist, dass man sagt, die Berliner nehmen uns das Institut weg und wir zahlen dafür, dann ist das einer der Lösungswege, die mit uns nicht zu gehen sind. Deswegen sage ich: Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

Sie haben Gott sei Dank die Qualität und Einmaligkeit des betreffenden Instituts und auch des Standortes München für die Südost- und Osteuropaforschung betont. Der Einsatz der Minister Zehetmair und Huber sowie Prof. Dr. Falthäuser in dieser Frage gegenüber der Bundesregierung kann sich sehen lassen. Wiederholt wurden die unterschiedlichsten Modelle zum Verbleib dieser wichtigen Forschungseinheit am Standort München diskutiert. Dazu passt auch, dass sich in Pullach und bei anderen Bundesdienststellen weitere Verlagerungswünsche abzeichnen.

Wenn es irgendeiner Nagelprobe zwischen Reden und Tun bedürfte, dann sind es diese ganz konkreten Entscheidungen, von denen wir eine hier diskutieren müssen. So machen wir das nicht. Sie sind Mitglied einer regierungstragenden Partei im Bund. Sie können sicher sein, dass die Mehrheit diesen Hohen Hauses Sie in Ihrer löblichen Absicht unterstützen wird, aber setzen Sie sich bitte da ein, wo Sie die politische Verantwortung tragen und wo Sie auch Einfluss nehmen können; ansonsten ist Ihr Antrag nämlich ein Ausdruck politischer Bankrotterklärung von Rot-Grün. Wenn Sie die politische Mehrheit dieses Hohen Hauses dazu brauchen, um einen inhaltlich sinnvollen Antrag, nämlich den Erhalt des Südost-Instituts in der jetzigen Konfiguration bei Ihrem Bundesaußenminister und in Ihrem Kanzleramt durchzusetzen, dann ist das eine politische Bankrotterklärung. Insofern können wir weder aus wissenschaftspolitischer Sicht noch aus der Sicht eines vernünftigen Kulturföderalismus diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Pausig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Ich danke dem Kollegen Dr. Spaenle; nächste Wortmeldung: Frau Dr. Baumann.

Frau Dr. Baumann (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, wieder etwas mehr Sachlichkeit in die Debatte zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um zweierlei. Es ist entschieden, dass die Stiftung für Wissenschaft und Politik aus dem oberbayerischen Ebenhausen südlich von München im Dezember nach Berlin umzieht. Es handelt sich um ein eindeutiges Politikberatungsinstitut, das in den siebziger Jahren von der Bundesregierung gegründet wurde. Auch Bundeskanzler Kohl hat in den folgenden 16 Jahren dieses Institut ausgiebig genutzt. Dieses Institut zieht jetzt nach Berlin um. Das ist beschlossen. Das Gebäude in Berlin wird im Dezember bezogen.

An dieser Stiftung für Wissenschaft und Politik existiert bisher keine Abteilung Osteuropa. Die EU-Erweiterung steht an; sie kommt auf uns zu. Ob es da vielleicht sinnvoll ist – ob es jetzt das Bundeskanzleramt ist oder der GRÜNEN-Außenminister ist mir letztlich egal –, dass eine Bundesregierung sich in Ortsnähe in Berlin auch südosteuropäisch beraten lassen möchte, will ich jetzt nicht diskutieren; aber es gehört mit zum Hintergrund.

Wenn jetzt von diesem Südost-Institut die Abteilung Gegenwartskunde abgezogen wird, bedeutet das, dass in Berlin gegenwartskundlich politisch beraten wird, aber auf keinem Fall mehr gegenwartskundlich geforscht wird. Das Osteuropainstitut in München ist ein Forschungsinstitut mit politischem Schwerpunkt. Was dann nicht mehr gemacht wird und was in der Tat ein Verlust wäre, sowohl für das Land als auch für die Wissenschaft – weitere Institutionen sind bundesweit in dieser Größenordnung nicht zu finden –, ist, dass eben keine länderkundliche Forschung mehr betrieben wird, sondern nur noch reine Politikberatung. Um diesen Sachverhalt geht es. Da möchte ich nun an die Zuständigkeit des Wissenschaftsministers in Bayern appellieren, den diesbezüglichen Forschungsstandort in München zu erhalten.

Wir haben in den letzten Jahren durch Petitionen im Hochschulausschuss immer wieder erlebt, dass gerade die Forschungsschwerpunkte, die vielleicht einmal existiert haben – Osteuropa und das Baltikum hatten wir als letzte Petitionen – in der bayerischen Hochschullandschaft eingeschränkt wurden.

Wenn jetzt zugelassen wird, dass die Gegenwartskunde des Südost-Instituts nach Berlin entschwindet, – politisch will ich das, wie gesagt, nicht werten, sondern nur forschungspolitisch –, dann ist das ein Forschungspunkt in Bayern weniger. Deswegen stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Vielen Dank Frau Kollegin Dr. Baumann. Herr Staatsminister Zehetmair.

Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident! Hohes Haus! Das Thema ist uns seit Monaten bekannt. Seit Monaten ist die Staatsregierung darum bemüht, die Bundesregierung davon zu überzeugen, dass die Fortsetzung der bisher sehr bewährten Form wichtig ist, wonach dieses wissenschaftliche Institut jedweder Bundesregierung die Basiskompetenz ver-

mittelt hat, die man wissenschaftlich braucht, wenn man nicht ideologisch politisch aus der Lamäng schießen will. Es wird in Deutschland keinen Standort geben, der eine vergleichbare Kompetenz in der Interdisziplinarität der Einrichtungen hat wie München. Dies kann in Ebenhausen sein oder in München direkt, und es wäre zu knapp gedacht, wenn man nur auf die Abteilung Gegenwartskunde in Ebenhausen schauen würde.

Wir haben fünf mit Osteuropa verbundene wissenschaftliche Einrichtungen, wir haben grundlegende Lehrstühle in der Ludwigs-Maximilians-Universität und die Bayerische Staatsregierung – in diesem Fall unter meiner Verantwortung – wird mit Sicherheit alles tun, dass wir das Kompetenzzentrum Nummer eins für Osteuropastudien sind und bleiben.

(Zuruf von der CSU: So ist es!)

Nur, wenn das die Politik weiterhin ist, Frau Kollegin Dr. Baumann, dann können Sie sich nicht rausstellen. Es ist schon ein trauriger Vorgang, dass ihr in Berlin gar nichts zu reden habt.

(Zuruf von der SPD)

– Moment ich gehöre dieser Regierung ja nicht an; dies hat mit uns nichts zu tun. Herr Dürr hat offensichtlich zu Herrn Fischer ein noch schlechteres Verhältnis als ich.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Sonst hätten Sie ihm das ja wenigstens sagen können. Ich hätten Ihnen dann noch den Wunsch mitgegeben, dass er sich um die auswärtige Kulturpolitik besser kümmern möge. Dasselbe gilt natürlich auch für die große Fraktion und den Kanzler, die aus der Sozialdemokratie stammen.

Das, was hier geschieht – Sie haben das richtig definiert, Frau Dr. Baumann –, ist eine absolute Hinführung zur Oberflächlichkeit, dass man mundgerecht jemanden etwas aufbereitet, gleichzeitig aber den Background, den man aus der Tiefe der Forschung und der Wissenschaft braucht, schwächt beziehungsweise kaputt macht. Das ist eigentlich das Widerliche. Mir ist es ziemlich egal, was aus dem Antrag wird; er nutzt mir nichts. Er ist ein Schaufensterantrag übelster Art. Es ist ein Schaufensterantrag übelster Art, weil ich Ihnen dazu sagen muss, dass Sie versagt haben. Wofür sind Sie denn mit in der Bundesregierung verantwortlich? Was bringen Sie eigentlich noch für Bayern? Sie verkaufen die paar Kilometer, die durch UMTS für uns abfallen. Es ist ein ungeheurer Vorgang, den es vorher nie gegeben hat, dass an der Regierung der Länder vorbei über die Parteien solche Dinge verkündet werden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Oh, oh!)

Das ist ein ungeheurer Vorgang, meine Damen und Herren.

(Anhaltende Zurufe – Maget (SPD): Das ist ständige Praxis! – Weiterer Zuruf von der SPD: Das glauben Sie ja selbst nicht!)

Nein, Herr Maget, da täuschen Sie sich ganz gewaltig. Wir haben sogar Sie häufig mitkommen lassen. Das müssen Sie schon sehen. Obwohl viele in der Stadt München das nicht gutiert haben.

Ich will abschließend Folgendes sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Bayerische Staatsregierung wird – das ist auch meine Bitte an die CSU-Fraktion und wenn es geht an das ganze Hohe Haus – ein neues Strukturkonzept unter meiner Federführung vorlegen.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schon wieder? Wie oft noch?)

– Ihnen kann es ja gar nicht oft genug sein, aber ich werde Sie daran nicht beteiligen jedoch darüber informieren.

(Beifall bei der CSU – erneute Zurufe von der SPD)

Das neue Strukturkonzept wird auch die Gegenwartskunde abdecken, die wir im Südost-Institut als Bestandteil unseres wissenschaftlichen Netzes für erforderlich halten. Freilich wird das zur Folge haben, dass die Bundesregierung daran nicht in dem Maße partizipieren kann, das sie eigentlich dringend nötig hätte.

Der Dringlichkeitsantrag nützt uns gar nichts. Ich bitte Sie, unser Konzept zu unterstützen. Wegen einer Million DM werden wir unser wissenschaftliches Renommee mit Sicherheit nicht infrage stellen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Dr. Ritzer: Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur empfiehlt auf Drucksache 14/4608 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer dagegen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Tagesordnung ist erschöpft – hoffentlich nicht Sie auch. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und schließe die Sitzung.

(Schluss: 13.51 Uhr)

Zu Tagesordnungspunkt 8**Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 05:**

- | | |
|--|--|
| <p>1. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Irlinger, Voget u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Informations- und Kommunikationstechnologie an den Schulen
(Kap. 05 02 TG 99)
Drs. 14/4368</p> <p>2. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Irlinger, Voget u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Schulsozialarbeit
(Kap. 05 04 Tit. 427 12 neu)
Drs. 14/4364</p> <p>3. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Mittel für die Förderung außerschulischer Leistungen von Schülern aller Schularten und von besonders kreativen und innovativen Projekten von Schulen
(Kap. 05 04)
Drs. 14/4343</p> <p>4. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Ausgaben für die Jugendarbeit
(Kap. 05 04; TG 88 – 89)
Drs. 14/4344</p> <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Voget u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Ausgaben für Jugendarbeit
(Kap. 05 04)
Drs. 14/4361</p> | <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Leichtle, Voget u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Förderung des vereinseigenen Sportstättenbaus
(Kap. 05 04 TG 91)
Drs. 14/4365</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Irlinger, Voget u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Schulinterne Lehrerfortbildung
(Kap. 05 04 TG 97)
Drs. 14/4362</p> <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Einführung einer neuen Titelgruppe „Schulsozialarbeit“
(Kap. 05 04, neu TG)
Drs. 14/4346</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Münzel und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Fördermittel für das Projekt „Schule der Zukunft“
(Kap. 05 04)
Drs. 14/4345</p> <p>10. Änderungsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Dürr und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Erhöhung der Zuschüsse an das Institut für Medienpädagogik in Forschung und Praxis (JFF)
(Kap. 05 05)
Drs. 14/4436</p> |
|--|--|

-
- | | |
|--|--|
| <p>11. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Irlinger, Voget u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Lehrerplanstellen
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 14/4363</p> <p>12. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Leichtle, Voget u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Wiedereinführung der 3. Schulsportstunde
(Kap. 05 12 bis 05 19)
Drs. 14/4359</p> | <p>13. Änderungsantrag der Abgeordneten Strasser, Irlinger, Voget u.a. SPD
Haushaltsplan 2001/2002;
hier: Ganztagsangebote
(Kap. 05 12, neue Titelgruppe)
Drs. 14/4360</p> |
|--|--|

